



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die Konstruktion emotionaler und identitätsstiftender Narrative
in der politischen Rhetorik – am Beispiel der FPÖ in Bezug auf
den großen russischen Krieg in der Ukraine

verfasst von | submitted by
Anna Pattermann BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Mag. Dr. Laurenz Ennser-Jedenastik

Abstrakt

Diese Arbeit untersucht, wie die FPÖ im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch narrative Rhetorik kollektive politische Identitäten konstruiert. Im Zentrum steht dabei die Analyse diskursiver Deutungsmuster, die sich in emotional aufgeladenen, normativ ambivalenten und kognitiv strukturierenden Kommunikationsstrategien manifestieren. Anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter parlamentarischer Debatten wird aufgezeigt, wie durch Framing spezifische Perspektiven auf internationale Ereignisse etabliert und stabilisiert werden.

Die Analyse zeigt, dass die FPÖ keine offene Parteinahme für Russland formuliert, sondern durch gezielte semantische Verschiebungen, affektive Umcodierungen und kognitive Destabilisierungen Deutungsmuster schafft, die russische Narrative legitimieren, ohne sie explizit zu übernehmen. Zentrale Frames dabei sind etwa die Täter-Opfer-Umkehr, die affektive Mäßigung als neue moralische Tugend, die diskursive Entleerung von Verantwortung sowie eine rhetorische Komplexitätsstrategie, die moralische Klarheit untergräbt.

Der Ukraine wird dabei schrittweise Subjektivität entzogen, moralische Eindeutigkeit durch vermeintliche Nüchternheit ersetzt, und das Konzept der Neutralität emotional aufgeladen und zu einem identitären Überlegenheitsnarrativ überhöht. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass die FPÖ systematisch jede Position der österreichischen Regierung kritisiert, die die Völkerrechtsbrüche Russlands verurteilt, und damit die offizielle Deutung der Ereignisse in Frage stellt. Die FPÖ inszeniert sich in diesem Rahmen als rationaler „Wahrheitssprecher“ in einem angeblich manipulierten Diskursfeld – und aktiviert intuitive Denkprozesse (System 1), um Unsicherheit und politische Passivität als moralisch überlegene Haltung erscheinen zu lassen.

Die Ergebnisse dieser Analyse verdeutlichen, dass die Macht populistischer Rhetorik nicht in offenen Lügen liegt, sondern in der strategischen Rahmung komplexer Konflikte – und in der diskursiven Rekonfiguration von Verantwortung, Emotionalität und Identität.

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Hinweis zur Nutzung KI-gestützter Werkzeuge

Teile dieser Arbeit – insbesondere die sprachliche Überarbeitung sowie strukturelle Klarheit in der Formulierung – wurden mit Unterstützung des KI-Systems ChatGPT (OpenAI, Version GPT-4) erstellt. Dabei wurde das Tool ausschließlich zur Verbesserung der sprachlichen Qualität und zur Reflexion analytischer Strukturfragen verwendet. Inhaltliche Entscheidungen, Datenanalyse sowie die wissenschaftliche Argumentation erfolgten eigenständig durch die Verfasserin.

Danksagung

Von Herzen danke ich meinen Eltern, die mir durch ihre Liebe und Unterstützung ermöglicht haben, zu lernen und meine Horizonte zu erweitern. Ohne ihren Rückhalt wäre dieser Weg nicht möglich gewesen.

Meinem Olko gilt mein tiefer Dank für seine stetige Hilfe, sein Verständnis und seine Ermutigung, die mir Kraft und Zuversicht gegeben haben.

Ich danke auch mir selbst – für den Mut, meinen Interessen zu folgen, und für die Beharrlichkeit, das zu lernen, was mich wirklich begeistert.

Schließlich möchte ich meinem Professor, **Univ.-Prof. Dr. Laurenz Ennser-Jedenastik**, meinen aufrichtigen Dank aussprechen – für die Begleitung, die wertvolle Unterstützung und das Vertrauen, das mich stets motiviert hat.

Inhaltsverzeichnis

ABSTRAKT	- 2 -
PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG	- 3 -
1.1. EINLEITUNG	- 6 -
1.2. WISSENSCHAFTLICHE RELEVANZ	- 7 -
1.3. DIE GESELLSCHAFTLICHE RELEVANZ	- 8 -
1.4. AUFBAU DER ARBEIT	- 8 -
2. THEORETISCHER RAHMEN UND LITERATURDISKUSSION	- 10 -
2.1. FORSCHUNGSSTAND: POPULISTISCHE NARRATIVE, EMOTIONEN UND IDENTITÄT	- 10 -
2.2. NARRATIVE ALS GEGENSTAND POLITIKWISSENSCHAFTLICHER ANALYSE	- 12 -
2.3. FORSCHUNGSLÜCKE UND BEITRAG DER VORLIEGENDEN ARBEIT	- 13 -
2.4. THEORETISCHE FUNDIERUNG: NARRATIVE, EMOTION UND KOLLEKTIVE IDENTITÄT	- 13 -
2.5. NARRATIVE PSYCHOLOGIE ALS METATHEORETISCHER ZUGANG	- 15 -
2.6. EMOTIONEN ALS WERKZEUGE DER STRATEGISCHEN KOMMUNIKATION	- 19 -
2.7. EMOTIONEN IM ÜBERBLICK	- 22 -
2.8. VERBINDUNG VON INDIVIDUUM UND KOLLEKTIV	- 24 -
2.9. LANGFRISTIGE EMOTIONALE PRÄGUNG VERSUS SITUATIVE MOBILISIERUNG	- 25 -
2.10. LANGFRISTIGE EMOTIONALE PRÄGUNG: STABILITÄT UND IDENTITÄT	- 25 -
2.11. SITUATIVE MOBILISIERUNG: EMOTIONEN IN KRISEN	- 26 -
2.12. IMPLIKATIONEN FÜR DIE FPÖ UND DEN RUSSISCHEN KRIEG IN DER UKRAINE	- 26 -
2.13. KOGNITIVE SKRIPT, SYSTEM 1 & 2 UND NARRATIVE SINNSTIFTUNG	- 27 -
2.14. AFFECTIVE INTELLIGENCE THEORY: EMOTIONALE SYSTEME UND POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN	- 28 -
3. FALLAUSWAHL, DATEN & METHODE	- 31 -
3.1. FALLAUSWAHL	- 31 -
3.2. UNTERSUCHUNGSMATERIAL: AUSWAHL UND ZUGRIFF	- 33 -
3.4. METHODISCHES VORGEHEN	- 36 -
3.5. KATEGORIENBILDUNG UND CODIERSYSTEM	- 37 -
4. EMPIRISCHE ANALYSE	- 39 -
4.1. AUSWERTUNG – FRAMINGMUSTER „DISKURSIVE TÄTER-OPFER-UMKEHR“	- 41 -
4.2. AFFEKTIVE NEUTRALITÄT ALS MORALISCHE ÜBERLEGENHEIT	- 52 -
4.3. DAS ÖKONOMISCHE LEIDEN – ÖSTERREICH ALS „ZAHLENDES OPFER“ GEOPOLITISCHER ESKALATION	- 61 -
5. CONCLUSIO	- 66 -
6. LITERATURVERZEICHNIS	- 74 -
ANHANG 1: ÜBERSICHT RELEVANTER PARLAMENTARISCHER DEBATTEN IN ÖSTERREICH ZUM RUSSISCHEN KRIEG GEGEN DIE UKRAINE (2022–2024)	- 78 -
ANHANG 2: KATEGORIEN	- 82 -

1.1. Einleitung

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat nicht nur geopolitische Erschütterungen ausgelöst, sondern auch innerhalb vieler Länder zu intensiven öffentlichen Debatten geführt (vgl. New York Times, The Guardian, Le Monde, Süddeutsche Zeitung, Der Standard, ORF). In Österreich sorgt insbesondere die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) durch ihre rhetorischen Reaktionen auf den russischen Krieg in der Ukraine für Aufmerksamkeit – nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern besonders auch unter Unterstützerinnen und Unterstützern der Ukraine (vgl. Krone 2023; Pichler 2023). Wie die folgende Analyse zeigt, implizieren zentrale Narrative der FPÖ nicht selten eine Relativierung des Völkerrechts – etwa durch die Umdeutung des russischen Angriffskriegs als „Sicherheitsinteresse“, die Täter-Opfer-Umkehr oder die selektive Infragestellung westlicher Sanktionen. Diese rhetorischen Strategien verschieben den normativen Referenzrahmen schrittweise weg von völkerrechtlicher Klarheit hin zu ambivalenten Deutungsmustern. Dieses Völkerrecht stellt einen zentralen normativen Rahmen der internationalen Ordnung dar; seine Aushöhlung durch rechtspopulistische Rhetorik öffnet – kognitiv wie diskursiv – Räume für alternative Deutungen der Realität.

Als rechtspopulistische Oppositionspartei nutzt die FPÖ die Krisensituation, um emotional aufgeladene Botschaften und vereinfachende narrative Muster zu verbreiten, die ihrem politischen Narrativ entsprechen und in ein binäres „Wir gegen die Anderen“-Schema passen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2024; Bild 2024; Mudde 2004, Schmidt 2025).

Im Rahmen der Analyse dieser Arbeit lassen sich Muster erkennen, die sich durch gezielte Emotionalisierung, semantische Wiederholungen und selektive Faktennarrative auszeichnen – typische Techniken strategischer Kommunikation. Sie wirken nicht nur auf der affektiven Ebene, sondern können auch zu einer graduellen Transformation kollektiver Wahrnehmungsmuster führen (Aoi 2023: 51; vgl. Lakoff 2004) – hin zu einer Weltsicht, in der völkerrechtswidriges Handeln relativiert, legitimiert oder gar umgedeutet wird. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Arbeit die Frage, **wie die FPÖ durch narrative Rhetorik, Emotionen und kollektive Identitäten im Kontext der russischen Invasion in die Ukraine konstruiert**. Im Zentrum steht dabei die Analyse jener diskursiven Dynamiken und Framing-Prozesse, durch die neue „kognitive Räume“ entstehen – Räume, in denen sich gesellschaftliche Wahrnehmung verschiebt und normative Ordnung ins Wanken geraten kann.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit:

Wie konstruiert die FPÖ durch ihre narrative Rhetorik kollektive politische Identitäten im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine?

Narrative stehen dabei nicht nur für das *Was* der politischen Kommunikation, sondern auch für das *Wie* der Deutung: Sie sind kein bloßes Mittel der Informationsvermittlung, sondern ein machtvolles Werkzeug zur Konstruktion politischer Wirklichkeit (Sauer-Pingaud 2016: 33) – insbesondere in Zeiten kollektiver Verunsicherung. Durch die gezielte Verknüpfung von Emotion, Identität und Deutung entstehen affektive Strukturen, die kollektive Selbstbilder formen und Abgrenzungen gegenüber einem imaginierten „Anderen“ ermöglichen (Sauer-Pingaud 2016: 33).

1.2. Wissenschaftliche Relevanz

Obwohl die Wechselwirkung von populistischer Kommunikation, Emotionalisierung und Identitätskonstruktion in der Politikwissenschaft zunehmend Beachtung findet, fehlt bislang eine systematische Analyse ihrer narrativen Verknüpfung im Kontext aktueller geopolitischer Ausnahmezustände. Besonders im Fall der FPÖ ist noch wenig erforscht, wie emotionale Narrative gezielt eingesetzt werden, um kollektive Selbstbilder zu formen, Deutungsmacht zu beanspruchen und antiwestliche Rhetoriken im Rahmen des russischen Angriffskriegs diskursiv zu legitimieren.

Die vorliegende Arbeit schließt an theoretische Ansätze der narrativen Psychologie, der Emotionsforschung und der politischen Kommunikationsanalyse an und verbindet diese mit qualitativen Methoden der Inhalts- und Frameanalyse. Damit schafft sie eine interdisziplinäre Brücke zwischen kulturwissenschaftlicher Narrativforschung, politischer Psychologie und Demokratietheorie. Der Beitrag der Arbeit liegt insbesondere in der konzeptionellen Verzahnung von Emotion, Identität und strategischer Bedeutungskonstruktion über narrative Mittel – ein Ansatz, der bisher kaum systematisch auf rechtspopulistische Rhetoriken angewandt wurde.

Indem die Analyse zentrale Mechanismen der affektiven Rahmung, Identitätsstiftung und diskursiven Verschiebung im Fallbeispiel FPÖ offenlegt, leistet die Arbeit einen originären Beitrag zur Erweiterung des Forschungsfeldes politischer Kommunikation in Krisenzeiten – und stärkt zugleich das Verständnis von Narrativen als analytisch eigenständiger Kategorie politikwissenschaftlicher Forschung.

1.3. Die gesellschaftliche Relevanz

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert nicht nur einen geopolitischen Wendepunkt, sondern auch einen kritischen Prüfstein für die demokratische Kommunikationskultur europäischer Gesellschaften. In einem Klima zunehmender Unsicherheit, medialer Fragmentierung und politischer Polarisierung gewinnen emotional codierte Narrative an strategischer Wirkmacht (vgl. Marcus et al 2019; Schmidt 2025). Populistische Akteure wie die FPÖ nutzen diese Konstellation, um mittels affektiver Rhetorik gesellschaftliche Deutungsmuster zu verschieben, Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und alternative Zugehörigkeitsordnungen zu etablieren (Hooghe et al. 2024; Schmidt 2025).

Diese Arbeit leistet einen Beitrag zur dringend notwendigen Aufarbeitung der emotional-strategischen Dynamiken rechtspopulistischer Kommunikation: Sie zeigt auf, wie Narrative nicht nur Emotionen transportieren, sondern auch als Vehikel kollektiver Identitätsangebote und ideologischer Weltdeutungen fungieren – und damit zur Normalisierung von Desinformation, zur Verstärkung gesellschaftlicher Spaltungen und zur schleichenden Erosion öffentlicher Debattenräume beitragen können (Hooghe et al. 2024; Sauer-Pingaud 2016).

Gerade pluralistische Demokratien, die auf gemeinsame Tatsachen, gegenseitige Anerkennung und diskursive Offenheit angewiesen sind, stehen damit vor einer doppelten Herausforderung: Sie müssen nicht nur Desinformation entgegentreten, sondern auch die emotionalen Strukturen verstehen, in denen diese kommuniziert und geglaubt wird. Die Analyse rechtspopulistischer Narrative ist daher kein rein akademisches Unterfangen, sondern eine demokratiepolitische Notwendigkeit.

1.4. Aufbau der Arbeit

Kapitel II entfaltet den theoretischen Rahmen der Arbeit. Es führt zentrale Konzepte aus der narrativen Psychologie (Sarbin 1986; Straub 2005), der Theorie kollektiver Identitätsbildung (Smith 1991; Zerubavel 2003), der Emotionsforschung (Marcus et al. 2000; 2011; 2019; Gadarian & Brader 2023) sowie der Frame-Analyse in der politischen Kommunikation (Lakoff 2004; Sauer & Pingaud 2016) zusammen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie kollektive Deutungsmuster und politische Wirklichkeitskonstruktionen durch Narrative, Emotionen und symbolische Grenzziehungen entstehen und in Zeiten der Krise besonders wirkmächtig werden können.

Kapitel III erläutert das methodische Vorgehen. Die Arbeit folgt einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) sowie einer Frame-Analyse im Sinne von Sauer und Pingaud (2016), bei der ein deduktiv-induktiv entwickeltes Kategoriensystem zur Anwendung kommt. Der empirische Zugang folgt einer zweistufigen Analyse: Zunächst werden die konkreten sprachlichen Aussagen und rhetorischen Muster identifiziert (Ebene der Analyseeinheit). Darauf aufbauend erfolgt eine abstrahierende Interpretation im Sinne dominanter Framing-Prozesse, die als strategische Wirklichkeitsdeutungen erfasst werden (Abstraktionsebene).

Kapitel IV bildet den Kern der empirischen Untersuchung. Analysiert werden vier exemplarisch ausgewählte Parlamentsreden der FPÖ, die in zeitlicher Nähe zu markanten Schlüsselereignissen im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gehalten wurden. Die Analyse zeigt, wie durch narrative Rhetorik spezifische Frames konstruiert werden, die kollektive politische Identitäten formen, emotionale Orientierungen beeinflussen und das Verhältnis zu westlichen Werten sowie zur Ukraine umdeuten.

Kapitel V fasst die zentralen Ergebnisse zusammen. Es diskutiert, wie affektive Framing-Prozesse und Identitätsangebote im Kontext rechtspopulistischer Kommunikation funktionieren und welche Implikationen dies für demokratische Diskurse in Krisenzeiten mit sich bringt. Abschließend werden Perspektiven für weiterführende Forschung zur strategischen Emotionalisierung, zur semantischen Delegitimierung von Normen sowie zur langfristigen Transformation politischer Wirklichkeitskonstruktionen skizziert.

„Die vorliegende Arbeit versteht Narrative als zentralen Mechanismus politischer Sinnstiftung – insbesondere dann, wenn sie emotional aufgeladen und identitätsstiftend wirken. Die nachfolgenden Kapitel beleuchten diesen Zusammenhang sowohl theoretisch als auch empirisch.“

2. Theoretischer Rahmen und Literaturdiskussion

Die Analyse der FPÖ-Kommunikation im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erfordert einen theoretischen Rahmen, der sowohl die emotionale als auch die identitätsstiftende Dimension politischer Narrative erfasst. Narrative werden dabei nicht nur als Mittel zur Informationsvermittlung verstanden, sondern als zentrale Mechanismen politischer Sinnstiftung, die emotionale Resonanz erzeugen, kollektive Zugehörigkeit formen und Deutungsmacht etablieren (Sauer & Pingaud 2016). Um diese Funktionen angemessen zu erfassen, verbindet die vorliegende Arbeit Ansätze aus der narrativen Psychologie, der politischen Kommunikationsforschung, der Emotionspsychologie sowie der kollektiven Identitätsforschung.

2.1. Forschungsstand: Populistische Narrative, Emotionen und Identität

Die Rhetorik rechtspopulistischer Parteien – insbesondere der FPÖ – ist in der politikwissenschaftlichen und linguistischen Forschung bereits vielfach analysiert worden. Im Zentrum dieser Analysen steht die strategische Nutzung emotional aufgeladener Sprache, mit der ein homogenes, moralisch überhöhtes „Volks“-Subjekt konstruiert wird. Dabei erfolgt die Identitätsbildung typischerweise über die dichotome Gegenüberstellung eines imaginierten „Wir“ des Volkes und einer korrupten, entfremdeten Elite – entsprechend der antagonistischen Logik des Populismus (vgl. Mudde 2004: 543; Schmidt 2025).

Diese Mechanismen scheinen besonders in Krisenzeiten an Bedeutung zu gewinnen, wenn populistische Akteure verstärkt auf affektgeladene Narrative zurückgreifen, um politische Deutungen zu rahmen und kollektive Zugehörigkeit zu stärken. Die Affective Intelligence Theory differenziert in diesem Zusammenhang zwischen verschiedenen emotionalen Systemen – etwa Enthusiasmus, Angst und Abneigung –, die jeweils unterschiedliche Formen der Informationsverarbeitung und politischen Urteilsbildung aktivieren (Marcus et al. 2019: 110; Gadarian & Brader 2023: 195). Emotional aufgeladene Rhetorik wirkt somit nicht nur mobilisierend, sondern steuert auch gezielt die kognitive Verarbeitung politischer Informationen (vgl. Schmidt 2025).

Die Rolle von Emotionen wird in der jüngeren Forschung zunehmend als Schlüsselfaktor politischer Wirkmacht verstanden. Negative Emotionen wie Angst, Wut oder Ekel gelten dabei als zentrale Triebkräfte politischer Mobilisierung – insbesondere im Kontext bedrohlicher Szenarien und vereinfachender Botschaften (Gadarian & Brader 2023: 201ff). Ruth Wodak hebt hervor, dass Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien zu einer

„wahrnehmbaren Verschiebung der öffentlichen Diskurse“ geführt haben, die nicht nur medial sichtbar ist, sondern auch konkrete Auswirkungen auf Debattenkultur und demokratische Praxis entfaltet (Wodak 2023).

Während viele europäische Parteien Solidarität mit der Ukraine betonen, betont die FPÖ eine alternative Perspektive: Sie relativiert Russlands Verantwortung am Kriegsausbruch und betont stattdessen die Provokationen des Westens (Hooghe et al. 2024: 13). Russland erscheint dabei nicht als Aggressor, sondern als rational handelnder Akteur, dem mit diplomatischer Neutralität ¹zu begegnen sei (ebd.: 14).

Über den österreichischen Fall hinaus beleuchtet die Forschung zudem die Haltung rechtspopulistischer Parteien in Europa gegenüber Russland. Roháč, Zgut und Györi (2017) zeigen ein europäisches Populismusfeld, in dem insbesondere rechtspopulistische Parteien wie Front National, FPÖ, Jobbik oder AfD als Verstärker russischer Narrative auftreten und so das Vertrauen in EU und NATO untergraben (Roháč et al. 2017: 1). Die Autor:innen verweisen darauf, dass Teile der europäischen Rechten ideologische und teils auch finanzielle Verbindungen nach Moskau aufgebaut haben (ebd.: 1). Sie schreiben, dass Populisten Putins Führung als stark und entschlossen rahmen und diese einem von ihnen als schwach und ineffektiv gezeichneten europäischen Projekt gegenüberstellen (ebd.: 2). Solche Verhaltensmuster stützen die Interessen des Kreml. Insgesamt folgern die Autor:innen, dass rechte Populisten Russland überwiegend positiv rahmen, während EU und NATO als fremdbestimmt oder bedrohlich erscheinen. Damit positionieren sich diese Parteien in einer Werteopposition zum „liberalen Westen“ und tragen zur Erosion der Legitimität supranationaler Institutionen bei. Wie die Autor:innen betonen, seien die Interessen des Kremls und der europäischen Populisten „aligned“; geopolitische Krisen böten den Populisten die Möglichkeit, sich durch eine alternative außenpolitische Agenda vom Mainstream abzugrenzen – typischerweise „critical of the West and embracing Russia as a benign power“ (ebd.: 11).

Onderco (2019) erweitert diese Perspektive mit einer systematischen Analyse von 676 EU-Parteiprogrammen seit 1991: Bis 2015 wurde Russland in Parteimanifesten insgesamt eher positiv oder ambivalent dargestellt; tiefe Feindseligkeit ist nicht nachweisbar (Onderco 2019: 527). Erst die Krim-Annexion und der Krieg in der Ukraine kippten die Tonlage deutlich ins Kritische. Ideologie und Geografie erklären die Positionen nur schwach (ebd.: 527); einzig dort, wo Nationalismus ein definierendes Kernelement ist, zeigen Parteien konsistent positive

¹ Die vorliegende Arbeit stellt keine normative Infragestellung der österreichischen Neutralität dar. Analysiert wird vielmehr, wann und wie Neutralität in politischen Diskursen affektiv aufgeladen und identitär überhöht wird, sodass alternative Deutungen, Abwägungen ihrer Vor-/Nachteile sowie Diskussionen über ihre aktuelle Relevanz und Ausgestaltung in Zeiten wandelnder geopolitischer Konstellationen faktisch erschwert werden. Der Fokus liegt auf Rhetorik und Framing, nicht auf einer Bewertung des Neutralitätsprinzips.

Haltungen zu Russland (ebd. 541). Zugleich konstatiert Onderco, dass vor allem neu aufkommende populistische und euroskeptische Parteien im Westen die Attraktivität pro-russischer Aussagen für ihre Wählerschaften nutzten, während Mainstream-Parteien nach 2014 deutlich auf Distanz zu Moskau gingen (ebd.). Insgesamt seien die Haltungen heterogen und über weite Strecken wenig politisiert gewesen; die Zuspitzung nach 2014 markiert aus seiner Sicht eine neue Phase, in der gerade populistisch-euroskeptische Kräfte am rechten Rand vergleichsweise länger an positiven Bezügen festhielten, während die Mitte (inkl. christdemokratischer Parteien mit konsistenter Menschenrechtskritik) kritisch wurde (ebd.).

Golosov (2018) erweitert diese Perspektive, indem er anhand von Abstimmungen im Europäischen Parlament und Parteiprogrammen aufzeigt, dass pro-Putin-Haltungen weniger durch eine klassische Rechts-Links-Ideologie erklärbar sind, sondern durch drei Faktoren: Populismus, ideologischen Radikalismus und vor allem die Ablehnung der europäischen Integration (Golosov 2018: 61). Diese Merkmale führen Parteien – oft am rechten Rand, aber nicht ausschließlich – zu einer systemkritischen Grundhaltung, die sie für russische Narrative anschlussfähig macht. Pro-russische Positionen sind damit nicht automatisch Ausdruck „rechter“ Ideologie, sondern Teil einer breiteren anti-systemischen, euroskeptischen Orientierung, die sich im rechten Lager besonders stark manifestiert (ebd.: 61–62).

Zusammenfassend zeigt die Forschungslage, dass rechtspopulistische Parteien in Europa insgesamt eine besondere Offenheit für pro-russische Narrative aufweisen, die sich in der Relativierung russischer Verantwortung, der Delegitimierung westlicher Institutionen und der Betonung traditioneller Werte ausdrückt. Gleichzeitig lassen sich länderspezifische Unterschiede beobachten, die insbesondere durch historische Erfahrungen und ideologische Schwerpunktsetzungen geprägt sind. Vor diesem Hintergrund erscheint die FPÖ als besonders aufschlussreicher Fall, da ihre politische und ideologische Nähe zu Russland in der Literatur mehrfach hervorgehoben wurde; die spezifischen Ausprägungen dieser Nähe werden im Abschnitt zur Fallauswahl näher beleuchtet.

2.2. Narrative als Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse

Trotz zahlreicher Studien zu rechtspopulistischer Rhetorik, Feindbildkonstruktionen und Diskursstrategien (Wodak 2023; Hooghe et al. 2024; Schmidt 2025) fehlt bislang eine systematische Analyse jener diskursiven Dynamiken, durch die emotional codierte Narrative kollektive Identitäten formen und alternative Wirklichkeitsmodelle etablieren – insbesondere im Kontext geopolitischer Ausnahmesituationen wie dem russischen Krieg in der Ukraine. Zwar beleuchten bestehende Arbeiten einzelne Aspekte affektiver Rhetorik oder

identitätspolitischer Zuschreibungen, doch die strategische Verknüpfung von Emotion, Deutungsmacht und politischer Wirklichkeitskonstruktion bleibt bislang unteranalysiert.

2.3. Forschungslücke und Beitrag der vorliegenden Arbeit

Hier setzt die vorliegende Arbeit an: Sie untersucht, wie die FPÖ durch narrative Rhetorik im Kontext des russischen Krieges in der Ukraine emotionale Bedeutung erzeugt, kollektive politische Identitäten formt und gesellschaftliche Deutungsmuster verschiebt. Im Zentrum steht die Frage nach der affektiven Funktion und strategischen Wirkmächtigkeit dieser Narrative. Um diese Dynamiken zu erfassen, verbindet die Analyse Perspektiven der narrativen Psychologie, der politischen Kommunikationsforschung, der Emotionspsychologie und der Identitätstheorie. Damit leistet die Arbeit einen interdisziplinären Beitrag zur Erforschung populistischer Kommunikation in geopolitischen Krisenkontexten – und stärkt die theoretische wie empirische Analysekraft der Narrativforschung in den Politikwissenschaften.

2.4. Theoretische Fundierung: Narrative, Emotion und kollektive Identität

Die vorliegende Arbeit folgt dabei dem Verständnis von Frames als diskursive Konstrukte, die politische Wirklichkeit nicht nur abbilden, sondern aktiv (mit-)konstituieren. Im Sinne der kritischen Frame-Analyse nach Sauer und Pingaud (2016: 34) werden Frames als ideologisch aufgeladene Interpretationsschemata analysiert, die politische Probleme diagnostizieren, bestimmte Werte aktivieren und normative Lösungsangebote strukturieren. Diese Analyse interessiert sich besonders für jene affektiv gerahmten Deutungsmuster, die kollektive Identitätsangebote transportieren, Verantwortungszuschreibungen verschieben und bestehende Deutungsordnungen in Frage stellen. Indem die FPÖ gezielt mit solchen Frames arbeitet, eröffnet sie – gerade im Kontext geopolitischer Krisen – neue kognitive Räume, in denen alternative politische Wirklichkeitskonstruktionen plausibel und anschlussfähig erscheinen (ebd.).

Das grundlegende analytische Element ist der Frame im Sinne Erving Goffmans (Goffman 1974: 10–11). Goffman versteht unter *frame analysis* die Analyse der Organisationsprinzipien menschlicher Erfahrung; als *Frame* bezeichnet er jene „principles of organization“ bzw. „basic elements“, die Wahrnehmung und Deutung strukturieren (ebd.). Im Sinne Goffmans sind Frames „schemata of interpretation“, die es Individuen erlauben, Geschehnisse „to locate, perceive, identify, and label“ (Goffman 1974: 21). Snow und Benford führen bei Frames weiter aus, dass sie, die „Welt da draußen“ sinnhaft markieren und strukturierend zusammenführen – durch selektive Akzentuierung und

Codierung von Objekten, Situationen, Ereignissen, Erfahrungen und Handlungssequenzen im gegenwärtigen wie vergangenen Erfahrungsumfeld (Snow & Benford 1992: 137 zit. n. Sauer & Pingaud 2016: 33). Auch Ferree et al 2002 sehen Frames als „thought organizer“ (Ferree et al 2002: 13). Nach Ferree et al. grenzen Frames Relevantes von Irrelevantem ab und wirken zugleich als tragende, oft unsichtbare Struktur des Diskurses. Issue-Frames lenken Aufmerksamkeit auf bestimmte Ereignisse, Ursachen und Folgen und organisieren sowie kohärent zusammenführen heterogene Symbole, Bilder und Argumente über eine zugrunde liegende leitende Idee — sie markieren, was auf dem Spiel steht (ebd.: 13–14). Carol Bacchi zeigt, dass sich die Social-Movement-Forschung von einem kognitiven Verständnis von Frames als sinnstiftenden Strukturen hin zu einem Verständnis von Frames als Formen der Erklärung verschoben hat; dadurch rücken Inhalte und strategisches Framing in den Vordergrund (Bacchi 2009: 20–21). Zugleich warnt sie vor einem rein intentionalen Zugang und plädiert für reflexives Framing: Frames werden zwar strategisch eingesetzt, sind aber immer auch durch tief verankerte Diskurse und institutionelle Kontexte mitgeformt. Entsprechend fordert sie eine Dual-Focus-Agenda, die sowohl die wirkmächtigen Bedeutungssysteme (Diskurse) als auch gezielte Rahmensetzungen analysiert (Bacchi 2009: 29). Laut Triandafyllidou & Fotiou beschäftigt sich Framing mit der Aushandlung und (Re-)Konstruktion von Wirklichkeit durch soziale und politische Akteur:innen mittels symbolischer Mittel (Triandafyllidou & Fotiou 1998: 1). Frames werden als symbolisch-interpretative Konstrukte verstanden; sie umfassen geteilte Überzeugungen, Bilder und Symbole einer Gesellschaft (ebd.: 2). Sie greifen auf verschiedenen Kollektivebenen, etwa in Gruppen, sozialen Bewegungen und institutionellen Arenen (ebd.: 1). Damit lässt sich festhalten: Frames eröffnen spezifische Sichtweisen auf soziale und politische Fragen und strukturieren ihre Wahrnehmung: “The suggestion ... how issues are represented” (Bacchi 2009: 19). Zugleich gilt: “Policy discourses make ‘facts’ ... ‘limitations on what can be said and what can be thought’” (Bacchi 1999: 29).

Weiteres beziehen sich Sauer und Pingaud auf Hajers Beschreibung von Frames als „an ensemble of ideas, concepts and categories through which meaning is given ... to social and physical phenomena, and which is produced and reproduced through an identifiable set of practices” (Sauer & Pingaud 2016: 33). Zudem verbinden Frames die spezifische Bedeutung einer bestimmten Situation mit den größeren bzw. breiteren Ideen oder Ideologien. Diese epistemologische Methode konzentriert sich auf einen interpretativen und diskursiven Ansatz. Dieser untersucht Normen, Werten und Wahrnehmungen, die in den politischen Debatten

eingebettet sind und wie sie gleichzeitig die Ansprüche und Wahrnehmungen der politischen Akteur:innen formieren (ebd.: 34).

Eine spezielle Art und Weise die Interpretationen der Realität zu formulieren, heißt strategic framing (Bacchi 2009: 19). Die politischen Akteur:innen neigen dazu, bewusst den politischen Prozess zu prägen. Dabei verwenden sie eine bezweckte und intellektuelle Auswahl der Sprache und Begriffe, geben eine besondere Bedeutung in einem bestimmten sozialen Umfeld um die politische Debatte sowie den Entscheidungsfindungsprozess zu beeinflussen (ebd.: 21).

2.5. Narrative Psychologie als metatheoretischer Zugang

Die vorliegende Arbeit stützt sich metatheoretisch auf das Konzept der narrativen Psychologie, insbesondere auf die Arbeiten von Theodore R. Sarbin (1986), der das „narrative Paradigma“ als grundlegendes Organisationsprinzip menschlichen Denkens, Fühlens und Handelns versteht. Sarbin stellt die These auf, dass Menschen dazu tendieren, sich selbst und die Welt um sie herum durch Geschichten zu strukturieren: „Human beings think, perceive, imagine, and make moral choices according to narrative structures“ (Sarbin 1986: 8). In seinen Worten: „Psychology is narrative“ (ebd.: 8).

Anstelle linearer oder mechanistischer Erklärungsmodelle schlägt Sarbin vor, menschliche Erfahrungen als „narrative Emplotments“ zu begreifen – also als Geschichten, die Ereignisse in sinnstiftende Strukturen einbetten (Sarbin 1986: 3–6). Die narrative Psychologie geht davon aus, dass der Mensch nicht nur als rationaler Akteur, sondern als bedeutungskonstruierendes Wesen zu verstehen ist, das sein Leben durch Erzählungen ordnet und interpretiert (ebd.). Der Mensch erscheint dabei als Erzähler seiner selbst – als ein „I“, das innerhalb einer narrativen Struktur handelt und sich über die Zeit hinweg als Protagonist erlebt. Diese Selbstnarrative strukturieren Identität, leiten moralische Entscheidungen an und ermöglichen emotionale Orientierung (ebd.).

Sarbin kontrastiert dabei unterschiedliche „root metaphors“ (Grundmetaphern), die in wissenschaftlichen Weltanschauungen dominieren: Während die mechanistische Sichtweise – etwa der Mensch als Maschine oder Computer – auf Vorhersagbarkeit, Kausalität und Linearität basiert, erlaubt der narrative Zugang eine Deutung von Verhalten als dynamisch, situativ und kontextabhängig (ebd.: 6). Ereignisse werden hier nicht als bloße Folge kausaler Ketten betrachtet, sondern als Teil eines vielschichtigen, von Akteurinnen und Akteuren interpretierten und bedeutungsvollen Dramas (ebd.: 6–7).

Das bedeutet: Ereignisse bekommen erst durch ihre narrative Einbettung Bedeutung. Emotionen, Rollenbilder und kollektive Identitäten entstehen nicht unabhängig, sondern sind Ergebnis erzählter Erfahrungen – sie sind, mit Sarbin gesprochen, narrative Emplotments.

Diese Form der Sinnstiftung betrifft nicht nur individuelle Deutungen, sondern insbesondere auch kollektive Identitäten. Denn Identität – sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene – entsteht nicht isoliert, sondern in erzählten Zusammenhängen, die Zugehörigkeit, Differenz und Bedeutung konstruieren (Straub 2005). Wie Jürgen Straub betont, ist Identität „kein gegebener, sondern ein narrativ hergestellter Zustand“ (Straub 2005: 68). Sie entsteht, indem Menschen sich und ihre Gruppen in zeitlich strukturierte Geschichten einordnen – Geschichten, die Herkunft, Erfahrung und Zukunft miteinander verknüpfen.

In politischen Diskursen – besonders in Zeiten der Krise – wird dieses Prinzip besonders sichtbar. Wie Sarbin zeigt, greifen Menschen selbst bei abstrakten oder unklaren Reizen intuitiv auf narrative Deutungsmuster zurück. In klassischen Experimenten (Sarbin 1986: 13–14) zeigten sich Personen dazu geneigt, selbst in geometrischen Formen soziale Geschichten zu erkennen. Diese Tendenz, Bedeutung in Form von Geschichten zu konstruieren, beschreibt Sarbin als „readiness to organize experience narratively“ (ebd.: 12). In Bezug auf die politische Kommunikation bedeutet das: Rezipient*innen nehmen politische Botschaften bevorzugt als Geschichten wahr – mit Helden, Feinden, Opfern, moralischen Dilemmata und Lösungspfaden.

Ein weiteres zentrales Konzept Sarbins ist das der Selbstnarration (ebd.: 16–18). Er beschreibt, wie Menschen ihre Identität als konsistente Erzählung aufbauen – teils bewusst, teils unbewusst – und wie diese Selbstbilder wiederum beeinflussen, wie Menschen moralisch urteilen, sich positionieren oder politisch agieren. Besonders relevant für die Analyse populistischer Kommunikation ist Sarbins Beobachtung, dass Menschen zu „narrative smoothing“ tendieren: Inkonsistenzen und Spannungen werden ausgeblendet, um ein konsistentes Bild von sich selbst oder der „eigenen Gruppe“ aufrechtzuerhalten. Daraus ergibt sich eine starke Tendenz zur Schwarz-Weiß-Darstellung, zur Moralisierung und zur Emotionalisierung – alles zentrale Elemente populistischer Narrative.

Jürgen Straub verbindet Narration mit Identitätsbildung, indem er betont, wie es früher angesprochen war, dass persönliche wie kollektive Identitäten stets erzählerisch vermittelt sind. Geschichten strukturieren Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in ein sinnvolles Ganzes und erzeugen Kontinuität (Straub 2005: 58ff.). Identität entsteht somit durch das Einordnen des Selbst – oder der Gruppe – in übergeordnete narrative Rahmen: Wer wir sind, ergibt sich aus dem, was wir über uns erzählen – und was wir nicht erzählen. Straub unterstreicht zudem, dass

jede kollektive Identität Differenz braucht: Das „Wir“ konstituiert sich im Abgrenzungsakt gegenüber einem „Sie“, sei es politisch, kulturell oder religiös (Straub 2005: 62).

In diesem Sinne ist kollektive Identität das Ergebnis geteilten Erzählens: Wer „wir“ sind, wird in Abgrenzung zu einem „Sie“ erzählt, oft über moralisch aufgeladene Kategorien wie Opfer, Held oder Verräter. Wenn politische Akteure wie die FPÖ solche Deutungsmuster aufnehmen – etwa durch die Rahmung geopolitischer Ereignisse als „Verrat“, „Widerstand“ oder „Opferrolle“ –, dann erzeugen sie damit nicht nur Bedeutung und Emotion, sondern formen auch ein kollektives „Wir“. Diese Konstruktion ist nicht beliebig oder harmlos: Sie spiegelt, legitimiert und verstärkt bestehende Weltbilder – und kann in populistischen Kontexten zur gezielten Verschiebung gesellschaftlicher Werte und Normen führen.

Anthony D. Smith definiert nationale Identität als kollektives, kulturell aufgeladenes Phänomen, das durch Mythen, Symbole, Erinnerungen und gemeinsame Werte entsteht (Smith 1991: vii–x). Diese „ethnischen Grundlagen“ moderner Nationen speisen sich aus kollektiven Erzählungen über Herkunft, Bestimmung und moralische Überlegenheit. In politischen Diskursen wie jenem der FPÖ finden sich genau solche Elemente: die Berufung auf historische Kontinuitäten (z. B. Neutralität), ein Narrativ kultureller Bedrohung und die symbolische Mobilisierung nationaler „Wertegemeinschaften“.

Eviatar Zerubavel betont, dass Erinnerung nicht nur individuell, sondern sozial strukturiert ist. In seiner Theorie der „Time Maps“ beschreibt er, wie Gruppen durch selektive Erinnerung Ereignisse symbolisch ordnen und ein kohärentes kollektives Selbstbild konstruieren (Zerubavel 2003: 3ff.). Die Vergangenheit wird dabei in rhythmisierte Muster (Feiertage, Gedenktage), genealogische Linien und symbolische Brüche (z. B. „Zeitenwenden“) gegliedert.

In diesem Zusammenspiel aus erzählerischer Struktur, emotionaler Aufladung und kollektiver Selbstverortung liegt das strategische Potenzial populistischer Rhetorik: Sie erzählt nicht nur über politische Ereignisse, sondern erschafft durch wiederkehrende Motive, moralisch aufgeladene Figuren und einfache Gegensätze ein kohärentes Deutungsangebot. Dieses wird emotional codiert, bietet Orientierung in komplexen Zeiten – und formt Zugehörigkeit durch Abgrenzung. Dabei wird nicht bloß Bedeutung gestiftet, sondern auch Verhalten gerahmt: Emotionale Narrative aktivieren nicht nur individuelle Reaktionen, sondern strukturieren kollektive Wahrnehmungsmuster, aus denen politische Handlungsimpulse erwachsen können (vgl. Marcus et al. 2000; Gadarian & Brader 2023).

Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Krise – wie im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – bieten solche affektiv gerahmten Erzählungen politische Anschlussfähigkeit. Die FPÖ könnte diese kommunikative Gelegenheit nutzen, indem sie geopolitische Entwicklungen in Geschichten über Verrat, Bedrohung und nationale Selbstbehauptung rahmt. Die evozierten Emotionen wie Angst, Wut oder Stolz sind dabei nicht nur Ausdruck kollektiver Betroffenheit, sondern – im Sinne der Affective Intelligence Theory – strategisch eingesetzte Mittel politischer Mobilisierung (vgl. Marcus et al. 2000).

Solche Erzählungen entfalten eine doppelte Wirkung: Sie emotionalisieren nicht nur, sondern formen zugleich eine alternative Realität – entsprechend der narrationspsychologischen Einsicht, dass Menschen ihr Leben durch Geschichten wahrnehmen und strukturieren. Über Wiederholung, emotionale Codierung und identitätsstiftende Rahmungen entstehen diskursive Räume, in denen sich Deutungsmuster verfestigen und normative Grenzen verschieben können. Diese diskursiv erzeugten Räume – im Sinne von Lakoff (2004) und Sauer & Pingaud (2016) – sind als **kognitive Deutungsräume** zu verstehen, in denen bestehende Wirklichkeitsmuster reframed, verschoben oder ersetzt werden. Die vorliegende Analyse zeigt auf, wie durch **strategisches Framing** affektive Resonanz erzeugt, kollektive Identität geformt und politische Handlungsräume neu strukturiert werden können.

Wissenschaftlerinnen wie Marcus et al (2000), Gadarian und Brader (2023) und Schmidt (2025) unterstreichen die Bedeutung von Emotionen in der politischen Kommunikation. Sie identifizieren zwei zentrale Bereiche, in denen Emotionen eine entscheidende Rolle spielen:

1. Informationsverarbeitung: Emotionale Zustände beeinflussen, wie Wählerinnen und Wähler Informationen aufnehmen und interpretieren. Angst erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass neue Informationen gesucht und bestehende Überzeugungen hinterfragt werden, während Wut die Offenheit verringert und bestehende Meinungen verstärkt (Marcus et al 2019).

2. Strategische Kommunikation: Politische Akteure können durch gezielte Ansprache emotionaler Systeme spezifische Reaktionen hervorrufen. Während Angst Reflexion fördert, dient Wut der Mobilisierung und Verstärkung von Gruppenidentität (Marcus et al., 2019; Gadarian und Brader 2023, Schmidt 2025).

Diese Erkenntnisse verdeutlichen die zentrale Rolle von Emotionen in der politischen Kommunikation. Sie sind nicht bloß Begleiterscheinungen politischer Diskurse, sondern fungieren als strukturierende Kräfte: Sie formen Wahrnehmung, motivieren Verhalten und

ermöglichen kollektive Identifikation. In populistischen Kontexten werden Emotionen gezielt aktiviert, um politische Deutungsmuster zu verankern, Freund-Feind-Bilder zu etablieren und gesellschaftliche Mobilisierung zu bewirken. Im Folgenden wird daher analysiert, wie Emotionen im Rahmen rechtspopulistischer Kommunikation – insbesondere durch die FPÖ – strategisch eingesetzt werden, um politische Ziele zu verfolgen und kollektive Identitäten affektiv aufzuladen.

2.6. Emotionen als Werkzeuge der strategischen Kommunikation

Emotionen laut den Wissenschaftlerinnen Gadarian und Brader werden als Reaktionen auf Signale verstanden, die die Bedeutung von Umständen für die persönlichen Ziele und das Wohlbefinden einer Person anzeigen (Gadarian & Brader 2023: 192). Diese Signale können sowohl aus der äußeren Umwelt als auch aus inneren Prozessen stammen. Beispielsweise könnte eine Person Angst empfinden, wenn sie durch ein lautes, unerklärliches Geräusch erschreckt wird (äußeres Signal). Ebenso könnte eine plötzliche Serie von stechenden Schmerzen im Bauch (inneres Signal) Besorgnis auslösen (ebd.: 192f).

Die Autorinnen erklären, dass emotionale Reaktionen dabei ein Zusammenspiel aus physiologischen (z. B. Atmung, Herzfrequenz), psychologischen (z. B. Wahrnehmung, Bewertung) und motorischen Prozessen (z. B. Muskelanspannung) umfassen. Evolutionär betrachtet dienen Emotionen dazu, Verhalten an sich verändernde situative Anforderungen anzupassen, etwa durch die Entscheidung, ob man handeln oder sich zurückziehen sollte, das klassische „Kämpfen vs. Flüchten“ (Tooby & Cosmides 2008: 118-119).

Weiteres unterscheiden die Autorinnen zwischen Emotionen und ihren verwandten Phänomenen, da Begriffe und Definitionen je nach Disziplin variieren (Gadarian & Brader 2023: 193f). Ein zentraler Begriff in diesem Kontext ist der **Affekt**, der als Oberbegriff für emotionale oder emotionähnliche Zustände verwendet wird (Joseph et al. 2020 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 193). Affekte umfassen sowohl spezifische Emotionen wie Freude oder Angst als auch generelle Reaktionen wie Vorlieben, Abneigungen, Schmerz, Freude oder diffuse Stimmungen. In der Forschung wird die affektive Komponente häufig in Bezug auf Einstellungen diskutiert – etwa wie intensiv eine Person ein Objekt mag oder ablehnt (Fiske 2014 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 193).

Ein besonders relevanter Bereich ist die Unterscheidung zwischen ideologischer und affektiver Polarisierung (Gadarian & Brader 2023: 193). Während ideologische Polarisierung Unterschiede in politischen oder inhaltlichen Positionen beschreibt, bezieht sich **affektive Polarisierung** auf die emotionale Distanz und die negativen Gefühle, die Mitglieder

entgegengesetzter politischer Gruppen füreinander empfinden (Iyengar und Westwood 2015: 690; Gadarian & Brader 2023: 193). Diese affektive Dimension hat sich als zunehmend bedeutsam erwiesen, da sie soziale Spannungen und politische Konflikte verschärfen kann (Gadarian & Brader 2023: 193).

Der Begriff **Gefühle** (feelings) beschreibt hingegen die bewusste Wahrnehmung und subjektive Erfahrung körperlicher Reaktionen, die mit einem affektiven Zustand verbunden sind (Damasio 2004 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 193). Gefühle entstehen nicht bei jeder emotionalen Reaktion, sondern nur dann, wenn die Intensität oder Dauer der Emotion ausreicht, um **die bewusste Aufmerksamkeit** zu erreichen (Gadarian & Brader 2023: 193). Während Emotionen häufig unbewusst und spontan auftreten, sind Gefühle der bewusste Zugang zu diesen Zuständen (ebd.). Sie bilden daher eine zentrale Grundlage dafür, wie Menschen – und insbesondere Forschende der politischen Psychologie – Emotionen wahrnehmen und interpretieren (ebd.).

Stimmungen sind als weniger intensive und oft diffusere affektive Zustände von Emotionen abzugrenzen (ebd. 194). Sie sind nicht zwingend an ein spezifisches auslösendes Ereignis gebunden und können über kürzere oder längere Zeiträume hinweg bestehen (Gray und Watson 2007: 171-172). Ihre Valenz – positiv oder negativ – kann die nachfolgende Informationsverarbeitung und Bewertung beeinflussen, indem sie ein Priming von Objekten mit gleich valenzierten affective tags begünstigt; affective tags und Stimmungstragen gemeinsam zur Erfahrung von Emotion bei (Cassino & Lodge 2007: 102).

Emotionen und ihre Funktion in menschlichem Verhalten haben tiefgehende evolutionäre Wurzeln und dienen primär der Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen (Gadarian & Brader 2023: 193). In politischen Kontexten jedoch sind diese "**Umweltbedingungen**" nicht bloß gegebene Realitäten, sondern werden **durch kommunikative Prozesse konstruiert** und **kognitiv gerahmt** (Sauer & Pingaud 2016). Politische Akteure – insbesondere populistische Parteien – gestalten aktiv jene Deutungsräume, in denen bestimmte Situationen als bedrohlich, ungerecht oder hoffnungsvoll erscheinen. Sie schaffen damit die kognitiven Voraussetzungen, unter denen spezifische Emotionen überhaupt ausgelöst werden können.

Autor:innen Tooby und Cosmides erklären, dass jede emotionale Reaktion ein komplexer Prozess ist, der sowohl physiologische als auch psychologische Komponenten umfasst (Tooby & Cosmides 2008: 114-116). Sie entsteht als Reaktion auf Signale aus der Umwelt, die vom Gehirn als relevant für das eigene Wohlbefinden oder die eigenen Ziele

interpretiert werden (ebd. 118). Dieser Vorgang – als „**Bewertung**“ (*Appraisal*) bezeichnet – ist der Schlüssel zur Auslösung von Emotionen und zur anschließenden Verhaltensanpassung (Smith & Lazarus 1990: 616). Je nach Bewertung können völlig unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen werden, sei es Kampf oder Flucht, Versöhnung oder Aggression, Lachen oder Ablehnung (Tooby & Cosmides 2008: 118-119). Aus evolutionärer Perspektive haben sich diese Muster entwickelt, um Körper und Geist optimal auf verschiedene Situationen vorzubereiten (ebd. 128-129). Emotionen bieten dabei eine schnelle Orientierungshilfe: Sie ermöglichen es uns, flexibel zu entscheiden, ob wir handeln oder uns zurückziehen, entspannen oder uns auf eine Herausforderung vorbereiten, Gewohnheiten folgen oder uns intensiv mit Details befassen sollen (ebd. 124-126). Sie sind also nicht nur spontane Regungen, sondern vielmehr adaptive Mechanismen, die unser Verhalten steuern (ebd.).

Dieses Verständnis betont, dass Emotionen nicht isoliert auftreten, sondern in engem Zusammenhang mit der Bewertung von Situationen und deren wahrgenommenem Einfluss auf das eigene Leben stehen. Solche Bewertungen spielen eine zentrale Rolle bei der emotionalen Verarbeitung und bestimmen, welche Reaktionen – sowohl emotional als auch verhaltensbezogen – ausgelöst werden (ebd.).

Emotionen treten oft **spontan** auf und werden als etwas erfahren, das „**uns passiert**“, anstatt bewusst kontrolliert zu werden im Gegensatz zu Gefühlen (Gadarian & Brader 2023: 192-193). Sie können jedoch nicht nur im Moment entstehen, sondern auch durch die **Antizipation zukünftiger Ereignisse** oder die **Reflexion über vergangene Erfahrungen** hervorgerufen werden. **Prospektive Emotionen** wie Angst vor einem bevorstehenden Vorstellungsgespräch oder Hoffnung auf das sichere Wiedersehen eines geliebten Menschen **beeinflussen das Verhalten im Voraus**. **Retrospektive Emotionen**, wie Stolz auf eine frühere Leistung oder Wut über eine vergangene Kränkung, verbinden das emotionale Erleben mit der Erinnerung (ebd. 193).

Dieses Verständnis von Emotionen ist zentral, um die Rolle emotionaler Botschaften in der politischen Kommunikation zu analysieren. Die Dimensionen Erregung, Valenz und Verhaltensmotivation bieten eine Grundlage, um zu untersuchen, wie rhetorische Strategien gezielt Emotionen hervorrufen können, die bestimmte Reaktionen wie Annäherung, Vermeidung oder Mobilisierung auslösen (ebd.).

2.7. Emotionen im Überblick

Appraisal-Theorien gehen davon aus, dass Emotionen durch kognitive Bewertungen von Ereignissen und Situationen ausgelöst werden. Solche Appraisals beziehen sich darauf, inwiefern ein Ereignis mit persönlichen Zielen oder Motiven vereinbar ist, und bestimmen dadurch, ob beispielsweise Angst, Wut, Hoffnung oder Ekel entstehen (Roseman & Smith 2001: 3–4). Solche Bewertungen entscheiden darüber, welche Emotionen ausgelöst werden und wie intensiv diese empfunden werden. Es bestimmt auch, wie Menschen auf politische Ereignisse oder rhetorische Botschaften reagieren (Gadarian & Brader 2023: 193ff.). In diesem Kapitel werden nun spezifische Emotionen genauer betrachtet. Dabei wird untersucht, welche situativen Auslöser und Bewertungsprozesse diesen Emotionen zugrunde liegen und wie sie in politischen Kontexten genutzt werden können (ebd.: 194). Die Betrachtung dieser Emotionen wird verdeutlichen, wie politische Akteure gezielt emotionale Botschaften einsetzen, um bestimmte Reaktionen zu provozieren und gesellschaftliche Dynamiken zu beeinflussen (Schmidt 2025).

Politisch relevante Emotionen und ihre Funktionen

Die nachfolgende Tabelle bietet eine systematische Übersicht zentraler Emotionen, die in politischen Kontexten empirisch als besonders wirksam gelten. Sie wurde auf Grundlage des theoretischen Rahmens von Gadarian & Brader (2023) konzipiert und gezielt erweitert: Neben der affektiven Valenz (positiv/negativ) und den grundlegenden Auslösern (Appraisals) werden spezifische Verhaltenstendenzen sowie deren politisch-strategische Funktion erfasst.

Der Begriff Valenz bezeichnet die affektive Grundrichtung – also ob eine Emotion subjektiv als positiv (z.B. Hoffnung) oder negativ (z.B. Angst) erlebt wird. Die Auslöser basieren auf kognitiven Bewertungsprozessen: Sie beschreiben, wie Individuen Situationen im Hinblick auf persönliche oder kollektive Ziele einschätzen (z. B. Kontrollverlust als Auslöser für Angst oder wahrgenommene Ungerechtigkeit für Wut). Diese Appraisals sind zentral für die Emotionsauslösung und die damit verbundenen Handlungstendenzen.

Die Tabelle geht somit über eine rein deskriptive Kategorisierung hinaus: Sie macht sichtbar, wie Emotionen als wirkungsvolle Instrumente strategischer Kommunikation fungieren – etwa zur affektiven Polarisierung, normativen Stabilisierung oder situativen Mobilisierung. Die Auswahl der Emotionen folgt einem interdisziplinären Zugriff, der sowohl affektpsychologische Grundlagenforschung als auch politikwissenschaftliche Relevanzkriterien berücksichtigt. Die Anordnung nach Valenz ermöglicht eine kontrastive Betrachtung emotionaler Dynamiken im politischen Raum.

Emotion	Valenz	Auslöser / Appraisals	Verhaltenstendenz	Politische Relevanz	Quellen
Angst	negativ	Unklare oder bedrohliche Situationen; geringe Kontrolle; Gefahr	Informationssuche, Rückzug, Unterstützung von Schutzmaßnahmen	Erzeugung von Unsicherheit zur Förderung konservativer Einstellungen	Gadarian & Brader 2023: 202–203; Marcus et al. 2000
Wut	negativ	Wahrgenommene Ungerechtigkeit, Schuldzuschreibung, Kontrollmöglichkeit	Konfrontation, Protest, geringe Offenheit für Gegenargumente	Mobilisierung durch Schuldzuschreibungen und moralische Empörung	Gadarian & Brader 2023: 203–204; Valentino et al. 2011
Ekel	negativ	Wahrgenommene physische oder moralische 'Unreinheit'	Vermeidung, Abwertung, Abgrenzung	Stigmatisierung von Gruppen (Migration, LGBTQ+), moralische Abgrenzung	Gadarian & Brader 2023: 204–205; Rozin et al. 2008
Hass	Negativ	Wahrnehmung absichtlicher Schädigung durch Andere	Abwertung, Feindbildkonstruktion	Polarisierung, Mobilisierung gegen Feindbilder	Gadarian & Brader 2023: 198
Peinlichkeit	Negativ	soziale Normverletzung, öffentliche Bloßstellung	Wiedergutmachung, Anpassung an Normen	Erzeugung von Empathie, Authentizitätsdarstellung	Gadarian & Brader 2023: 206
Scham	Negativ	Negative Bewertung des Selbst	Rückzug, Anpassung, Normverstärkung	Normenkonformität, moralischer Appell	Gadarian & Brader 2023: 206, 223
Schuld	Negativ	Fehlverhalten gegenüber anderen	Versöhnung, Reparation	Solidarität, soziale Gerechtigkeit	Gadarian & Brader 2023: 206, 223
Stolz	Positiv	Erfolg, Normkonformität, kollektive Errungenschaften	Identifikation mit Gruppe, Verstärkung normativer Orientierung	Stärkung kollektiver Identität, Gruppenengagement	Gadarian & Brader 2023: 198, 206
Hoffnung	Positiv	Erwartung zukünftiger Verbesserung	Mobilisierung, Zielorientierung	Visionen, Vertrauen in Wandel	Gadarian & Brader 2023: 200
Freude	Positiv	Zielerreichung, positive Erfahrung	Motivation, Kreativität, Wohlbefinden	Optimismus, Engagement	Gadarian & Brader 2023: 200

Emotion	Valenz	Auslöser / Appraisals	Verhaltenstendenz	Politische Relevanz	Quellen
Begeisterung	Positiv	Aussicht auf Erfolg, Fortschritt	Energie, Beteiligung	Aktivierung für politische Aktionen	Gadarian & Brader 2023: 200
Empathie	Positiv	Verstehen und Nachfühlen fremder Emotionen	Prosoziales Verhalten, Unterstützung	Förderung von Solidarität, Spaltung durch selektive Empathie	Gadarian & Brader 2023: 198

Tabelle 1: Politisch relevante Emotionen und ihre Funktionen

Diese Übersicht zeigt, dass Emotionen nicht nur individuelle Zustände darstellen, sondern auch strategisch in politischen Diskursen eingesetzt werden können. Im folgenden Abschnitt wird beleuchtet, wie sich individuelle Emotionen in kollektive Dynamiken übersetzen lassen.

2.8. Verbindung von Individuum und Kollektiv

Emotionen treten nicht nur als individuelle Reaktionen auf äußere Reize auf, sondern sind oft tief in soziale und kulturelle Kontexte eingebettet. Besonders deutlich zeigt sich dies bei komplexen Emotionen – also Emotionen, die nicht unmittelbar reflexhaft, sondern durch kognitive Bewertungen sozialer Situationen, moralischer Normen oder kollektiver Zugehörigkeit entstehen (Gadarian & Brader 2023: 198). Im Unterschied zu Basisemotionen wie Angst oder Freude, die universell biologisch verankert sind, beruhen komplexe Emotionen wie Empathie oder Hass auf der Interaktion individueller Wahrnehmung mit gesellschaftlich vermittelten Deutungsmustern.

Diese emotionale Komplexität erlaubt es politischen Akteuren, nicht nur spontane Reaktionen hervorzurufen, sondern tiefere Identitäts- und Gruppendynamiken anzusprechen. Kollektive Emotionen wie Gruppenhass oder nationale Empathie entstehen, wenn individuelle Gefühlslagen in geteilte Narrative und symbolische Ordnungen eingebettet werden (Scheve & Ismer 2013: 7-10). Auf diese Weise tragen Emotionen nicht nur zur individuellen Orientierung bei, sondern können auch als soziale Kräfte wirken, die politische Bewegungen antreiben und gesellschaftliche Normen stabilisieren oder herausfordern (ebd. 17).

Gerade in geteilten emotionalen Erfahrungen wird eine gemeinsame Realität konstruiert – ähnlich wie aus vielen kleinen Bausteinen ein größeres Gefüge entsteht. Emotionen wirken dabei wie narrative „Lego-Steine“: Sie verbinden individuelle Empfindungen mit kollektiven

Deutungsmustern und ermöglichen so das Entstehen kohärenter Weltbilder, in denen Zugehörigkeit, Feindbilder oder moralische Ordnung verankert sind.

2.9. Langfristige emotionale Prägung versus situative Mobilisierung

Emotionen spielen eine zentrale Rolle in der politischen Kommunikation, sowohl als langfristige Prägung von politischen Überzeugungen und Identitäten als auch als situatives Werkzeug zur kurzfristigen Mobilisierung in Krisensituationen (Gadarian & Brader 2023: 184). Langfristige emotionale Prägungen entstehen durch historische Ereignisse, kulturelle Narrative und politische Sozialisation. Sie tragen zur Stabilität politischer Überzeugungen bei und beeinflussen die emotionale Resonanz auf politische Botschaften über Jahre hinweg. Demgegenüber zielt die situative Mobilisierung darauf ab, in Krisensituationen durch gezielte emotionale Appelle kurzfristig politisches Verhalten zu beeinflussen.

2.10. Langfristige emotionale Prägung: Stabilität und Identität

Langfristige emotionale Prägungen wie Stolz, Scham oder Angst sind tief in das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft eingebettet. Sie entstehen durch historische Ereignisse und kulturelle Narrative, die durch Rituale und Symbole bewahrt werden. Diese emotionalen Prägungen fungieren als Appraisals, die die Wahrnehmung und Bewertung aktueller politischer Ereignisse beeinflussen.

- **Kulturelle und historische Prägung:** Kulturelle und historische Erfahrungen prägen nationale Emotionen und kollektive Identität. Huddy (2002) kritisiert, dass Social Identity Theory die historisch-kulturellen Quellen sozialer Identität bislang zu wenig berücksichtigt, obwohl Forschung zeigt, dass Generationenerfahrungen (z. B. Weltkrieg, Vietnam) langfristig Emotionen wie Stolz oder Distanz prägen und durch Symbole und Narrative wachgehalten werden (Huddy 2002: 128–129, 133). Kollektive Emotionen sind in symbolische und normative Ordnungen des Sinnstiftens eingebettet, die durch Institutionen, Praktiken, Diskurse und Kunst ausgedrückt und verhandelt werden (von Scheve & Ismer 2013: 17).

- **Parteibindung und Ideologie:** Emotionale Prägungen beeinflussen auch die Bindung an politische Parteien. Wiederholte emotionale Appelle verstärken die Identifikation mit einer Partei und verknüpfen ideologische Werte mit positiven oder negativen Gefühlen (Lodge & Taber, 2005 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 185; Valentino et al., 2008 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 191).

- **Emotionale Markenbildung:** Politische Akteure nutzen kulturelle Symbole, historische Narrative und moralische Werte, um sich als legitime Instanzen zu positionieren. Auf diese Weise fördern sie emotionale Bindungen an die nationale Identität, die langfristige Loyalität und Zugehörigkeit stützen (Huddy 2002: 143).

2.11. Situative Mobilisierung: Emotionen in Krisen

In Krisensituationen setzen politische Akteure gezielt Emotionen ein, um kurzfristige Entscheidungen und Handlungen zu beeinflussen. Emotionen wie Angst, Wut oder Hoffnung sind besonders effektiv, da sie schnelle, intuitive Reaktionen auslösen und rationale Überlegungen oft überlagern (Kahneman, 2011 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 183).

- **Angst als Mobilisierungsstrategie:** Angst wird häufig eingesetzt, um Bedrohungen zu betonen und autoritäre oder schützende Maßnahmen zu rechtfertigen. Sie lenkt den Fokus auf Sicherheitsbedenken und erhöht die Akzeptanz für Maßnahmen, die Stabilität versprechen (Brader, 2006 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 184; Valentino et al., 2008 zit. n. Gadarian & Brader 2023: 192). Interessanterweise kann Angst sowohl langfristig als auch kurzfristig mobilisierend wirken, da sie tief in kollektiven Erfahrungen und Appraisals verwurzelt ist.

- **Wut und Empörung:** Diese Emotionen stärken Gruppenidentität und dienen als Motor für Protest und Opposition. Huddy (2002) zeigt, dass **Schuldzuschreibungen und Feindbilder** gezielt genutzt werden, um kollektive Wut zu aktivieren und damit politische Mobilisierung zu fördern (Huddy 2002: 130).

- **Hoffnung und Solidarität:** In positiven Kampagnen wird Hoffnung genutzt, um langfristige Visionen und Vertrauen in politische Institutionen zu fördern. Diese Emotion stärkt den sozialen Zusammenhalt und mobilisiert Unterstützung für Reformen oder Veränderungen (Gadarian & Brader 2023: 180).

2.12. Implikationen für die FPÖ und den russischen Krieg in der Ukraine

Im Fall der FPÖ deutet vieles darauf hin, dass affektiv gerahmte Deutungsmuster sowohl auf kollektive Langzeitprägungen als auch auf situative Mobilisierungsmechanismen zurückgreifen. Emotionen wie Stolz auf nationale Neutralität oder Angst vor globaler Fremdbestimmung fungieren dabei als ideologisch anschlussfähige Ressourcen, die tief in kulturellen Selbstbildern und historischen Narrativen verankert sind. Diese Frames aktivieren nicht nur Emotionen, sondern strukturieren zugleich politische Zugehörigkeiten und normative Orientierungen.

Im Kontext aktueller Krisen – insbesondere des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – wird deutlich, wie die FPÖ strategisch auf solche Resonanzmuster zurückgreift: Narrative über Migration, „Verrat der eigenen Regierung“, wirtschaftliche Unsicherheit oder westliche Einflussnahme dienen als Trigger, um Emotionen wie Angst, Wut oder Empörung zu aktivieren. Diese Rahmungen wirken jedoch nicht isoliert, sondern rekurren auf bereits etablierte semantisch-emotionale Deutungsräume. So entsteht ein dynamischer Rekursionsprozess: Bestehende kognitive und affektive Strukturen werden durch neue Ereignisse reaktiviert, mit zusätzlichen Bedeutungen überlagert – und stabilisieren sich durch Wiederholung.

Auf diese Weise können Deutungsmuster verfestigen, die nicht nur politisches Verhalten prägen, sondern langfristig alternative Realitätskonstruktionen stützen. In der folgenden Analyse wird untersucht, ob und wie die FPÖ im Kontext des russischen Krieges in der Ukraine tatsächlich auf solche Interpretationsrahmen zurückgreift – und in welchem Maße sie dabei kollektive Identitätsangebote emotional auflädt, um Deutungshoheit und politische Loyalität zu sichern.

2.13.Kognitive Skripte, System 1 & 2 und narrative Sinnstiftung

Politisches Verhalten ist nicht nur durch Emotionen, sondern auch durch kognitive Routinen geprägt, die unser Verstehen von Welt strukturieren. Dabei greifen Menschen im Alltag auf sogenannte kognitive Skripte zurück – standardisierte Handlungs- und Erwartungsmuster, die ihnen helfen, bekannte Situationen ohne größeren Denkaufwand zu bewältigen (Polkinghorne 2005: 10–13). Diese Skripte basieren auf kulturell vermittelten Geschichten und sozialen Konventionen und erlauben Orientierung in einem komplexen Alltag, ohne bewusst reflektiert werden zu müssen.

Solche automatisierten Routinen sind eng mit dem von Daniel Kahneman (2011) beschriebenen System 1 verknüpft: einem schnellen, intuitiven, affektgesteuerten Denkmodus, der effizient, aber anfällig für Verzerrungen ist. System 2 hingegen beschreibt das langsame, reflektierte und analytische Denken, das deutlich mehr kognitive Ressourcen benötigt. In stabilen, vorhersehbaren Situationen dominiert System 1 – was bedeutet, dass Informationen vor allem dann aufgenommen werden, wenn sie in bestehende Erwartungen und Narrative passen.

Wird jedoch ein etabliertes Skript plötzlich gestört – etwa durch eine politische Krise oder einen Bruch mit vertrauten Mustern –, entsteht kognitive Dissonanz. In solchen Momenten suchen Menschen nach Erklärungsmustern, um die Welt wieder in eine sinnvolle Ordnung zu

bringen. Dieser Prozess der Narrativisierung beschreibt die kognitive Integration unerwarteter Ereignisse in kohärente Geschichten (Polkinghorne 2005: 10). Dabei greifen Individuen nicht auf neutrale Fakten zurück, sondern auf vorhandene kulturelle Deutungsmuster und emotionale Frames.

Populistische Parteien nutzen diese kognitiven Dynamiken gezielt, indem sie emotionale und vereinfachende Narrative anbieten, die System 1 direkt ansprechen. Indem sie Feindbilder („die Eliten“, „die Verräter“, „die Fremden“) bedienen und vertraute Skripte reaktivieren, minimieren sie die kognitive Belastung für das Publikum – und erhöhen damit die Wahrscheinlichkeit affektiver Zustimmung. **Die Kombination aus narrativem Deutungsangebot und emotionaler Aktivierung ermöglicht so eine effektive politische Mobilisierung ohne tiefergehende rationale Auseinandersetzung.**

2.14. Affective Intelligence Theory²: Emotionale Systeme und politische Entscheidungen

Die Affective Intelligence Theory (AIT) bietet ein einflussreiches Modell zur Erklärung, wie Emotionen das politische Verhalten und die Entscheidungsfindung beeinflussen und wird ursprünglich von George E. Marcus, W. Russell Neuman und Michael B. MacKuen in ihrem Werk *Affective Intelligence and Political Judgment* (Gadarian & Brader 2023: 195) entwickelt. Die AIT basiert auf der Annahme, dass Emotionen eine zentrale Rolle bei der Verarbeitung von Informationen und der Steuerung politischer Entscheidungen spielen (Gadarian & Brader 2023: 195).

Die Affective Intelligence Theory unterscheidet **drei emotionale Systeme**, die unterschiedliche politische Reaktionen hervorrufen können: das Dispositions-System (positive Gefühle wie Begeisterung), das Überwachungs-System (Angst bei Unsicherheit) und das Aversion-System (Wut und Schuldzuweisungen). Diese Systematik wird sowohl bei Marcus et al. (2019) als auch bei Gadarian & Brader (2023: 195) dargelegt und bildet die Grundlage für viele Analysen emotionaler Effekte in der politischen Kommunikation.

Die drei emotionalen Systeme:

1. Dispositions-System:

Das Dispositions-System reguliert positive Emotionen wie Begeisterung und Stolz. Es stärkt stabile politische Präferenzen und motiviert Menschen, bestehende Überzeugungen und Routinen beizubehalten (Gadarian & Brader 2023: 195). Begeisterung für eine politische Partei

² Während weitere Ansätze wie die Hot Cognition Theory oder das Behavioral Immune System spezifische Aspekte emotionaler Verarbeitung in politischen Kontexten betonen, konzentriert sich diese Arbeit auf die Affective Intelligence Theory, da sie sowohl emotionale Reaktionen auf Unsicherheit als auch langfristige Dispositionsmuster umfassend integriert.

oder einen Kandidaten signalisiert Vertrauen und Zufriedenheit, was die langfristige Bindung an die Partei stärkt.

2. **Überwachungs-System:**

Das Überwachungs-System wird bei Unsicherheiten oder Bedrohungen aktiviert. Es löst Angst aus, die routiniertes Verhalten unterbricht und zur Suche nach neuen Informationen motiviert (ebd.). Angst vor wirtschaftlicher Instabilität kann Wählerinnen und Wähler dazu bringen, alternative politische Lösungen in Betracht zu ziehen und ihre bestehenden Präferenzen infrage zu stellen.

3. **Aversion-System:**

Das Aversion-System wird durch negative Emotionen wie Wut aktiviert. Es zielt auf Schuldzuweisungen ab und mobilisiert Menschen zu direktem Handeln, wie Protesten oder Wahlbeteiligung (ebd.) Wut über politische Korruption oder Missstände mobilisiert Wähler, sich gegen das Establishment zu positionieren und alternative Optionen zu unterstützen.

Politische Relevanz der Affective Intelligence Theory:

1. **Rollen der Emotionen:**

- **Angst:** Fördert die Offenheit für neue Informationen und verringert die Nutzung von Heuristiken, da Unsicherheit Menschen dazu drängt, ihre Entscheidungen sorgfältiger abzuwägen (Marcus et al., 2000).
- **Wut:** Verstärkt bestehende Überzeugungen und mobilisiert schnelle, oft impulsive Entscheidungen. Wut erhöht die Bereitschaft, energisch zu handeln (MacKuen et al., 2010).
- **Begeisterung:** Stabilisiert politische Loyalitäten und motiviert langfristige Unterstützung. Sie fördert Vertrauen in etablierte Akteure und politische Programme (Marcus et al., 2000).

Die AIT ergänzt die bisher dargestellten kognitiven Mechanismen um eine affektive Perspektive: Sie zeigt, wie emotionale Systeme politische Entscheidungen unterschiedlich strukturieren – abhängig davon, ob Stabilität (Disposition), Unsicherheit (Überwachung) oder Konflikt (Aversion) vorliegt.

Basierend auf den theoretischen Annahmen der Affective Intelligence Theory lässt sich nachvollziehen, wie populistische Akteure unterschiedliche emotionale Systeme strategisch aktivieren, um politische Resonanz zu erzeugen. So adressieren sie etwa das

Überwachungssystem, indem sie Unsicherheiten betonen – etwa durch diskursive Konstruktionen von Migration als Bedrohung oder durch die Thematisierung wirtschaftlicher Krisen. Gleichzeitig wird das Aversion-System durch gezielte Schuldzuweisungen aktiviert: „Eliten“, „die EU“, „Fremde“ oder „globale Mächte“ werden als verantwortliche Akteure benannt, wodurch Wut und Mobilisierungsimpulse entstehen können.

Aufbauend auf Marcus et al. (2019) sowie Gadarian & Brader (2023) lässt sich argumentieren, dass rechtspopulistische Kommunikation häufig auf eine affektive Doppelstrategie setzt: Angst dient der kurzfristigen Verunsicherung und kognitiven Öffnung, während Wut zur Mobilisierung und Stabilisierung bestehender Überzeugungen beiträgt. Diese Kombination kann sowohl politische Orientierungslosigkeit als auch ideologische Loyalität begünstigen.

Für die Analyse der FPÖ-Kommunikation im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bedeutet dies: Auf Grundlage der AIT ist zu erwarten, dass spezifische Narrative sowohl das Überwachungs- als auch das Aversion-System adressieren. Ob und in welcher Weise dies geschieht, wird in der folgenden empirischen Analyse untersucht.

3. Fallauswahl, Daten & Methode

3.1 Fallauswahl

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Rhetorik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im Kontext des russischen Krieges in der Ukraine. Die Entscheidung, die FPÖ als Fallbeispiel zu wählen, gründet sich auf die in der Literatur herausgearbeitete besondere Nähe der Partei zu Russland. Girardi (2020) vertieft diese Beobachtungen am Beispiel Österreichs und hebt die FPÖ als besonders engen politischen Partner Russlands hervor. Sie zeigt, dass die FPÖ seit 2007 einen klar pro-russischen Kurs verfolgt, der nach 2014 noch stärker wurde, und dass sie sich ideologisch mit Russlands Selbstinszenierung als „Verteidiger traditioneller Werte“ und Gegengewicht zur liberalen Weltordnung identifiziert (Girardi 2020: 137–138). Die FPÖ war zudem die erste europäische Rechtsaußenpartei, die 2016 ein offizielles Kooperationsabkommen mit der Partei „Einiges Russland“ unterzeichnete – ein Alleinstellungsmerkmal, das sie von anderen europäischen Rechtsparteien unterscheidet (ebd.: 137). Girardi verweist auch auf symbolträchtige Gesten wie die Einladung Putins zur Hochzeit der FPÖ-nominierten Außenministerin Karin Kneissl 2018 sowie die regelmäßige Teilnahme von FPÖ-Politikern als Wahlbeobachter in Russland und auf der Krim, wo sie russische Verfahren als „fair“ und „exemplarisch“ bezeichneten (ebd.).

Besonders hervorzuheben ist Girardis Analyse, dass die Beziehungen zwischen Russland und der FPÖ für beide Seiten Nutzen stiften: Russland gewinnt durch die FPÖ eine europäische Partei, die seine Außenpolitik öffentlich legitimiert und russischen Narrativen in den europäischen Diskursen Sichtbarkeit verleiht; zugleich präsentiert die russische Innenpolitik FPÖ-Vertreter:innen als „europäische Expert:innen“, wodurch der Eindruck breiter internationaler Unterstützung für Moskaus Politik entsteht (ebd.: 138). Umgekehrt profitiert die FPÖ, indem sie durch die Nähe zu Russland eine internationale Rückendeckung für ihre anti-EU, anti-US und ultrakonservativen Positionen erhält. Für eine Partei, die lange als Außenseiterin der österreichischen Politik galt, bedeutete diese Bestätigung eine Stärkung ihrer innenpolitischen Relevanz und Statusaufwertung (ebd.). Diese Einschätzung bezieht sich auf die Zeit vor dem russischen Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 und reflektiert die Wahrnehmung der Expertenlage bis dahin. Aus ihrer Analyse geht hervor, dass die Beziehungen zwischen Russland und der FPÖ nicht nur ökonomisch, sondern vor allem ideologisch und institutionell fundiert sind. Damit fungiert die FPÖ als besonders wichtiger Kanal für die politische Legitimierung des Kremls innerhalb der EU (Girardi 2020).

Vor diesem Hintergrund wird die Fallauswahl dieser Arbeit noch deutlicher: Die FPÖ ist nicht nur Teil des allgemeinen Musters rechtspopulistischer Parteien mit pro-russischen

Tendenzen, sondern auch ein besonders prägnanter Fall aufgrund ihrer institutionell verankerten Beziehungen zu Moskau. Daher richtet sich die Analyse auf ihre wiederholte öffentliche Positionierung zu außenpolitischen Fragen, insbesondere im Hinblick auf Russland (vgl. Hooghe et al. 2024; Wodak 2023). Als rechtspopulistische Oppositionspartei nimmt sie eine kritische Haltung gegenüber der EU und der westlichen Sanktionspolitik ein und nutzt – wie die Analyse der Arbeit zeigt – gezielt rhetorische Mittel, um alternative Deutungen des Kriegsgeschehens zu etablieren. Dabei fällt auf, dass die FPÖ in ihren öffentlichen Aussagen wiederholt Narrative formuliert, die eine Relativierung der russischen Verantwortung nahelegen, westliche Akteure diskreditieren oder emotionale Anknüpfungspunkte für Skepsis gegenüber der Unterstützung der Ukraine schaffen.

Der russische Krieg in der Ukraine dient in diesem Kontext nicht nur als geopolitisches Ereignis, sondern als Projektionsfläche für innergesellschaftliche Konfliktlinien. Die FPÖ nutzt dieses Thema, um bestehende Deutungsmuster infrage zu stellen, alternative Wertvorstellungen zu propagieren und ihre Anhängerschaft affektiv zu mobilisieren. Für die Analyse wurden vier öffentliche Redebeiträge der FPÖ aus dem österreichischen Nationalrat ausgewählt, die sich auf besonders aufgeladene Schlüsselphasen des Kriegsverlaufs beziehen. Diese Momente – etwa der Beginn der Invasion oder der erste Jahrestag – zeichnen sich durch ein hohes Maß an medialer und politischer Aufmerksamkeit aus. In diesen Situationen verdichten sich narrative Strategien besonders deutlich: Sie erlauben es, emotionale Rahmungen, identitätsstiftende Rollenbilder und strategische Bedeutungsverschiebungen exemplarisch zu rekonstruieren. Die gezielte Auswahl dieser Fälle ermöglicht eine tiefgehende Untersuchung der rhetorischen Muster, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Auf Grundlage der Literatur lassen sich drei zentrale Erwartungen formulieren:

Erstens ist anzunehmen, dass die FPÖ Narrative der Täter-Opfer-Umkehr reproduziert. Roháč, Zgut und Györi (2017) zeigen, dass rechtspopulistische Parteien Russland häufig als „benign power“ darstellen, während westliche Akteure wie EU und NATO als Aggressoren erscheinen. Daraus ergibt sich die Erwartung, dass auch die FPÖ in ihren Redebeiträgen die russische Aggression relativiert und Verantwortung auf westliche Akteure verschiebt (vgl. Roháč et al. 2017).

Zweitens dürfte die FPÖ Formen der Delegitimierung von EU und NATO einsetzen. Onderco (2019) weist nach, dass vor allem populistische und euroskeptische Parteien nach 2014 verstärkt Distanz zu Russland-skeptischen Mainstream-Positionen nahmen, während Golosov (2018) die enge Verbindung zwischen Anti-Integrationshaltung und pro-russischen Orientierungen betont. Demnach ist zu erwarten, dass die FPÖ EU und NATO als

fremdbestimmt und schwach rahmt, um ihre eigene euroskeptische Grundhaltung zu untermauern (vgl. Onderco 2019; Golosov 2018).

Drittens ist zu erwarten, dass die FPÖ an identitätsstiftende Deutungen anschließt, die Russland als „Verteidiger traditioneller Werte“ inszenieren. Girardi (2020) zeigt, dass die FPÖ seit 2007 ideologisch mit diesem Selbstbild Russlands korrespondiert und darin eine Alternative zum liberalen Westen sieht. Folglich dürfte die Partei in ihren Redebeiträgen Narrative verwenden, die kollektive Identität über traditionelle Werte und Kultur definieren und so ideologische Schnittstellen zwischen FPÖ und russischer Selbstinszenierung sichtbar machen (vgl. Girardi 2020).

Diese Erwartungen gewinnen zusätzlich an Gewicht, wenn man berücksichtigt, dass die öffentliche Positionierung der FPÖ während des russischen Großangriffs auf die Ukraine seit Februar 2022 erfolgt – einem eindeutigen Bruch des Völkerrechts. Vor diesem Hintergrund erscheint es besonders aufschlussreich zu untersuchen, wie die FPÖ in ihren Redebeiträgen durch Narrative der Relativierung und Delegitimierung reagiert und damit alternative Deutungen eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges etabliert. Zwar stellte bereits die Annexion der Krim 2014 einen klaren Völkerrechtsbruch dar, doch blieb die internationale Reaktion von ambivalenten Haltungen geprägt. Das volle Ausmaß der Aggression seit 2022 führte hingegen zu einem Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung Russlands, wodurch die fortgesetzte Relativierung und affektive Neutralitätsrhetorik der FPÖ in einem noch schärferen Kontrast zum internationalen Konsens steht (Vgl. Fn. 1).

3.2 Untersuchungsmaterial: Auswahl und Zugriff

Die Materialgrundlage dieser Arbeit bilden öffentliche Redebeiträge der FPÖ im österreichischen Nationalrat im Zeitraum von Februar 2022 bis Dezember 2024. Ursprünglich war geplant, auf Basis theoretisch definierter Schlüsselzeitpunkte acht bis zwölf Parlamentsdebatten zu analysieren, um narrative Verdichtungen, affektive Rahmungen und identitätspolitische Zuschreibungen systematisch zu erfassen. Eine entsprechende Schlagwortsuche („Ukraine“, „Russland“, „Krieg“, „Neutralität“, „Sanktionen“ etc.) in den digitalen Parlamentsprotokollen identifizierte zunächst 47 relevante Plenarsitzungen, die im Anhang 1 für potenzielle Folgeanalysen dokumentiert sind.

Bereits bei der Transkription und Voranalyse der Debatten am 20. Jänner 2022 und 24. Februar 2022 zeigte sich jedoch, dass die inhaltliche Dichte, rhetorische Komplexität und affektive Aufladung einzelner Beiträge eine weit tiefere Analyse erlauben als ursprünglich angenommen. Insbesondere die Plenardebatte am 24. Februar 2022 – dem Tag des russischen

Großangriffs auf die Ukraine – erwies sich als diskursiver Wendepunkt und markierte eine deutliche Intensivierung der rhetorischen Strategien.

Vor diesem Hintergrund wurde das methodische Vorgehen angepasst: Statt eines breiten Korpus wurde eine fokussierte Auswahl getroffen. Neben der Plenardebatte vom 20. Jänner 2022 und 24. Februar 2022 wurden zwei weitere Redebeiträge analysiert, die sich auf die symbolisch bedeutsamen Jahrestage des Kriegsbeginns im Februar 2023 und Februar 2024 beziehen. Diese Reden repräsentieren markante diskursive Verdichtungen und ermöglichen eine exemplarische, theoriegeleitete Tiefenanalyse. Die Auswahl folgt somit keinem vollständigen Zeitraster, sondern basiert auf einem analytischen Fokus: Untersucht werden gezielt jene Momente, in denen sich narrative Emplotments, emotionale Codierungen und identitätspolitische Zuschreibungen besonders verdichtet zeigen.

Die Auswahl der vier untersuchten Parlamentsdebatten erfolgte auf Grundlage mehrerer analytischer Kriterien. Zum einen zeichnen sich alle Reden durch eine hohe thematische Relevanz aus: Sie beziehen sich direkt auf den russischen Krieg in der Ukraine, verhandeln zentrale Fragen europäischer Sicherheit und berühren grundlegende Aspekte der österreichischen Außenpolitik. Darüber hinaus wurde auf eine inhaltliche Repräsentativität geachtet – die ausgewählten Beiträge stammen von unterschiedlichen FPÖ-Abgeordneten, beziehen sich auf verschiedene Eskalationsstufen des Konflikts und spiegeln typische kommunikative Muster der Partei wider. Gleichzeitig ermöglicht die zeitliche Streuung der Reden – von Jänner 2022 bis Februar 2024 – eine diachrone Perspektive auf potenzielle diskursive Entwicklungslinien. Ein zentrales Auswahlkriterium war schließlich die diskursive Dichte: Die Beiträge enthalten besonders markante Beispiele für strategisches Framing, affektive Polarisierung und symbolische Grenzziehungen.

Diese gezielte Eingrenzung erlaubt eine theoriegeleitete Tiefenanalyse, die zentrale Deutungsmuster in der öffentlichen Kommunikation der FPÖ im Kontext des russischen Krieges in der Ukraine nachvollziehbar macht.

3.3 Qualitative Inhalts- und Framing-Analyse

Zur Beantwortung der Forschungsfrage – *Wie konstruiert die FPÖ durch ihre narrative Rhetorik kollektive politische Identitäten im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine?* – wendet diese Arbeit ein kombiniertes Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) und der kritischen Framing-Analyse nach Sauer & Pingaud (2016) an. Ziel ist es, die strategische Verschränkung von narrativer Struktur, affektiver Mobilisierung und kollektiver Identitätsbildung in der politischen Kommunikation der FPÖ sichtbar zu machen.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring dient dabei der systematischen Erfassung zentraler rhetorischer Elemente. Anders als ursprünglich geplant, steht nicht die strukturierte Auswertung großer Textmengen im Vordergrund, sondern eine fokussierte Tiefenanalyse ausgewählter Redebeiträge. Analysiert werden vier parlamentarische Reden der FPÖ aus dem Zeitraum 2022 bis 2024, die an besonders symbolisch aufgeladene und affektiv dichte Ereignisse des Kriegsgeschehens anschließen – darunter insbesondere die Plenardebatte am 24. Februar 2022 (Beginn der Invasion) sowie die Jahrestage 2023 und 2024.

Die Auswertung erfolgt zweistufig: Im ersten Schritt wurde ein deduktiv-induktives Kategoriensystem erstellt, das narrative Strukturen (z. B. Emplotments, Rollenverteilungen), emotionale Codierungen (z. B. Angst, Wut, Empörung, Scham) und identitätsbezogene Marker (z. B. „wir“, „das Volk“, „die Anderen“) erfasst. Das System orientierte sich an theoretischen Grundlagen der Narrative Identity (vgl. Ricoeur 1991, zitiert nach Polkinghorne 2005: 15), der Affective Intelligence Theory (Marcus et al. 2019), sowie Erkenntnissen zur strategischen Emotionskommunikation (Gadarian & Brader 2023; Hooghe et al 2024). In der konkreten Anwendung zeigte sich jedoch, dass viele ursprünglich konzipierte Kategorien kaum analytischen Mehrwert boten, während andere – etwa implizite moralische Abwertungen, verschleierte Täter-Opfer-Umkehr oder narrative Lücken – zunächst fehlten. Das Kategoriensystem wurde daher im Verlauf der Analyse mehrfach überarbeitet, erweitert und fokussiert, um den empirischen Strukturen besser gerecht zu werden.

Im zweiten Schritt erfolgte eine integrierte Framing-Analyse (Sauer & Pingaud 2016: 33), mit dem Ziel, die diskursive Einbettung der narrativen Elemente in übergreifende Deutungsmuster sichtbar zu machen. Unter Framing wird dabei die Auswahl, Hervorhebung und semantische Verknüpfung bestimmter Aspekte verstanden, durch die politische Wirklichkeit strukturiert und emotional aufgeladen wird. Besonderes Augenmerk gilt affektiven Frames wie „Opfer“, „Befreiung“, „Verrat“, „Verschwörung“ oder „Übervorteilung“, die emotionale Resonanzräume öffnen und kollektive Identitäten stabilisieren. Die Framing-Analyse ermöglicht dabei nicht nur die Kontextualisierung einzelner Aussagen, sondern offenbart auch die implizite moralische Struktur, die sich in der wiederholten Rahmung durch bestimmte Muster manifestiert.

Entscheidend ist dabei die Analyse der Logik des Erzählens selbst: Nicht die isolierte Aneinanderreihung von Aussagen steht im Fokus, sondern die rekursive Dynamik, mit der Narrative über Wiederholung, Variation und affektive Verstärkung diskursive Wirkung entfalten. Aufbauend auf dem Ansatz der kritischen Frame-Analyse nach Sauer & Pingaud (2016) wird untersucht, wie durch strategisches Framing bestimmte Emotionen aktiviert,

kollektive Identitäten geformt und normative Ordnungen herausgefordert werden. Die Analyse macht sichtbar, wie kognitive, affektive und normative Bedeutungen in einem fortlaufenden Prozess verschränkt werden – ein Prozess, in dem sich Deutungsmuster verdichten, emotional stabilisieren und politisch wirksam werden.

3.4 Methodisches Vorgehen

Die Analyse folgt einer qualitativen Inhaltsanalyse in Anlehnung an Mayring (2010) mit theoriebasierter Kategoriensystematik und integrierter Reduktionslogik. Ergänzt wird dieser Ansatz durch die kritische Framing-Analyse nach Sauer und Pingaud (2016), die es erlaubt, politische Kommunikation nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch auf diskursiver und normativer Ebene zu untersuchen. Ziel ist es, die Konstruktion kollektiver Identitäten und affektiver Dynamiken in der Rhetorik der FPÖ im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine systematisch herauszuarbeiten. Die Methodik basiert auf einem deduktiv-induktiven Vorgehen, das theoretisch geleitete Kategorien mit Offenheit für neue empirische Muster verbindet.

Die praktische Umsetzung der Analyse erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Zunächst wurden relevante Aussagen aus den Parlamentsdebatten paraphrasiert, um eine erste inhaltliche Erschließung zu ermöglichen. Anschließend erfolgte die theoriegeleitete Codierung entlang des entwickelten Kategoriensystems, wobei sowohl deduktive als auch induktive Kategorien zum Einsatz kamen. Die Auswertung gliedert sich in zwei Analyseebenen: Auf der deskriptiven Ebene werden narrative Muster, affektive Rahmungen, kognitive Strukturierungen und identitätsbezogene Zuschreibungen systematisch codiert. Die Codierung basiert auf einem theoriebasierten Kategoriensystem, das zentrale Deutungsmuster sowie emotionale und kognitive Strategien der politischen Kommunikation erfasst. Auf der analytisch-abstrahierenden Ebene erfolgt die theoretische Verdichtung dieser Codierungen. Dabei werden die Aussagen im Licht dreier analytischer Perspektiven interpretiert: Narrative Struktur (z. B. Rollenverteilungen, Emplotments, Identitätsangebote), Affektive Rahmung (z. B. Aktivierung emotionaler Systeme nach der Affective Intelligence Theory) und Diskursive Wirklichkeitskonstruktion (z. B. Normalisierung, Externalisierung, Moralisierung).

Dieses Vorgehen erlaubt es, strategische Tiefenstrukturen in der politischen Kommunikation sichtbar zu machen und die Verbindung zwischen rhetorischem Stilmittel, affektiver Wirkung und kollektiver Selbstverortung systematisch zu rekonstruieren. Die Analyse ist auf die Identifikation und systematische Rekonstruktion von Rahmungen, affektiven Aktivierungen und identitätsbezogenen Zuschreibungen ausgerichtet. Diese Trias –

Frame, Affekt, Identität – bildet den analytischen roten Faden der Untersuchung und strukturierte bereits die Entwicklung des Kategoriensystems.

3.5 Kategorienbildung und Codiersystem

Die Kategorien für die qualitative Inhalts- und Framing-Analyse wurden theoriegeleitet auf Basis zentraler Konzepte der Emotions-, Framing- und Narrativforschung entwickelt (u. a. Sarbin 1986; Lakoff 2004; Sauer & Pingaud 2016; Marcus et al. 2019; Gadarian & Brader 2023). Der deduktive Anteil ergibt sich daraus, dass zentrale Oberkategorien und Analyseperspektiven – wie narrative Rollenstrukturen, affektive Rahmungen und diskursive Strategien – bereits aus diesen theoretischen Grundlagen abgeleitet wurden. Auch die Definition einzelner Codes (z. B. „Narrative Identitätsstiftung“, „Täter-Opfer-Umkehr“) basiert auf Konzepten dieser Autor:innen. Das Codiersystem wurde deduktiv aus diesen theoretischen Bezügen abgeleitet, zugleich jedoch offen für induktive Erweiterungen im Analyseprozess konzipiert. So konnten innerhalb der theoretisch gesetzten Kategorien neue, im Material auftretende Spezifika ergänzt werden (z. B. spezifische österreichische Neutralitätsnarrative), ohne die konzeptionelle Struktur zu verlassen. Das daraus abgeleitete Codiersystem integriert drei zentrale Analyseperspektiven – narrative Rollenbilder, affektive Rahmung und diskursive Normalisierungs- bzw. Relativierungsstrategien – und wurde im Analyseprozess induktiv um materialbasierte Kategorien ergänzt.

Dieses deduktiv-induktive Vorgehen stellt sicher, dass theoretisch fundierte und empirisch anschlussfähige Kategorien gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die Hauptkategorien sind:

1. Narrative Rollenbilder

- *Österreich als neutrale:r Vermittler:in*: Selbstpositionierung als moralisch unabhängige Brückenbauerin.
- *EU als Zuschauerin*: Darstellung der EU als machtlos oder ideologisch befangen.
- *Russland als rationaler Akteur*: Legitimation und Normalisierung russischer Handlungen.

2. Affektive Rahmungen (in Anlehnung an die Affective Intelligence Theory, AIT)

- *Sicherheitsbedrohung als Mobilisierungsimpuls* (Überwachungssystem)
- *Schuldzuweisung zur Mobilisierung* (Aversion-System)
- *Stabilitätsnarrativ / Loyalität* (Disposition-System)

- *Moralisierende Rahmung*: Dichotome moralische Ordnung („gut“/„böse“) zur Legitimation politischer Positionen.
- *Narrative Identitätsstiftung*: Kollektive Selbstverortung („wir als neutrale Österreicher:innen“).

3. Diskursive Relativierungs- und Normalisierungsstrategien

- *Täter-Opfer-Umkehr*
- *Relativierung von Schuld / Verantwortung*
- *Whataboutistische Relativierung durch historische Gegenüberstellung*
- *Historische Normalisierung von Gewalt*
- *Komplexität statt völkerrechtlicher Einordnung*: Problematisierung klarer normativer Bewertung.

4. Politische Gegner- und Institutionskritik

- *NATO als Bedrohung / Aggressor*
- *USA = imperialistisch*
- *Delegitimierung der EU*

5. Politisch-ökonomische Argumentationen

- *Kritik an Sanktionen*: Darstellung als ineffektiv und schädlich für die eigene Bevölkerung.

Jede Kategorie wurde so definiert, dass sie sowohl eine präzise Beschreibung des diskursiven Elements als auch dessen Wirkung auf affektive Dispositionen, politische Handlungsbereitschaft und kollektive Identitätskonstruktion enthält.

Dieses mehrdimensionale Codiersystem bildet die Grundlage, um die Rhetorik der FPÖ nicht nur inhaltlich, sondern auch in ihrer emotionalen und identitätsstiftenden Funktion systematisch zu erfassen.

Die vorher dargestellten Kategorien bilden das strukturierende Fundament der Analyse und wurden theoriegeleitet entwickelt, zugleich jedoch offen genug gestaltet, um flexibel auf die empirischen Besonderheiten des Materials reagieren zu können. Das deduktiv-induktive Vorgehen gewährleistet damit, dass sowohl konzeptionelle Klarheit (durch theoretische Vorstrukturierung) als auch empirische Anschlussfähigkeit (durch induktive Präzisierungen) sichergestellt sind.

4. Empirische Analyse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der qualitativen Inhalts- und Framing-Analyse vorgestellt. Ziel ist es, die in der Rhetorik der FPÖ identifizierten strategischen Deutungsmuster im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine herauszuarbeiten. Im Rahmen der Auswertung kristallisierten sich drei zentrale Framing-Komplexe heraus – *Diskursive Täter-Opfer-Umkehr*, *Affektive Neutralität als moralische Überlegenheit* und *Ökonomisches Leiden als affektiver Resonanzboden*. Ihre Auswahl beruht auf einer doppelten Grundlage:

Einerseits spiegeln sie den theoretischen roten Faden der Arbeit wider, indem sie die Trias **Frame – Affekt – Identität** konkretisieren. Jeder der gewählten Frames verbindet ein spezifisches Deutungsmuster mit einer gezielten affektiven Aktivierung und der Konstruktion kollektiver Identität:

- **Frame:** Wiederkehrende Interpretationsrahmen (z. B. Täter-Opfer-Umkehr oder Neutralität als normativer Maßstab), in denen Ereignisse, Akteure und Handlungen sprachlich gerahmt werden.
- **Affekt:** Gezielte Aktivierung emotionaler Dispositionen im Sinne der Affective Intelligence Theory – etwa *Aversion* (bei ökonomischem Leiden), *Enthusiasmus* (bei identitätsstiftender Neutralität) oder *Angst/Alarm* (bei Täter-Opfer-Umkehr).
- **Identität:** Angebote zur kollektiven Selbstverortung („wir als neutrale, leidtragende, moralisch überlegene Gemeinschaft“) und damit narrative Identitätsstiftung.

Andererseits sind diese Komplexe empirisch begründet: Sie traten während der Codierung wiederholt und in konsistenter Form auf, sodass sie nicht nur theoretisch sinnvoll, sondern auch durch die Daten validiert sind. Diese Verbindung aus theoretischer Passung und empirischer Evidenz ermöglicht es, die rhetorischen Strategien der FPÖ als ineinandergreifende Muster zu analysieren, in denen inhaltliche Rahmung, emotionale Aktivierung und identitäre Positionierung untrennbar miteinander verwoben sind.

Diskursive Täter-Opfer-Umkehr umfasst Passagen, primär wenn die Schuldfrage bzw. Relativierung im Vordergrund steht: Dabei wird Verantwortung verschoben oder relativiert, moralische Klarheit gebrochen und Verständnis bzw. Mitleid für Russland erzeugt, während westliche Akteure als Mit-/Schuldige erscheinen.

Affektive Neutralität als moralische Überlegenheit bezeichnet Passagen, primär wenn die Selbstaufwertung über Neutralität oder Äquidistanz im Zentrum steht: Österreich wird als moralisch überlegene, neutrale Kraft gerahmt – gekoppelt an Stolz, nationale Zugehörigkeit und die Abwertung internationaler Institutionen als weniger legitim bzw. moralisch. Mit „affektiver Neutralität“ ist dabei nicht der völkerrechtlich-politische Status der

Neutralität gemeint, sondern dessen diskursive Emotionalisierung und Identitätsaufladung³. Operational erkennbar ist dies, wenn Neutralität als Tugend, Tradition bzw. Wesenskern („wir Österreicher:innen als neutrale Vermittler“) inszeniert wird, um eigene Positionen zu legitimieren oder abweichende Position bzw. Kritik zu delegitimieren (z. B. als „unösterreichisch“ bzw. „illoyal“).

Ökonomisches Leiden als affektiver Resonanzboden umfasst Passagen, primär wenn Kosten, Sanktionen oder Versorgung der argumentative Kern sind: wirtschaftliche Belastungen werden als Folge „falscher“ Politik der EU/USA bzw. der Regierung gerahmt, Wut/Frustration mobilisiert und die Identität Österreichs als rationales „Opfer“ fremder Konflikte gestärkt.

Die Zuordnung erfolgt nach der dominanten argumentativen Funktion der Passage (Schuld oder Relativierung vs. Neutralität oder Äquidistanz vs. Kosten bzw. Sanktionen).

Im Folgenden werden die drei Framing-Komplexe einzeln analysiert. Dabei wird jeweils zunächst der inhaltliche Kern dargestellt, anschließend die affektive Funktion im Sinne der Affective Intelligence Theory erläutert und schließlich ihre Rolle bei der Konstruktion kollektiver Identität diskutiert.

³ Diese Arbeit kritisiert nicht den völkerrechtlich-politischen Status der österreichischen Neutralität. Untersucht wird ausschließlich deren kommunikative Emotionalisierung als identitätsstiftendes Deutungsmuster in den hier analysierten Redebeiträgen (diskursanalytische Perspektive), ohne eine normative Bewertung der Neutralität als solcher vorzunehmen.

4.1 Auswertung – Framingmuster „Diskursive Täter-Opfer-Umkehr“

Die Analyse der Redebeiträge erfolgt auf Grundlage eines deduktiv-induktiv entwickelten Kategoriensets, das folgende Codes umfasst: Täter-Opfer-Umkehr, Relativierung von Schuld bzw. Verantwortung, whataboutische Relativierung durch historische Gegenüberstellung, Russland als rationaler Akteur sowie historische Normalisierung von Gewalt. Dabei werden jeweils auch jene weiteren Kategorien berücksichtigt, die im Kontext einzelner Passagen funktional zur Konstruktion von Täter-Opfer-Umkehr beitragen.

Unter „Täter-Opfer-Umkehr“ wird hier die rhetorische Strategie verstanden, Verantwortlichkeiten für Aggressionen so zu verschieben, dass der ursprüngliche Aggressor in der öffentlichen Wahrnehmung als Opfer erscheint oder zumindest nicht mehr klar als Täter identifizierbar ist. Diese Strategie zeigt sich in unterschiedlichen Ausprägungen und wird im Folgenden für die Jahre 2022, 2023 und 2024 systematisch ausgewertet.

Dr. Bösch

Bereits im Jänner 2022 lässt sich in Dr. Böschs Rede eine rhetorische Figur der Verwirrung und Komplexität beobachten: „*Mir ist das Ganze zu schwarz-weiß (...) USA gut, Russland böse (...) es gibt verschiedenste Grautöne (...)*“ (Dr. Bösch Z6, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 76⁴). Die Aussage reiht sich in eine argumentative Strategie ein, die klare Schuldzuschreibungen vermeidet und stattdessen Verantwortung breit verteilt. Auf diese Weise wird die Zuschreibung von Schuldverantwortung für die Eskalation vor der Invasion abgeschwächt; eine explizite Täteradressierung erfolgt nicht.

So wird die Verantwortung Russlands diskursiv abgeschwächt und der Eindruck erzeugt, auch der Westen trage eine Mitschuld, wie es sich aus Formulierungen wie „USA gut, Russland böse ... es gibt verschiedenste Grautöne“ ergibt (Dr. Bösch Z6, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 76; vgl. auch Z7–Z8). Analytisch wirkt dies auch so, dass die FPÖ sich rhetorisch vom „Westen“ distanziert – obwohl Österreich selbst Teil desselben ist. Diese Strategie untergräbt die Legitimität klarer völkerrechtlicher Positionierungen und stärkt das Bedürfnis nach einer vermeintlich neutralen, versöhnlichen Haltung.

⁴ *Hinweis zur Zitierweise.* Parlamentszitate werden im Fließtext wie folgt belegt: (Sprecher:in, Z [Zitat Nr.], NR-Sitzung [Nr.], [Datum optional], S. [Seite]). Die Kennung Zx verweist auf die laufende Zitat Nummer im Kodierbuch (vgl. Anhang A: Kodierbuch/Zitatverzeichnis) und ist nicht mit „Zeile“ zu verwechseln. Bei Paraphrasen entfällt die Z Nr.; es bleibt der Verweis auf Sitzung und Seite. Abkürzungen: NR-Sitzung = Nationalratssitzung; S. = Seite; Z = Zitat-Nr. (Kodierbuch).

In der gleichen Rede öffnet Bösch dieses Frame weiter: „(...) man muss – und da bin ich noch lang kein Putin-Freund – auch die Sorgen und Bedenken der Russen ernst nehmen, zumindest zur Kenntnis nehmen“ (Dr. Bösch Z7, ebd.). Was wie ein moderierender Zwischenruf wirkt, entfaltet in seiner Tiefenstruktur eine Verschiebung der Deutung: Zunächst wird eine moralische Abgrenzung vorgenommen („kein Putin-Freund“), um sich dann rhetorisch an russische Narrative anzuschließen. Damit wird zugleich ein Moment des Verständnisses und der Empathieschaffung für Russland erzeugt, das die Perspektive des Aggressors als nachvollziehbar erscheinen lässt. Eine explizite Täteradressierung erfolgt auch hier nicht.

Noch deutlicher wird dies, wenn Bösch erklärt: „Es hat natürlich eine massive Ausweitung der NATO Richtung Osten gegeben, und es gibt Sicherheitsbedürfnisse der Russen“ (Dr. Bösch Z8, ebd.). Diese Aussage relativiert die Verantwortung Russlands, indem sie die NATO-Erweiterung als ursprüngliche Provokation rahmt und die russische Reaktion als nachvollziehbar und damit implizit legitim darstellt.

Bemerkenswert ist schließlich das daran anschließende Spiegelargument: „Stellen Sie sich vor, was die Amerikaner machen würden, würde Kuba, Venezuela oder Mexiko sagen, Mitglied einer russischen Militärgemeinschaft zu sein!“ (Dr. Bösch Z8, ebd.). Durch diese Analogie wird ein moralisches Gleichgewicht konstruiert, das die russische Eskalation mit einer hypothetischen US-Reaktion gleichsetzt. Eine explizite Täteradressierung erfolgt auch hier nicht, obwohl Russland bereits seit der Krim-Annexion 2014 in internationalen Medien und von westlichen Regierungen als Aggressor bezeichnet wurde (BBC 2025).

Bösch verschiebt die Schuldfrage auch, indem er den Fokus auf Eskalationsdynamiken legt: „Man darf das jetzt auf keinen Fall eskalieren lassen. (...) diese Truppenkonzentrationen wirken natürlich eskalierend, aber selbstverständlich sind auch Waffenlieferungen und Truppenbereitstellungen, etwa jene der Briten, auch nicht deeskalierend“ (Dr. Bösch Z9, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 76). Dadurch wird die militärische Unterstützung der Ukraine in eine Linie mit russischen Truppenbewegungen gestellt und beide Seiten als gleich eskalierend gerahmt. Eine klare Täteradressierung erfolgt hier nicht.

Darüber hinaus rahmt Bösch die Sicherheitsarchitektur Europas als strukturell schwach und die NATO zugleich ambivalent: „Diese baltischen Staaten (...) sind auch Mitglieder der NATO geworden (...) weil sie der Europäischen Union und ihren Strukturen nicht trauen. (...) Die NATO ist das einzige jetzt funktionierende Militärbündnis der Welt. (...) Das ist die NATO aber nicht alleine, denn sie ist auch der militärische Arm der US-Außenpolitik (...) Die NATO hat sich nach dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhanges grenzenlos nach Osten erweitert,

und Russland wehrt sich gegen diese Erweiterung“ (Dr. Bösch Z10, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 82). Diese Passage entfaltet ein Doppel-Framing: Einerseits wird die EU als schwach delegitimiert, andererseits die NATO zunächst funktional beschrieben, dann jedoch als expansives Instrument der USA umgedeutet. Analytisch aktiviert diese Ambivalenz zugleich latente Bedrohungswahrnehmungen (vgl. Affective Intelligence Theory), die die Anschlussfähigkeit für russische Narrative erhöhen.

Zur Verstärkung dieses Musters greift Bösch auf einen historischen Vergleich zurück: „Erinnern wir uns zurück an die Sechzigerjahre, als die Sowjetunion vor der Haustür der USA, in Kuba, Atomraketen hat stationieren wollen! (...) es weist darauf hin, dass es eigene Sicherheitsinteressen von Großmächten gibt, und die USA führen seit ihrer Gründung, seit 200 Jahren, Krieg um ihre Märkte. Das ist so bei Großmächten, das tun andere auch, und das kann keiner auf dieser Welt verhindern“ (Dr. Bösch Z11, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 84). Dieses whataboutistische Argument normalisiert russische Aggression, indem es ihn in eine allgemeine Gesetzmäßigkeit großmächtlicher Politik einbettet: „Das tun andere auch“ (ebd.). Damit wird die Verantwortung Russlands abgeschwächt und zugleich die normative Grundlage völkerrechtlicher Verurteilung unterlaufen.

24. Februar 2022

Herbert Kickl

Kickl beginnt seine Rede am Tag der großangelegten russischen Invasion mit Worten der Verurteilung, rahmt den Angriff jedoch zugleich als Eskalationsstufe in einem „schon seit langer Zeit“ bestehenden Konflikt (Kickl Z14, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 51–52). Durch diese Kontextualisierung wird die unmittelbare Verantwortung Russlands abgeschwächt: Nicht der Angriff selbst, sondern eine vage, langanhaltende Vorgeschichte erscheint als auslösender Faktor.

Die österreichische Reaktion – insbesondere das „Schreien nach Sanktionen“ – wird als unangemessen laut gegenüber Russland kritisiert (ebd.). Stattdessen fordert Kickl Waffenstillstand und Verhandlungen als eigentliche Pflicht eines neutralen Staates. Analytisch wirkt dies so, dass einerseits Aversion gegenüber der Regierung erzeugt wird, der einseitige Parteinahme unterstellt wird, während andererseits der Neutralitätsframe als moralische Überlegenheit reaktiviert wird.

In derselben Rede meidet Kickl eindeutige Schuldzuschreibungen, indem er auf „Zusammenhänge von Ursache und Wirkung“ verweist: *„Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen stellt sich natürlich die Frage – die wir hier und*

heute nicht im vollständigen Umfang beantworten können –, welche Faktoren, welche Zusammenhänge, welches Spiel von Ursache und Wirkung, welche Zusammenhänge von Wirkung und Wechselwirkung et cetera denn dazu geführt haben, dass es dann am Ende so weit gekommen ist, wie wir es heute alle erleben müssen und wie es uns in gewisser Weise auch fassungslos macht.“ (Kickl Z15, NR SITZ 143, 24. Februar 2022: 52). Anstatt die Invasion klar als völkerrechtswidrigen Angriff zu benennen, evoziert die Aussage ein offenes, vielschichtiges Ursachen-Wirkungs-Geflecht. Diese Rahmung betont Orientierungslosigkeit und verschiebt den Fokus von der rechtlichen und moralischen Bewertung hin zu einer vagen, systemischen Erklärungsebene. Damit wird die moralische Eindeutigkeit durch diffuse Deutungsmuster ersetzt, die den Eindruck erwecken, das Geschehen sei das Resultat einer unüberschaubaren Gemengelage. Dieser Einstieg in die Relativierungslogik schwächt die Dringlichkeit klarer politischer Positionierungen und bereitet den Boden für weitere narrative Verschiebungen, in denen Russland nicht mehr als eindeutiger Aggressor erscheint.

Im weiteren Verlauf seiner Rede am 24. Februar 2022 greift Kickl zur weiteren Bilateralisierung der Verantwortung:

„(...) es in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufseiten beider Hauptbeteiligter – der Russen auf der einen Seite und der Amerikaner/der Nato sowie in ihrem Windschatten der Europäischen Union auf der anderen Seite – zu fehlerhaftem Vorgehen, zu schuldhaftem Vorgehen, zu provokativem Vorgehen gekommen ist (...) ich von einer Seite gar nichts gehört habe und alle Ursachenforschung sich nur auf die andere konzentriert hat. Das ist nicht mutig (...) und das ist auch nicht neutral.“ (Kickl Z16, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52)

Durch diese symmetrische Zuschreibung von „Fehlern“, „Schuld“ und „Provokation“ werden westliche Akteure mit Russland auf eine moralische Ebene gestellt. Der Bruch des Völkerrechts durch Russland wird so in einen Deutungsrahmen eingebettet, der beide Seiten als gleichermaßen verantwortlich erscheinen lässt.

Zugleich betreibt Kickl eine Delegitimierung der österreichischen Regierung, indem er ihr mangelnde Neutralität und „Mut zur Wahrheit“ unterstellt (Z16 ebd. 52). Diese doppelte argumentative Bewegung – moralische Symmetrierung der Konfliktparteien und Emotionalisierung über den Vorwurf der Voreingenommenheit – trägt zur Verschiebung des Diskursrahmens weg von einer eindeutigen Aggressor-Opfer-Konstellation hin zu einem Gleichgewicht der Schuld.

Die kognitive Wirkung besteht in der Entlastung Russlands durch eine geteilte Verantwortungszuschreibung, während die affektive Wirkung über die Empörung über angebliche Parteilichkeit der eigenen Regierung verstärkt wird. Politisch resultiert daraus eine

Schwächung westlicher Kritik und eine Stärkung des Neutralitätsnarrativs als vermeintlich überlegene, „mutige“ Position.

Anschließend erweitert Kickl seine Argumentation um eine historische Relativierung der Eskalation, indem er den Konflikt auf eine lange Vorgeschichte seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 zurückführt: „... *seit Jahrzehnten, beginnend 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion, schwelt (...)*“ (Kickl Z17, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52). Damit greift er erneut auf das rhetorische Mittel der Zeitlichkeit zurück. Analytisch wirkt, dass diese Einbettung den Fokus von der aktuellen Invasion auf ein jahrzehntelanges Spannungsfeld verschiebt, wodurch die Verantwortung Russlands für die konkrete Aggression im Februar 2022 abgeschwächt wird. Durch Begriffe wie „Eindimensionalität“ und „Parteilichkeit“ kontrastiert er die österreichische Bundesregierung als einseitig und unsachlich, während er seine Position im Gegensatz zur „Eindimensionalität“ der Regierung als umfassender und ausgewogener präsentiert (Z18; ebd.). Damit entsteht ein Gegen-Narrativ, das sich ausdrücklich auf das ‚Ganze‘ beruft und beansprucht, nicht nur eine Seite zu bewerten.

Kickl formuliert anschließend ein hypothetisches Verständnisangebot für die jüngsten Ereignisse: „*Ich hätte vielleicht noch ein gewisses Verständnis dafür, wenn die Ereignisse (...) über Nacht gekommen wären.*“ (Kickl Z18, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52). Diese Konstruktion wirkt auf den ersten Blick distanziert, funktioniert aber als rhetorische Vorbereitung, um die reale russische Aggression in einen Rahmen zu setzen, der sie als vorhersehbar und somit weniger moralisch verwerflich erscheinen lässt.

In der anschließenden Argumentation wird der Angriff nicht als klarer Bruch des Völkerrechts benannt, sondern als „zwangsläufige Entladung“ eines über Jahrzehnte eskalierenden Konflikts mit „zwei maßgeblich beteiligten Parteien“ (Z18, ebd.). Analytisch bedeutet das, dass durch die wiederholte Betonung von Wechselwirkungen und gegenseitiger Eskalation die Verantwortung verteilt und Schuld geteilt wird.

Kickl nutzt weiter eine rhetorische Gleichsetzung von Russland und den USA, um die moralische Eindeutigkeit der westlichen Position zu untergraben: „*All das, was Sie gesagt haben, können Sie auf die USA parallelverschieben (...) jedes der Argumente (...) hätte für militärische Aggressionen der Vereinigten Staaten genauso seine Gültigkeit.*“ (Kickl Z22, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 53). Analytisch lässt sich dies als Argumentationsfigur des Whataboutism deuten. Sie geht insofern über eine bloße Schuldrelativierung hinaus, als der Bewertungsmaßstab von völkerrechtlichen Normen auf eine moralisch-relativistische Vergleichslogik verschoben wird. Auf diese Weise tritt die spezifische Verantwortung

Russlands in den Hintergrund. Zugleich wird die Glaubwürdigkeit westlicher Kritik in Frage gestellt, indem eine strukturelle Doppelmoral unterstellt wird.

Die Wirkung dieser Figur kann doppelt beschrieben werden: Einerseits wird die normative Grundlage westlicher Kritik geschwächt, da sie als selektiv und inkonsequent erscheint. Andererseits eröffnet sich ein Deutungsraum, in dem die Aggression Russlands nicht mehr als singulärer Rechtsbruch, sondern als Teil eines allgemeinen, quasi-unvermeidlichen Großmachtverhaltens verstanden werden kann. Damit verschiebt sich der Fokus weg vom konkreten Völkerrechtsverstoß hin zu einer systemischen Logik, die Täter-Opfer-Umkehr erleichtert.

Schließlich macht Kickl das Völkerrecht selbst zum umkämpften Deutungsrahmen: *„Sie haben heute selbst das Völkerrecht strapaziert, Herr Bundeskanzler. (...) Dann sagen Sie dazu, dass auch die Teilnahme an Sanktionen eine Völkerrechtsverletzung ist! (...) Dann haben wir die ganze Wahrheit beieinander, dann ist es auch seriös, dass man über das Völkerrecht diskutiert.“* (Kickl Z25, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 54). Analytisch lässt sich beobachten, dass er damit westliche Maßnahmen – etwa Sanktionen oder NATO-Operationen – rhetorisch mit der russischen Aggression auf eine Ebene stellt. Dadurch entsteht der Eindruck eines moralischen Gleichgewichts, das die spezifische Rechtsverletzung Russlands in den Hintergrund treten lässt. Zugleich wird die österreichische Regierung delegitimiert, indem ihr eine einseitige und damit unglaubliche Auslegung des Völkerrechts vorgeworfen wird. Das Völkerrecht erscheint hier nicht mehr als universelle normative Grundlage, sondern als parteiisches Machtinstrument. Diese argumentative Strategie verschiebt die Wahrnehmung von einem klaren Bruch des Rechts hin zu einer Debatte über vermeintliche doppelte Standards – ein Mechanismus, der die Täter-Opfer-Umkehr unterstützt.

Dr. Kassegger

Am 24. Februar 2022 greift Dr. Kassegger auf dasselbe Muster der Täter-Opfer-Umkehr zurück, das bereits zuvor in den Reden der FPÖ sichtbar wurde. Diesmal wird die Ukraine nicht direkt, aber implizit in eine Auslöserrolle für eine mögliche Eskalationskette gerückt: *„(...) weil die nächste Konsequenz wäre, dass er [Zelenskyj] um Unterstützung ersucht, ja, und dann kommen die Nato-Truppen – wer soll es sonst sein, die EU hat keine Truppen – und dann haben wir wirklich ein Problem.“* (Dr. Kassegger Z29, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 63).

Der Aggressor Russland bleibt unbenannt; stattdessen konstruiert Kassegger eine Bedrohung durch die mögliche westliche Reaktion. Mit der Formulierung einer „ganz großen Bitte, das mit aller Kraft zu verhindern“ (ebd.) inszeniert sich die FPÖ als verantwortungsvolle

Schutzinstanz, während die Unterstützer:innen der Ukraine in die Rolle potenzieller Eskalationstreiber verschoben werden.

In weiterem Schnitt seiner Rede verknüpft Dr. Kassegger unmittelbar daran an und vergleicht mögliche NATO-Unterstützung für die Ukraine mit historischen Katastrophen: „(...) *dann haben wir Irak 2.0, dann haben wir Afghanistan 2.0, dann haben wir Syrien und Libyen, mit all den Konsequenzen, mit Hunderttausenden Zivilisten, die dann sterben – in diesem Fall Europäern, die dann sterben.*“ (Dr. Kassegger Z30, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 63-64).

Diese Gleichsetzung überträgt die negativen Emotionen vergangener Kriege auf die Gegenwart und erschwert so eine rationale Debatte über Unterstützung für die Ukraine. Der Fokus auf westliche Militärinterventionen erzeugt einen Affektmix aus Angst und Misstrauen, wodurch die Dringlichkeit einer klaren Positionierung gegen Russland in den Hintergrund rückt.

Im Weiteren verknüpft Dr. Kassegger westliche Interventionen mit dem aktuellen Krieg und rahmt die Dynamik als wechselseitige Eskalation: „... *das ist schon ein beidseitiges Sich-Hochschaukeln, ein beidseitiges Nicht-miteinander-Reden ...*“; zugleich fordert er, „*dass ... ein Kompromiss erzielt werden muss*“, wobei „*ein Kompromiss ... immer ein Nachgeben von verschiedenen Positionen*“ sei (Dr. Kassegger Z32, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 64). Damit verschiebt er die Rahmung weg von einer klaren Täteradressierung hin zu einer symmetrierenden Lesart; eine explizite Zuschreibung primärer Verantwortung erfolgt in dieser Passage nicht.

Dr. Kassegger rahmt die EU als handlungsunfähig und einseitig: „*Ist die Europäische Union in ihrer derzeitigen Gestalt das richtige Instrument [...]?* – *Diese Frage muss ich leider mit Nein beantworten, weil die Europäische Union in der derzeitigen Gestalt mehr oder weniger keine Rolle in diesem geopolitischen Konflikt spielt und sich [...] unter dem Druck – denn viele Länder der Europäischen Union sind NATO-Länder – [...] vollkommen auf die Seite von USA/NATO schlägt. Das kann nicht gutgehen.*“ Er kontrastiert dies ausdrücklich mit einer neutralitätsbasierten Alternative: „*Wir sind kein Mitglied der NATO. Wir hätten [...] die wunderbare Möglichkeit, uns [...] nicht vollkommen auf die Seite der USA und der NATO zu schlagen, sondern gemeinsam [...] mit anderen neutralen Staaten [...] eine Plattform zu bilden und aus dieser Äquidistanz heraus eine gute Lösung zu finden [...]. Sich aber einseitig auf eine Seite zu schlagen, das ist nicht der richtige Weg.*“ (Dr. Kassegger Z34, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 64). Damit wird Neutralität explizit als überlegene Handlungsoption („Äquidistanz“, „Plattform [...] mit neutralen Staaten“) aufgewertet, während das Risiko weiterer Eskalation („Das kann nicht gutgehen“) an die einseitige Positionierung von

EU/NATO gekoppelt wird. Russland wird in dieser Passage nicht als Aggressor benannt; die Problematisierung richtet sich ausschließlich gegen die EU-Linie, während die völkerrechtliche Dimension des russischen Angriffs vollständig ausgespart bleibt.

Dr. Bösch

Bösch deutet den Krieg explizit von einem nationalstaatlichen zu einem geopolitischen Konflikt um: *„(...) kein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, sondern ein Konflikt zwischen Russland und dem Westen. Der Westen wird im Wesentlichen durch die Nato repräsentiert. Es ist ganz klar, dass wir diesem Spielball Ukraine, der jetzt unter die Räder kommt, solidarisch gegenüberstehen. Das tun auch wir Freiheitlichen.“* (Dr. Bösch Z39, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 73). Hier spricht Bösch auch von der Ukraine als „Spielball“, der „unter die Räder kommt“ (ebd.), womit ihre Rolle als eigenständiger Akteur marginalisiert wird. Analytisch lässt sich daraus ableiten, dass Russland rhetorisch in eine Großmachtrivalität mit dem Westen eingeordnet wird, während die Ukraine auf die Rolle eines Objekts reduziert bleibt. Eine ähnliche Umdeutung des Krieges in einen Systemkonflikt findet sich bei Kickl, der von „beiden Hauptbeteiligten“ spricht (Kickl Z17), sowie bei Kassegger, der von einem „beidseitigen Sich-Hochschaukeln“ ausgeht (Dr. Kassegger Z32). Diese parallelen Argumentationsmuster verstärken sich gegenseitig und verschieben den Diskursrahmen hin zu einer symmetrischen Großmachtrivalität im Rahmen einer Täter-Opfer-Struktur.

Ergänzend spricht Bösch von der „schwachen Union“ der EU, die bei Sicherheits- und Verteidigungspolitik „vollkommen unzureichend“ sei, und betont zugleich, dass „europäische Solidarität“ notwendig bleibe (Dr. Bösch Z39, ebd.). Analytisch kann dies als Delegitimierung der EU-Strukturen gelesen werden, während gleichzeitig Raum für die Selbstinszenierung der FPÖ geschaffen wird, die europäische Solidarität betont, aber NATO-Distanz wahrt.

In weiterer Passage beschreibt Bösch die Gefahr eines „totalen Krieges“ nicht als Folge fortgesetzter russischer Aggression, sondern primär als Konsequenz eines möglichen „Gegenangriffs der Nato“: *„Ein totaler Krieg würde durch den Einsatz der Nato, durch einen Gegenangriff der Nato entstehen. (...) Dieser totale Krieg würde auch die Gefahr einer atomaren Bedrohung in sich tragen, und das kann Europa nicht dulden“* (Dr. Bösch Z41, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 73). Bemerkenswert ist, dass trotz der skizzierten Gefahrendimension – bis hin zu einer „atomaren Bedrohung“ – Russland selbst nicht als unmittelbarer Auslöser dieser Eskalationsspirale benannt wird. Stattdessen wird die Hauptgefahr westlichen Handlungen zugeschrieben.

Damit verstärken sich die Narrative innerhalb der FPÖ-Reden gegenseitig: Während Kickl im selben Kontext von einer wechselseitigen Eskalation spricht (Z18, ebd. 52), akzentuiert Bösch die Bedrohung durch einen möglichen NATO-Einsatz (Dr. Bösch Z41, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 73), sowie es vorher auch Dr. Kassegger getan hat (Z30; ebd. 63f). Zusammen ergibt sich ein konsistentes Framing, in dem westliche Reaktionen als zentrale Eskalationstreiber erscheinen, während Russland von der primären Verantwortung entlastet wird.

Auswertung 2023

Kickl

Am ersten Jahrestag der großangelegten russischen Invasion verschiebt Kickl den Deutungsrahmen vom klaren Aggressor-Opfer-Schema hin zu einer symmetrischen Schuldzuschreibung: „(...) *dass beide Seiten Schuld haben und dass beide Seiten die Verantwortung tragen.*“ (Kickl Z47, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 139). Die Ukraine erscheint nicht als souverän handelnde Partei, sondern als passives „*Opfer (...) von beiden Seiten*“. Damit knüpft er an die bereits 2022 angelegte Argumentation an, womit russische Aggression relativiert und westliche Politik als gleichwertig eskalationsverantwortlich inszeniert wird. Weiter folgt wieder steigende Komplexität zur Relativierung der Verantwortung „*Da wird dann aus Ursache und Wirkung das Spiel von Wechselwirkung, wenn Sie wissen, was ich meine. Das bedeutet im Klartext, dass beide Seiten Schuld haben und dass beide Seiten die Verantwortung tragen.*“, (ebd.).

Schließlich integriert Kickl auch die „kriegerische“ Rolle der USA, indem er russische Völkerrechtsbrüche mit US-Interventionen gleichsetzt „(...) *leider auch andere Staaten, wie die USA, (...) haben (...) völkerrechtswidrig geführt*“ (Kickl Z48, NR SITZ:200, 24. Februar 2023: 139). Die westlichen Sanktionen delegitimiert Kickl als „*Heuchelei*“ (ebd.), solange sie nicht gegen alle Kriegsakteure gleichermaßen verhängt werden.

MA Hafenecker

MA Hafenecker setzt stärker auf die Selbstinszenierung als Friedenswahrer, indem er einen „*Wechsel in der Rhetorik*“ (MA Hafenecker Z51, NR SITZ:200, 24. Februar 2023: 166) konstatiert, bei dem „*Wörter wie Frieden (...) nicht mehr verwendet*“ (ebd.) würden. Die behauptete „*militaristische Fixierung*“ von Regierung und EU verschiebt die Ursache anhaltender Kampfhandlungen implizit weg von russischer Aggression hin zu westlicher „*Kriegsfixierung*“. Dazu passt die Warnung vor einer atomaren Eskalation, ausgelöst durch die

Rhetorik westlicher Politiker:innen „(...) dass man sich im Krieg mit Russland befindet (...) vielleicht sogar an den Rand eines atomaren Konfliktes bringt“ (MA Hafenecker Z53, NR SITZ:200, 24. Februar 2023: 166), die den Bedrohungsfokus auf die „falsche Wortwahl“ des Westens verlagert. Ukrainische Waffenforderungen werden gezielt durch die Betonung geächteter Waffenarten „(...) Streubomben und Phosphorbomben (...)“ (ebd.) delegitimiert, wodurch analytisch die Ukraine nicht mehr als Selbstschützende, sondern als potenziell völkerrechtsverletzende Kriegspartei erscheint.

Mit einer strategischen Relektüre grüner Parteidokumente versucht MA Hafenecker, einen „Verrat“ an früheren pazifistischen Positionen zu belegen. Neutralität und „Einbeziehung Russlands“ erscheinen als ehemals parteiübergreifend akzeptierte Position, wodurch die heutige Unterstützung der Ukraine als Wertebruch gerahmt wird. In diesem Zusammenhang wird auch ein generelles Verbot von Waffenexporten an „Kriegsparteien“ (MA Hafenecker Z55, NR SITZ:200, 24. Februar 2023:167f) gefordert – eine Formulierung, die Ukraine und Russland gleichermaßen umfasst und so die Legitimität von Selbstverteidigung unterminiert.

Dr. Fürst

Dr. Fürst erweitert die Ukraine-Politik-Kritik zu einer generellen EU-Kritik, indem sie den „Werte-Tausch“-Frame nutzt: Die EU habe ihre westlichen Ideale gegen „Korruption (...) und Kriegstreiberei“ (Dr. Fürst Z58, NR SITZ 200, 2023: 187-188) eingetauscht.

Die Attacken richten sich zugleich gegen politische Gegner:innen: So wirft sie den NEOS vor, „immer russische Propaganda“ zu unterstellen, obwohl die Partei „überhaupt nur [existiere], weil sie vom Strabag-Eigentümer Haselsteiner ... finanziert wurde“, der selbst „gute Geschäfte in Russland gemacht“ habe (Z61, ebd.: 188). Analytisch verschiebt sich der Fokus damit weg von der russischen Aggression hin zu vermeintlicher Heuchelei der Kritiker:innen. US-Kritik wird als Ausdruck europäischer Souveränität verteidigt: „Es ist nicht jeder hier russische Propaganda, wenn er sagt, dass die USA ein Profiteur sind“ (Z64, ebd.: 189), während Abgrenzung zu den USA wichtiger erscheint als Abgrenzung zu Russland. Waffenlieferungen werden rhetorisch als nicht zielführend und dem Selbstschutz widersprechend gerahmt: „(...) mehr Waffen und Panzer heißt immer mehr tote (...)“ (Z65, ebd.: 190). Spiegelbildlich werden diplomatische Initiativen – bis hin zu chinesischen Vorschlägen – als konstruktive Alternativen inszeniert.

Analytisch ergibt sich daraus ein konsistentes Muster: Der westlich geprägte Werte- und Verantwortungsrahmen wird umgekehrt; Täter-Opfer-Logik wird aufgelöst zugunsten einer

beidseitigen Verantwortungsfigur, die militärische Unterstützung der Ukraine diskursiv abwertet.

Für 2024 konnte keine Passage identifiziert werden, die explizit eine Täter-Opfer-Umkehr vornimmt.

4.2 Affektive Neutralität als moralische Überlegenheit

Das zweite identifizierte Framingmuster in der Rhetorik der FPÖ ist die *affektive Neutralität als moralische Überlegenheit*. Dieses Frame nutzt nicht nur die völkerrechtlich verankerte Neutralität Österreichs als außenpolitischen Bezugspunkt, sondern erhebt sie zu einem identitätsstiftenden, moralisch überlegenen Prinzip. Neutralität wird dabei emotional aufgeladen und mit positiven Affekten wie Stolz, historischer Kontinuität und nationaler Selbstvergewisserung verknüpft. Gemeint ist nicht der völkerrechtlich-politische Status der Neutralität, sondern deren diskursive Emotionalisierung und Identitätsaufladung; untersucht wird, wann Neutralität als moralischer Imperativ inszeniert wird und dadurch Debatten über Alternativen verengt werden (vgl. Fn. 1).

Zugleich entfaltet das Frame eine zweite, abwertende Dimension: Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine, klare Sanktionen gegen Russland oder eine pro-europäische Haltung werden nicht nur kritisiert, sondern als moralisch fragwürdig, übersteigert oder irrational dargestellt. Wer von der „Linie der Neutralität“ abweicht, erscheint in dieser Logik als parteiisch, unvernünftig oder gar gefährlich. Darüber hinaus grenzt sich die FPÖ strategisch von westlichen Akteuren, insbesondere NATO und EU, ab, die als parteiisch, eskalationsfördernd oder moralisch inkonsistent dargestellt werden. Diese Gegenüberstellung verstärkt den Kontrast: Während Österreichs Neutralität als Ausdruck von Weisheit, Weitsicht und Friedensfähigkeit aufgeladen wird, erscheinen westliche Institutionen als moralisch minderwertig oder gefährlich.

Auf der rhetorischen Ebene kombiniert dieses Frame mehrere Strategien: die affektive Selbstdarstellung Österreichs als neutrale Vermittler:in, narrative Identitätsstiftung durch historische Bezugnahmen, das Stabilitätsnarrativ im Sinne der Affective Intelligence Theory (Disposition System: Loyalität, Beständigkeit) sowie eine gezielte Delegitimierung internationaler Institutionen. Diese doppelte affektive Bewegung – positive Selbstaufwertung und gleichzeitige Abwertung anderer – stabilisiert die FPÖ-Inszenierung: So entsteht eine affektive Logik, in der militärische Unterstützung für die Ukraine zur Selbstverteidigung nicht als legitime Option, sondern als irrationaler Tabubruch erscheint, während Neutralität als rechtlich geboten, einzig vernünftige, identitätsstiftende und moralisch überlegene Außenpolitik überhöht wird.

Dr. Bösch

Im Vorfeld der großangelegten Invasion zeichnet Dr. Bösch (FPÖ) ein Bild der EU als sicherheitspolitisch irrelevanten Akteur: „*Die traurige Gewissheit ist, die Europäische Union wird, um es gelinde zu formulieren, nicht besonders ernst genommen*“ (Bösch Z1, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 75). Diese Delegitimierung der EU schwächt kognitiv ihre Autorität und öffnet affektiv den Raum für alternative außenpolitische Bezugspunkte.

Parallel dazu wird die NATO nicht als Sicherheitsgarant, sondern als parteiischer Machtblock konstruiert. Dr. Bösch verweist auf „*(...) eine Parallelstruktur (...) nämlich die Nato*“, mit der im russischen Krieg in der Ukraine gesprochen werde, „*und nicht mit der Europäischen Union*“ (Bösch Z5, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 75f). Österreich könne „*in der guten alten Tradition als Brückenbauer fungieren*“, gerade weil es „*nicht Mitglied der Nato ist, sondern neutral*“. Hier verknüpft sich die Selbstdarstellung Österreichs als neutrale Vermittler:in mit einem implizit aufgeladenen Stabilitäts- und Loyalitätsnarrativ: Neutralität erscheint nicht nur als faktischer Status, sondern als historisch bewährte und identitätsstiftende Handlungsoption.

Besonders deutlich wird diese moralische Aufwertung der Neutralität, wenn Dr. Bösch fordert, eine „*Äquidistanz zwischen Washington und Moskau*“ zu leben, da „*ohne Russland kein Friede in Europa möglich sein wird*“ (Bösch Z12, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 82f). Die Formulierung „*Wir brauchen Washington, aber wir brauchen auch Moskau*“ rahmt Russland trotz laufender Invasion als legitimen Verhandlungspartner und vermeidet eine klare Täter-Opfer-Zuordnung (ebd.). Dies entspricht dem Äquidistanz-Narrativ und stärkt das Bild Österreichs als vernünftige Ausnahme innerhalb einer angeblich einseitig transatlantisch ausgerichteten EU.

Abschließend nutzt Dr. Bösch narrative Identitätsstiftung durch Rückgriff auf die eigene Regierungszeit: „*Erinnern Sie sich zurück an die Zeit unserer gemeinsamen Regierung (...) Dort ist es uns gelungen, auf europäischer Ebene eigenständige Wege zu gehen*“ (Bösch Z13, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 83). Diese nostalgische Rahmung ersetzt sachliche Argumentation durch emotionale Kohärenz mit einem Idealbild der Vergangenheit und verknüpft nationale Eigenständigkeit mit Friedensfähigkeit.

Analyse 24. Februar 2022

Kickl

In seiner Rede am 24. Februar 2022 inszeniert Kickl (FPÖ) die österreichische Neutralität als moralisch überlegene und strategisch kluge Alternative zur westlichen

Parteinahme. Mit der ‚westlichen Parteinahme‘ ist dabei objektiv die Einhaltung des Völkerrechts durch westliche Staaten gemeint, die durch diese Rahmung rhetorisch abgewertet wird.

Bereits zu Beginn betont er die „immerwährende Neutralität Österreichs“ als „Dreh- und Angelpunkt“ der Verfassung, *„nicht (...) als lästige Randbemerkung“* (Kickl Z19, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52). Neutralität sei „keine Feigheit“, sondern der „dritte Weg, wenn zwei sich ineinander verrannt haben“ (ebd.). Diese Definition verbindet Neutralität mit Mut (Z22, ebd.: 53) und positioniert sie als aktive, lösungsorientierte Haltung, die Österreich zu einer Vermittlerrolle befähigt. Im selben Zusammenhang adressiert Kickl die Regierung direkt und fordert, „die Politik, die Sie vor allem in den letzten Tagen und in den letzten Wochen gemacht haben, an diesen Maßstab der Vorgabe unserer Bundesverfassung zu legen“, wobei dies „mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat“. Er schließt: „Neutralität ja, aber Parteilichkeit und Eindimensionalität nein.“ (Kickl Z19, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 52–53). Damit wird die Regierungsposition in der Rede ausdrücklich als parteiisch und der von ihm reklamierten Verfassungslogik widersprechend gerahmt.

Kickl rahmt Neutralität als aktives Instrument, das *„genau jenen Platz und jene Manövriermöglichkeiten“* schafft, die *„zwei, die sich ineinander verkeilt haben, für sich selbst längst verloren haben“*, und fordert, *„nicht [...] sich auf eine Seite zu schlagen“* (Kickl Z20 NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 53). Damit zeichnet er die Lage als wechselseitige Verkeilung; eine explizite Verantwortungszuschreibung nimmt er an dieser Stelle nicht vor. Er präzisiert, man solle sich *„nicht [...] auf eine Seite schlagen“* und sich damit nicht dem Verdacht aussetzen, *„parteilich“* zu sein, in einem Konflikt, der *„viel komplexer“* sei, *„als [die Regierung] es hier dargestellt“* habe (ebd.: 53). Analytisch wird Parteinahme damit ausdrücklich problematisiert; dies kann als Verschiebung weg von klarer Täteradressierung hin zu einer symmetrierenden Lesart gelesen werden, die Täter-Opfer-Umkehr begünstigt.

Die Regierung wird wiederholt beschuldigt, die Neutralität „auf einen ganz kleinen militärischen Kern zusammenschnurren“ zu lassen (Z23, ebd.) und damit eine historisch bewährte Position aus Opportunismus oder Mutlosigkeit zu schwächen. Die Verbindung von historisch bewährtem Selbstbild und moralischem Appell an Mut steigert die affektive Aufladung der Neutralität als nationale Identitätsressource.

Gleichzeitig attackiert Kickl die Glaubwürdigkeit der Regierung, indem er ihr vorwirft, das Bundesheer „kaputtgespart“ zu haben und nun dennoch sicherheitspolitische Neutralität zu

beanspruchen (Z23, ebd. 53). Dieser Widerspruch wird als Heuchelei (ebd.) gerahmt, was das Vertrauen in die offizielle Politik weiter untergräbt.

Mit Bezug auf das Völkerrecht behauptet er, Neutralität habe *„überhaupt gar nichts mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (...) der Europäischen Union zu tun“* (Kickl Z24, NR SITZ 143, 24. Februar 2022: 53) und inszeniert so einen Konflikt zwischen österreichischer Souveränität und europäischer Integration. Dies kann EU-skeptische Haltungen stärken und das Bild der FPÖ als rechtlich korrekte Hüterin nationaler Interessen untermauern.

Die Rede kulminiert in einer generationenübergreifenden Perspektive: Neutralität müsse „für die kommenden Generationen“ erhalten werden, da sie sich „in der Vergangenheit bewährt hat“ (Kickl Z26, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 54). Gleichzeitig wendet Kickl das Solidaritätsnarrativ der Regierung gegen sie: Solidarität mit der Ukraine könne „kein Ersatz für die österreichische Neutralität sein“, vielmehr handle es sich dabei um einen „unsolidarischen Akt mit unserer Verfassung“, „mit unseren Sicherheitsinteressen“ und „mit unseren Wirtschaftsinteressen“ (ebd.). Damit projiziert er moralische Schuld auf die Regierung und verschiebt den Fokus von der Solidarität mit einem angegriffenen Staat hin zu Loyalität gegenüber der eigenen Nation. Neutralität erscheint so nicht nur als Option, sondern als moralisch richtiger Weg im Gegensatz zu den „unsolidarischen“ Entscheidungen der Regierung – eine klare moralisierende Rahmung, die das Regierungshandeln als verfassungswidrig und verantwortungslos markiert.

Diese affektive Neuordnung wird durch weitere Passagen verstärkt: Wer glaube, Russland mit Sanktionen „in die Knie zwingen“ zu können, sei „naiv“, militärisches Vorgehen führe zu einem „weltweiten Flächenbrand“ (Kickl Z27, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 55). Damit werden militärische Gegenwehr und Sanktionspolitik diskursiv als eskalationstreibend gefasst, während Neutralität als einzig verantwortungsvolle Alternative erscheint. Eine Verantwortungszuschreibung an Russland bleibt in dieser Logik aus; die Gefahren gehen nicht vom Aggressor aus, sondern von den westlichen Reaktionen – eine implizite Relativierung von Schuld, die Russland aus der moralischen Schusslinie nimmt.

Anstelle dieser Politik fordert Kickl, Österreich solle sich „in einer größeren Lautstärke“ als Ort der Vermittlung „anbieten“ und verweist auf die „eigene Geschichte“ der Neutralität, mit der man „sehr, sehr gut gefahren“ sei (ebd.). Damit wird Neutralität explizit zum universellen Handlungsmodell („Ort der Vermittlung“, „Modell für die Ukraine“) erhoben, das Österreich zugleich strategisch aufwertet: Die Republik erscheint nicht als kleiner Staat am Rande, sondern als Lehrmeister und Vermittlerin zwischen Weltmächten. Dieser

Identitätsframe stärkt ein nationales Selbstbild der moralischen Überlegenheit und zugleich ein EU-skeptisches Narrativ, da die Handlungslogik nicht Integration, sondern Distanzierung und Eigenständigkeit privilegiert.

Das rhetorische Finale liefert ein Zitat aus Sunzis „Kunst des Krieges“: *„Wenn du nicht stark bist, dann sei klug!“* (Z28, ebd.: 55). Dieses strategische Selbstbild verdichtet die gesamte Argumentationslinie: Die FPÖ inszeniert sich als „kluge“ Instanz souveräner Außenpolitik, die Vermittlung/Äquidistanz und Neutralität priorisiert, während die Regierungs- und EU-Linie kontrastiv als einseitig und risikobehaftet gerahmt wird.

Dr. Kassegger

Dr. Kassegger emotionalisiert Neutralität, indem er Eskalationsangst und kollektive Zugehörigkeit bündelt: Er warnt vor einer sich *„weiter“* drehenden *„Eskalationsspirale“* und der Aussicht, dass nach einem Hilfesuch Selenskyjs *„dann [...] die NATO-Truppen“* kämen – *„und dann haben wir wirklich ein Problem“* (Dr. Kassegger Z29, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 63). Die Folgen würden *„diametral gegen die Interessen Europas und seiner Völker“* wirken; *„die Europäer haben dann die Toten“*, ein Land werde *„im vollkommenen Chaos versinken“* (Z31, ebd.: 64). Zur Begründung rahmt er Neutralität ausdrücklich als *„Ausgewogenheit“* und *„Äquidistanz“*, die es erlaube, auch die USA/NATO zu kritisieren und beide Seiten *„an den Verhandlungstisch“* zu rufen (Z32, ebd.: 64). Dabei deutet er die Dynamik als *„beidseitiges Sich-Hochschaukeln“* und *„beidseitiges Nicht-miteinander-Reden“*, bei dem er *„keine einzige Position“* erkenne, *„bei der die USA beziehungsweise die NATO nachgegeben haben“* – *„selbstverständlich dann auch von Putin“* (Z32, ebd.). Das Identitätsangebot verdichtet er über die Anrede *„Wenn Sie ein glühender Europäer [...] bzw. glühender Österreicher [...] sind“*, verbunden mit der Leitfrage nach *„dem Besten“* für Europa, die Republik und *„seine Bürger“*, wofür *„das Modell der Neutralität“* als *„richtiges Instrument“* präsentiert wird – *„man muss es nur klug machen“* (Z33, ebd.: 64). Zur Emotionalisierung stützt er sich zudem auf Rückblicke (Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien) als warnende Negativfolie amerikanisch-westlicher Politik (Z30, ebd.: 63–64), was das Affektprofil (Furcht und Aversion) verstärkt und Neutralität als identitätsstiftende, schützende Option markiert.

Dr. Kassegger rahmt die EU als ineffektiv und einseitig: Sie spiele *„mehr oder weniger keine Rolle“* und schlage sich *„vollkommen auf die Seite von USA/NATO“* – *„das kann nicht gutgehen“* (Dr. Kassegger Z34, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 64). Als Alternative skizziert er ein Äquidistanz-Modell: Österreich (*„wir sind kein Mitglied der NATO“*) solle *„gemeinsam mit anderen neutralen Staaten ... eine Plattform“* bilden, *„aus*

dieser Äquidistanz heraus eine gute Lösung“ zu finden; „sich ... einseitig auf eine Seite zu schlagen, das ist nicht der richtige Weg“ (ebd.). Die Passage problematisiert damit die EU-Linie und verbindet das Eskalationsrisiko mit Einseitigkeit, ohne hier die völkerrechtliche Dimension des russischen Angriffs zu adressieren oder eine ausdrückliche Verantwortungszuschreibung an Russland vorzunehmen.

Dr. Bösch

Dr. Bösch (FPÖ) knüpft an diese Linie an, indem er Neutralität und Nicht-NATO-Mitgliedschaft als spezifische Stärke Österreichs herausstellt. Zunächst betont er, der *„Krieg in der Ukraine [...] [sei] von freiheitlicher Seite vollkommen abzulehnen“* (Dr. Bösch Z38, NR-Sitzung 143, 24. Februar 2022: 73). Zugleich rahmt er den Konflikt als übergeordneten Blockgegensatz *„zwischen Russland und dem Westen“*, wobei *„der Westen [...] im Wesentlichen durch die NATO repräsentiert“* werde; Dabei kritisiert er die EU als *„schwache Union“* mit *„vollkommen unzureichender“* Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Z39, ebd.).

Vor diesem Hintergrund bezeichnet er Neutralität und den Nicht-NATO-Status als österreichische *„Stärke“*, die es ermögliche, *„in diesem Konflikt vermittelnd tätig zu sein“* (Z40, ebd.: 73). Die beschlossenen Sanktionen sollten *„mit dem notwendigen wirtschaftlichen Hausverstand“* verfolgt werden, da sie *„nicht nur Russland schaden, sondern [...] auch Europa“*; genannt werden *„Energieversorgung“*, *„Teuerung“*, *„Inflation“* und die *„Situation im Bankenbereich“* (Z40, ebd.).

Das Eskalationsrisiko akzentuiert er mit dem Hinweis, ein *„totaler Krieg“* würde *„durch den Einsatz der NATO“* entstehen und *„die Gefahr einer atomaren Bedrohung“* in sich tragen; Österreich solle seine *„Guten Dienste“* anbieten, eine *„Gesprächsebene“* schaffen und auf *„Verhandlungen“* sowie *„Kompromiss“* setzen (Z41, ebd.: 73).

In der Logik des Frames *„affektive Neutralität“* inszeniert Bösch Neutralität damit als diplomatisch überlegene Option (Vermittlung bzw. Äquidistanz), rahmt EU und NATO als einseitig bzw. eskalationsanfällig und verknüpft die Sanktionskritik mit einem Kosten-/Risiko-Kalkül, das Affekte wie Angst (Eskalation) und Schutzbedürfnis (wirtschaftliche Stabilität) adressiert.

Fortsetzung 2023 – Neutralität als zukunftsweisendes Schutzkonzept

Kickl

2023 knüpft Kickl die 2022 angelegte Linie sichtbar an und inszeniert Neutralität als identitätsstiftendes Zukunftsmodell gegenüber einer NATO-Anbindung. Zentral ist der markige Kontrastsatz: „*Finger weg von unserer Neutralität! Das ist das Zukunftsmodell und nicht die NATO*“ (Kickl Z46, NR-Sitzung 200, 24. Februar 2023: 138). Neutralität wird damit normativ aufgewertet und als strategisch überlegene Option positioniert.

Unmittelbar darauf arbeitet er mit Symmetrisierung und Whataboutism: Es habe eine „lange Vorgeschichte der Provokationen“, ein „gegenseitiges Aufschaukeln“, „beide Seiten [tragen] die Verantwortung“ (Z47, ebd.: 138 f.); andere völkerrechtswidrige Kriege der USA müssten „mit denselben Maßstäben“ bewertet werden (Z48, ebd.). Damit verschiebt er die Schuldzuweisung von einer klaren Aggressor-Opfer-Struktur hin zu wechselseitiger Verantwortung – eine Argumentationsfigur, die er bereits 2022 genutzt hatte.

Neu ist anschließend die stärkere Fokussierung auf Waffenlieferungen und „Parteinahme“: Kickl behauptet, die Regierung verlängere mit „immer neuen Waffenlieferungen [...] das sinnlose Sterben“ und folge einem „NATO-/EU-Schwarmverhalten“; „mutig“ sei hingegen, „sich schützend vor die eigene Bevölkerung“ zu stellen und für Neutralität einzutreten (Z49, ebd.: 139 f.). Die Argumentation unterscheidet dabei nicht zwischen Defensiv- und Offensivwaffen, sondern rahmt Lieferungen pauschal als kriegsverlängernd.

Die Rede kulminiert im Schlussruf: „Es lebe die Freiheit, es lebe die österreichische Selbstbestimmung, es lebe die österreichische Neutralität!“ – eine Verdichtung des identitätsstiftenden Angebots und klare narrative Identitätsstiftung (Z50, ebd.: 140).

MA Hafenecker

MA Christian Hafenecker unterlegt die Neutralitätsbotschaft mit einem Aufruf zur Handlung: Er verweist auf die FPÖ-Petition „*Ja zur Neutralität: Nein zur Kriegstreiberei*“ und fordert Unterstützung (MA Hafenecker Z57, NR-Sitzung 200, 24. Februar 2023: 168 f.). Damit wird Neutralität in partizipatives Mitmachen überführt; zugleich setzt der Begriff „Kriegstreiberei“ einen polarisierenden Rahmen gegenüber Positionen, die militärische Unterstützung – auch zur Durchsetzung des völkerrechtlich Selbstverteidigungsrechts – befürworten und markiert diese implizit als moralisch problematisch.

Dr. Fürst

Dr. Susanne Fürst verstärkt am Jahrestag des russischen Angriffs die affektive Rahmung, indem sie den Blick auf „*Gefallene auf beiden Seiten*“ lenkt (Dr. Fürst Z58, NR-Sitzung 200, 24. Februar 2023:187–188). Damit profiliert sie die FPÖ als gedenkende und empathische Stimme; kontrastiv markiert sie die Linie politischer Gegner als stärker auf militärische Unterstützung ausgerichtet. Ihre Zurückweisung des Vorwurfs, abweichende Positionen seien „*russische Propaganda*“, rahmt die FPÖ zusätzlich als Garantin von Meinungsfreiheit und Pluralismus (ebd.: 188). Mit dem Hinweis, die ÖVP habe die Neutralität opportunistisch „*wiederentdeckt*“, schließt Fürst den Bogen zur parteipolitischen Abgrenzung: Die FPÖ erscheint als konsequente Hüterin der Neutralität, während andere als wechselhaft dargestellt werden (ebd.: 189).

Affektive Neutralität als moralische Überlegenheit – 2024

Dr. Fürst

Auch Fürst knüpft 2024 an die bereits etablierte Linie an, Neutralität als moralisch überlegene Haltung zu inszenieren. Neu ist hier, dass sie externe Autoritäten wie das Rote Kreuz heranzieht. Gleich zu Beginn verweist sie auf die Aussage der Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die in der *New York Times* betonte: „*The World Needs Neutrals*“ (Dr. Fürst Z67, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 153). Diese Verteidigung der Neutralität gegen den Vorwurf, sie sei „anachronistisch und amoralisch“, wird als universell moralisch notwendige Haltung inszeniert – eine Position, die Fürst direkt auf Österreich überträgt. Explizit verweist sie darauf, dass Politiker versucht hätten, „*Unterstützung zu erpressen*“ (Z67, ebd.), sodass Parteinahme als intolerant und erzwungen erscheint.

Besonders wirkungsvoll ist die Übertragung der Rotkreuz-Argumentation auf die österreichische Außenpolitik. Fürst betont, dass Hilfe nur möglich sei, wenn man „*keine Schuldzuweisungen vornimmt, nicht moralisiert (...) und dadurch Vertrauen aufbaut*“ (Dr. Fürst Z68, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 153 f.). Daraus leitet sie eine Handlungsmaxime für neutrale Staaten ab: Zurückhaltung in Sprache und Bewertung sei nicht nur moralisch geboten, sondern funktional notwendig, um als glaubwürdige Vermittlerin aufzutreten. Diese Rahmung stärkt das nationale Selbstbild als „aktive Friedensmacht“ und stellt Neutralität als wirksamer dar als militärische Parteinahme.

Fürst weitet die Neutralitätsdefinition bewusst über den militärischen Kern hinaus: Neben „*keine fremden Truppen, kein Militärbündnis, kein Sky Shield*“ (ebd. Z69,

NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 154) umfasse sie auch eine „*politische Neutralität*“, die aktive Diplomatie, Dialogsuche und Unterstützung von Verhandlungslösungen beinhalte. Österreich solle so nicht nur den Krieg verkürzen, sondern „*verhindern, dass so viele junge Männer (...) sterben*“. Damit wird Neutralität sowohl im engeren militärischen als auch im erweiterten politischen Sinn legitimiert – rechtlich und zugleich funktional-moralisch.

Zugleich richtet sich die Kritik scharf gegen die Bundesregierung, der sie vorwirft, konstruktive diplomatische Chancen – etwa bei den Verhandlungen in der Türkei im März 2022 oder bei Initiativen Chinas und der Slowakei – ungenutzt gelassen zu haben (Z70–Z71, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 154 f.) Diese Untätigkeit wird als Beweis für symbolische, ineffektive Außenpolitik gewertet und kontrastiert mit der von der FPÖ beanspruchten aktiven Neutralitätspolitik.

In mehreren Passagen nutzt Fürst inkonsistente Aussagen der Regierung, um deren Neutralitätsanspruch zu delegitimieren. Nehammers Behauptung, „*den Blickwinkel eines neutralen Staates (...) mit starker Stimme vertreten*“ zu wollen, stehe im Widerspruch zu seiner „*vollen Solidarität mit Kyjiw*“ und der Aussage, „*Russland muss verlieren*“ (ebd. Z74, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 155). Diese vermeintliche Widersprüchlichkeit wird als Beleg dafür genutzt, dass die Regierung nicht neutral handelt, sondern lediglich rhetorisch Neutralität beansprucht.

Darüber hinaus positioniert Fürst die EU und den Westen insgesamt als gescheitert: Der zweite Jahrestag des Krieges sei „*der zweite Jahrestag der Niederlage des Westens*“, weil keine konstruktive Friedensrolle eingenommen worden sei (ebd. Z73, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 155). Die FPÖ inszeniert sich damit als alternative Kraft, die – im Gegensatz zu „Kriegstreibern“ – den Weg zu Frieden und Stabilität kenne.

Die Argumentationslinie wird durch historische Analogien abgerundet: Die Warnung an Macron vor Bodentruppeneinsätzen unter Verweis auf Napoleons gescheiterten Russlandfeldzug (ebd. Z80, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 157) verknüpft Skepsis gegenüber militärischer Eskalation mit einem historischen Scheitern, das tief im europäischen Gedächtnis verankert ist. Die Analogie zum gescheiterten Russlandfeldzug Napoleons ruft starke negative Assoziationen hervor und verknüpft militärische Eskalation kognitiv mit Katastrophe und Scheitern. Dadurch wird nicht nur die aktuelle Option militärischer Unterstützung, sondern auch das Konzept militärischer Selbstverteidigung psychologisch benachteiligt, weil es in ein Schema historisch vorgezeichneter Niederlagen eingerückt wird.

Insgesamt nutzt die FPÖ 2024 das Framing der affektiven Neutralität als moralische Überlegenheit, um Neutralität als höherwertige, wirksamere und zugleich identitätsstiftende

Außenpolitik darzustellen. Sie verleiht dieser Rahmung zusätzliches Gewicht, indem sie internationale humanitäre Autoritäten zitiert, diplomatische Untätigkeit der Regierung kritisiert, westliche Bündnisse als gescheitert darstellt und militärische Eskalationen mit historischen Katastrophen verknüpft.

4.3 Das ökonomische Leiden – Österreich als „zahlendes Opfer“ geopolitischer Eskalation

Dieses Framing positioniert Österreich nicht als militärisch, sondern als wirtschaftlich Hauptleidtragende:r des russischen Krieges in der Ukraine und der westlich geführten Reaktionen darauf. Bereits ab Februar 2022, zunächst noch in vereinzelten Hinweisen auf drohende Gasengpässe und Investitionsverluste, entwickelte die FPÖ ein konsistentes Narrativ: Die wirtschaftlichen Folgen von Sanktionen, Energiepolitik und militärischer Unterstützung für die Ukraine würden vor allem die österreichische Bevölkerung treffen, während geopolitische Gegner wie Russland und China sowie internationale Konzerne profitieren.

Kickl zeichnet die Regierung 2022 als im „Herdentrieb“ handelnd und wirft ihr vor, „etwas [mitzumachen], das Österreich nur schaden kann“ (Kickl Z26, NRSITZ:143, 24. Februar 2022: 54). In dieser Logik erscheint sie als fremdbestimmt und nicht am Schutz der eigenen Bevölkerung orientiert. Solidarität wird in dieser Logik nicht als militärische oder politische Unterstützung der Ukraine interpretiert, sondern als Verpflichtung, die eigene Bevölkerung vor ökonomischen Schäden zu bewahren. Der moralische Fokus verschiebt sich so von der Verurteilung russischer Aggression hin zu einer Kritik an westlicher Eskalationspolitik, die als selbstschädigend und als abgehoben und volksfern beschrieben wird (Kickl Z43–44, NR SITZ 200, 24. Februar 2023: 137).

Übersicht der Kernelemente und rhetorische Strategien

- **Opfer-Frame durch wirtschaftliche Betroffenheit:** Österreich erscheint als zahlender Preisgeber einer fremdbestimmten Geopolitik – mit direkten Folgen wie Teuerung, Inflation, Energiekrise, Arbeitsplatzverlusten und Investitionsabschreibungen (z. B. OMV/Nord Stream 2).
- **Delegitimierung westlicher Maßnahmen:** Sanktionen und Waffenlieferungen werden als ineffektiv, kontraproduktiv und einseitig belastend für Europa gerahmt. Die USA und andere Akteure erscheinen als wirtschaftliche Gewinner.

- **Elitenkritik & „kleine Leute“:** Scharfe Gegenüberstellung zwischen einer abgehobenen „Einheitspartei“ und den arbeitenden Menschen, die die Kosten tragen.
- **Internationaler Vergleich als Legitimation:** Positive Bezugnahme auf den „Globalen Süden“ und BRICS-Staaten, die sich Sanktionen entziehen und ihre Politik an nationalen Interessen ausrichten.
- **Neutralität als wirtschaftlicher Selbstschutz:** Neutralität wird mit ökonomischen Interessen verknüpft und so auch als Schutzinstrument gerahmt.
- **Moralische Umkehr:** Schuld für wirtschaftliche Not wird von Russland weg und hin zu westlicher Eskalationspolitik verschoben.

Während im Januar 2022 das ökonomische Argument noch keine prägende Rolle im FPÖ-Diskurs spielte, rückte es ab Februar 2022 zunehmend in den Vordergrund. Die Rede von Herbert Kickl (Kickl Z26, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 54) setzt hier den ersten Akzent: Er verknüpft geopolitische mit wirtschaftlichen Überlegungen der „großen Beteiligten“ und stellt die Frage nach den Folgen für Österreich. Mit der Feststellung, die Gasversorgung sei nur bis April gesichert, baut er ein Rationalitätsnarrativ auf, das westliche Solidarität als ideologisch und selbstschädigend erscheinen lässt.

Kickl formuliert dabei ausdrücklich: *„Das, was Sie in gewisser Weise als Solidarität – ich habe in der Vergangenheit auch das Wort Haltung gehört – jetzt neu ins Zentrum Ihrer politischen Überlegungen gestellt haben, das kann kein Ersatz für die österreichische Neutralität sein. (...) Das ist ein unsolidarischer Akt mit unserer Verfassung, es ist ein unsolidarischer Akt mit unseren Sicherheitsinteressen, und es ist ein unsolidarischer Akt mit unseren Wirtschaftsinteressen.“* (ebd.)

Zugleich rahmt er Neutralität als Zukunfts- und Sicherheitsgarantie: *„Man muss die Dinge zu Ende denken: Wenn wir dieser völkerrechtlichen Verpflichtung unsererseits nicht nachkommen, dann werden andere Staaten (...) unsere Neutralität auch nicht mehr anerkennen. (...) Ich möchte die Neutralität Österreichs nicht aufs Spiel setzen, sondern (...) für die kommenden Generationen erhalten, weil ich sie für ein gutes Instrument halte und weil sie sich in der Vergangenheit bewährt hat.“* (ebd.). Neben juristischen Verweisen (völkerrechtliche Verpflichtung, Anerkennung durch andere Staaten) aktiviert Kickl durch die Bezugnahme auf ‚kommende Generationen‘ und die ‚Bewährung in der Vergangenheit‘ affektive Loyalität und Stolz. Neutralität erscheint so nicht nur als rechtliches Instrument, sondern auch als identitätsstiftende Zukunftsgarantie.

In derselben Debatte konkretisiert Dr. Axel Kassegger (Dr. Kassegger Z35, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 64f) das ökonomische Framing. Er betont: *„Es ist doch evident, dass Sanktionen überhaupt nichts bringen. Im Gegenteil: Putin orientiert sich ja schon nach China und verkauft sein Gas dann halt an China. Europa bringt das gar nichts – den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten sehr wohl. (...) Ich nehme einmal an, die Alternativpläne für die Gasbesorgung sind Frackinggas aus Amerika und saudi-arabisches Gas, möglicherweise um einen etwas teureren Preis als jenen, zu dem wir es jetzt beziehen.“* (ebd.). Damit skizziert er eine Verlagerung russischer Absatzmärkte nach China und rahmt Sanktionen als doppelt selbstschädigend: Europa verliere Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, während USA/Verbündete profitieren.

Wenige Absätze später vertieft er die Linie: *„Die Sanktionen bewirken ja auch in Russland genau das Gegenteil: (...) Das nützt Putin! Diese Sanktionen sind also nicht zu Ende gedacht.“* (Dr. Kassegger Z36, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 65). Zugleich kritisiert er Nord Stream2 als *„mit einem Federstrich“* versenkte Hundertmillionen zulasten des österreichischen Steuerzahlers (Beteiligung an der OMV) (ebd.).

2023 verschärft Kickl diese Linie, indem er der Regierung vorwirft, sich *„den Experten des amerikanischen oder des britischen Geheimdienstes“* hörig zu zeigen (Kickl Z42, NRSITZ:200, 24. Februar 2023: 136). Damit wird die Politik explizit als fremdbestimmt gerahmt. Die Regierung wird als naiv und verantwortungslos gezeichnet, während Sanktionen nicht nur als nutzlos, sondern als potenziell gefährlich gerahmt werden. Die FPÖ positioniert sich so als einzige Kraft mit *„Weitsicht“*, die ökonomische Realität höher gewichtet als moralische Symbolpolitik.

Neutralität wird in diesem Zusammenhang auch ökonomisch aufgeladen: Sie sei nicht nur militärische Zurückhaltung, sondern diene dem Schutz *„unserer Wirtschaftsinteressen“* (Z42, ebd.) und verhindere, dass Österreich *„eine Abhängigkeit durch die andere“* ersetze (Z42, ebd.). Damit wird Neutralität als wirtschaftlicher Selbstschutz gerahmt.

Der China-Pivot fungiert dabei als rhetorisches Ausweichszenario: Indem Kassegger die Verlagerung russischer Absatzmärkte nach China betont, plausibilisiert er die Ineffektivität der Sanktionen. Zugleich erscheinen wieder westliche Solidaritätsmaßnahmen als ideologisch und selbstschädigend, während die Schuldzuschreibung von Russland weg und hin zur EU beziehungsweise zur österreichischen Regierung verschoben wird.

2023 wird das Framing zugespitzt und mit einer sozialpolitischen Dimension angereichert. Kickl behauptet, die Regierung „maximiere“ den Schaden für alle Österreicher:innen, indem sie Sanktionen verlängere, wirtschaftliche Abhängigkeiten nur verlagere *„Aus Russland wird dann China“* und die Teuerung anheize (Kickl Z42-43, NRSITZ:200, 24. Februar 2023: 136). Die Verantwortung für wirtschaftlichen Niedergang wird somit klar der westlichen Politik zugeschoben, während Russland aus dem Fokus gedrängt wird. Wenig später verschiebt Kickl die Perspektive auf die Bevölkerung: *„Da draußen in der wirklichen Wirklichkeit ... können sich die Leute ihr Leben nicht mehr leisten“* (Z43, ebd.), während *„die Arbeiter am Fließband, die Handwerker, die Verkäuferinnen, die Pflegekräfte, die Pensionisten und die Bauern“* ärmer würden, nicht aber Eliten oder Konzerne (Z44, ebd.). Damit wird die „kleine Leute“-Rhetorik mit direkter sozialer Betroffenheit aufgeladen.

Kickl erweitert in dieser Debatte den Angriff: Die Regierung habe „Wichtigeres und Edleres zu tun“ als sich um die eigene Bevölkerung zu kümmern, nämlich „die Werte des Westens retten, ausgerechnet in der Ukraine“ und das „sinnlose Sterben verlängern“ (Kickl Z45, NR SITZ:200, 24. Februar 2023: 137f).

Diese Linie wird durch Hafenecker noch zugespitzt, der die Regierung als „Einheitspartei“ bezeichnet, die „unsere Bevölkerung in die Armut zu stürzen“ drohe, indem sie an den Sanktionen festhalte (MA Hafenecker Z56, NRSITZ:200, 24. Februar 2023: 168). Hier verschränkt sich das ökonomische Leiden mit einem sicherheitspolitischen Misstrauensdiskurs: Teure Solidarität wird als selbstschädigend und sicherheitsgefährdend inszeniert.

Die internationale Dimension stützt diese Argumentationslinie: Hafenecker verweist auf den „globalen Süden“, der sich nicht an Sanktionen beteilige, um die eigene Bevölkerung zu schützen (MA Hafenecker Z56, NRSITZ:200, 24. Februar 2023: 168), während Fürst 2024 die BRICS-Staaten hervorhebt, die unter steigenden Energiepreisen litten und deshalb Sanktionen verweigerten (Dr Fürst Z77, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 156). Sie betont, Millionen Menschen in Indien seien infolge der Preissteigerungen auf der Straße gesessen und hätten gehungert (Z77, ebd.), und zitiert den indischen Außenminister mit der Botschaft, Außenpolitik müsse sich am nationalen Interesse und an der Versorgung der eigenen Bevölkerung orientieren (Dr Fürst Z79, NRSITZ:252, 28. Februar 2024: 157). Damit wird Österreich rhetorisch in eine Linie mit nicht-westlichen Staaten gestellt, die wirtschaftliche Selbstbestimmung höher gewichten als geopolitische Loyalitäten.

Insgesamt verdichtet sich das Framing des ökonomischen Leidens zu einem Opfer-Narrativ, das Angst vor Teuerung und Verarmung (Affekt) mit der Identität der „kleinen Leute“ und Österreichs Anspruch auf wirtschaftliche Selbstbestimmung (Identität) verknüpft. Neutralität erscheint dabei nicht nur als außenpolitischer, sondern auch als ökonomischer Selbstschutz (Frame).

5. Conclusio

Die Analyse der parlamentarischen Redebeiträge zeigt deutlich, dass die FPÖ seit Beginn des russischen Angriffskrieges eine konsistente und zugleich facettenreiche Argumentationsstrategie verfolgt. Die Ergebnisse schließen eng an den einschlägigen Forschungsstand an: Erstens zeigt sich die wiederholte Täter-Opfer-Umkehr, bei der russische Verantwortung relativiert und auf westliche Akteure verschoben wird (vgl. Roháč, Zgut & Györi 2017). Zweitens die Delegitimierung von EU und NATO (Onderco 2019; Golosov 2018), die nicht als Schutzgemeinschaften, sondern als schwach oder gefährlich dargestellt werden. Drittens die identitätsstiftende Aufladung nationaler Werte (Girardi 2020), die im österreichischen Kontext besonders über die Neutralität funktioniert: Sie wird von der FPÖ nicht nur als außenpolitischer Status, sondern als moralisches Leitbild und identitärer Schutzrahmen inszeniert. Diese drei Frames fungieren als interpretative Schemata, die Wahrnehmung, Verantwortungszuschreibung und Lösungsangebote strukturieren. Dadurch werden neue „kognitive Räume“ eröffnet, in denen moralische Eindeutigkeit unterminiert und alternative Handlungspräferenzen plausibilisiert werden. So verschiebt sich die normative Referenz weg vom Völkerrecht hin zu einer identitär aufgeladenen Neutralität, die als überlegene Ordnung erscheint. Diese strategische Rahmung ist zugleich emotional codiert: Angst vor Eskalation, Stolz auf Neutralität und Empörung über „Eliten“ verdeutlichen, dass Framing nicht nur Denkmuster lenkt, sondern auch Gefühle anspricht und damit die Wirkung des Diskurses langfristig absichert.

Diese Frames greifen ineinander. Sanktionen und Waffenhilfe erscheinen nicht als Antwort auf einen Bruch des Völkerrechts, sondern als Ursache für Teuerung, Energiekrise und sozialen Abstieg. Neutralität wird dagegen als umfassendes Schutzschild präsentiert – politisch, moralisch und ökonomisch. In dieser Logik verliert Russland seine eindeutige Täterrolle, während Österreich in der FPÖ-Rhetorik als besonders vernünftige und verfassungstreue Kraft erscheint.

Die gezielte Auswahl zentraler Schlüsselphasen – insbesondere symbolträchtiger Jahrestage – erweist sich dabei als besonders aufschlussreich: In diesen Momenten verdichten sich Breite und Tiefe zugleich. Sie machen sichtbar, wie Narrative, affektive Mobilisierungen und identitätsstiftende Muster nicht nebeneinander stehen, sondern in strategischer Verschränkung wirken.

Über diese Befunde hinaus lässt sich jedoch eine österreichspezifische Besonderheit hervorheben: In der FPÖ-Rhetorik erscheint Neutralität nicht lediglich als außenpolitische Konstante, sondern wird aktiv gegen internationale Rechts- und Solidaritätsordnungen in

Stellung gebracht. Solidarität mit der Ukraine wird in diesem Diskurs nicht nur relativiert, sondern als „unsolidarisch“ gegenüber der eigenen Verfassung, den Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Österreichs markiert. Damit verschiebt sich moralische Schuld von Russland auf die österreichische Regierung, während Neutralität als moralisch überlegener, verfassungstreuer Weg inszeniert wird. Wer davon abweicht – etwa durch Sanktionen, klare pro-europäische Positionierungen oder Unterstützung der Ukraine – erscheint in diesem Narrativ als parteiisch, unvernünftig oder gar gefährlich. Eine weitere spezifische Strategie betrifft die konjunktivische Umschreibung des Angriffs. Besonders auffällig ist die rhetorische Verschiebung des bereits vollzogenen russischen Großangriffs in den Modus des Konjunktiv II. Gewalt wird so in den Bereich des Hypothetischen verlagert und unter Bedingung gestellt: Nur wenn der Angriff „über Nacht“ gekommen wäre, wäre Empörung gerechtfertigt. Da er hingegen als Ergebnis jahrzehntelanger Eskalation dargestellt wird, erscheinen die westlichen Reaktionen als überzogen oder falsch. Diese sprachliche Technik fordert die offizielle Interpretation der westlichen Regierungen heraus und trägt zugleich zur Relativierung des Angriffes selbst bei. Nachfolgend werden die skizzierten Ergebnisse vertieft und in ihrer diskursiven Logik sowie affektiven Wirkung entfaltet. Die Argumentationslinien wiederholen sich über mehrere Redner:innen, innerhalb einzelner Plenarsitzungen und über Jahre hinweg, ergänzen und verstärken einander.

Ein verbreiteter Mechanismus der FPÖ-Rhetorik ist die Verwirrung durch die Inszenierung von Komplexität und Ambiguität. Schuld und Verantwortung werden nicht klar benannt, sondern in ein Geflecht wechselseitiger Eskalationen, geopolitischer Machtlogiken und historischer Analogien eingebettet. Am 24. Februar 2022, dem Tag der großangelegten Invasion, sprach Herbert Kickl von „Zusammenhängen von Ursache und Wirkung“ (NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52). Anstatt die Invasion klar als völkerrechtswidrigen Angriff zu benennen, evoziert er ein unüberschaubares Ursachen-Wirkungs-Geflecht. Die Folge ist eine rhetorische Orientierungslosigkeit, die die moralische Eindeutigkeit untergräbt und Russland aus der Täterrolle verschiebt.

Ein Jahr später kulminiert die Strategie in der expliziten Symmetrierung: *„Da wird dann aus Ursache und Wirkung das Spiel von Wechselwirkung (...) das bedeutet im Klartext, dass beide Seiten Schuld haben und dass beide Seiten die Verantwortung tragen“* (Kickl, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 139). Damit werden Aggressor und Verteidiger auf eine gemeinsame Ebene gestellt.

Die logische Wirkung dieser Täter-Opfer-Umkehr ist doppelt: Zum einen wird die normative Grundlage völkerrechtlicher Verurteilung systematisch geschwächt, indem klare

Zuschreibungen von Schuld und Verantwortung aufgelöst werden. Zum anderen öffnet sich ein diskursiver Raum, in dem autoritäre Deutungsmuster plausibel erscheinen, während westliche Solidaritäts- und Rechtsordnungen als einseitig, überzogen oder gar irrational markiert werden.

Ein weiteres Element der Täter-Opfer-Umkehr ist die kognitive Verschiebung, mit der nicht Russland, sondern westliche Akteure als eigentliche Provokateure erscheinen. Dies betrifft in der FPÖ-Rhetorik vor allem die NATO, wird aber auch auf die EU, die österreichische Regierung und die Ukraine selbst übertragen.

Bereits im Jänner 2022 erklärte Dr. Bösch, es habe eine „massive Ausweitung der NATO Richtung Osten“ gegeben, und betonte die „Sicherheitsbedürfnisse der Russen“ (Dr. Bösch Z8, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 82). Russland erscheint so nicht als Aggressor, sondern als berechtigter Verteidiger eigener Interessen. Parallel dazu rahmt er die NATO als expansiven „militärischen Arm der US-Außenpolitik“ (Dr. Bösch Z10, ebd.), wodurch die Bedrohungslage umgedeutet und die Anschlussfähigkeit an russische Narrative gestärkt wird. Kickl verschärft diese Linie am 24. Februar 2022, wenn er „schuldhaftes, provokatives Vorgehen“ auf beiden Seiten konstatiert (Kickl Z16, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52) und Sanktionen gar als völkerrechtswidrig einstuft (Kickl Z25, ebd.: 54). So verliert das Völkerrecht seine normative Klarheit und erscheint als parteiisches Machtinstrument. Ergänzt wird dieses Muster durch apokalyptische Szenarien: Kassegger warnt vor „Irak 2.0“ oder „Afghanistan 2.0“ (Dr. Kassegger Z30, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 63f), Bösch vor einem „totalen Krieg“ als Folge eines NATO-Einsatzes (Dr. Bösch Z41, ebd.: 73). 2023 rahmt Kickl Waffenlieferungen schließlich als „sinnloses Sterben“ und Ausdruck eines „NATO-/EU-Schwarmverhaltens“ (Kickl Z49, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 139f). NATO wird so zur zentralen Eskalationsquelle, während Russland entlastet wird.

Auch die EU und die österreichische Regierung geraten immer wieder ins Visier der Kritik und werden in der FPÖ-Rhetorik teils selbst zu Provokateuren stilisiert. Bereits im Vorfeld der großangelegten Invasion bezeichnete Dr. Bösch die EU als sicherheitspolitisch irrelevant: „Die traurige Gewissheit ist, die Europäische Union wird, um es gelinde zu formulieren, nicht besonders ernst genommen“ (Dr. Bösch Z1, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 75). Diese Delegitimierung schwächt kognitiv ihre Autorität und öffnet affektiv Raum für alternative Bezugspunkte wie Neutralität. Ähnlich rahmte Bösch die Sicherheitsarchitektur Europas als „vollkommen unzureichend“ (Dr. Bösch Z39, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 73). Dr. Kassegger ging noch weiter, als er die EU als handlungsunfähig und einseitig kritisierte und Neutralität als überlegene Alternative präsentierte (Dr. Kassegger Z34, NR SITZ: 143, 24.

Februar 2022: 64). Auch Dr. Fürst verstärkte diese Linie 2023 mit dem Vorwurf, die EU habe ihre Ideale gegen „Korruption und Kriegstreiberei“ eingetauscht (Dr. Fürst Z58, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 187f).

MA Hafenecker diagnostiziert 2023 einen „Wechsel in der Rhetorik“, bei dem „Wörter wie Frieden“ nicht mehr vorkämen (MA Hafenecker Z51, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 166). Die angebliche „militaristische Fixierung“ der Regierung verschiebt die Verantwortung für Eskalation implizit vom russischen Angriff auf westliche Sprache und Symbolpolitik. Seine Warnung vor einer atomaren Eskalation durch „falsche Wortwahl“ (MA Hafenecker Z53, ebd.: 166) verlagert den Bedrohungsfokus vollständig weg von Russland.

Die Ukraine selbst wird rhetorisch als passiver Spielball entmachtet. Kassegger stellt am 24. Februar 2022 die Möglichkeit in den Raum, dass ein Hilfesuch Selenskyjs NATO-Truppen ins Spiel bringen und damit ein „wirklich großes Problem“ verursachen könnte (Dr. Kassegger Z29, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 63). Russland bleibt unerwähnt, während die Unterstützung der Ukraine zum eigentlichen Eskalationstreiber erklärt wird. Bösch deutet im selben Kontext den Krieg zu einem geopolitischen Blockkonflikt um, in dem die Ukraine nur als „Spielball“ auftrete, der „unter die Räder kommt“ (Dr. Bösch Z39, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 73). Hafenecker geht noch weiter, indem er Waffenexporte generell an „Kriegsparteien“ verbieten will (MA Hafenecker Z55, ebd.: 167f) – eine Formulierung, die Ukraine und Russland gleichermaßen betrifft und die Legitimität ukrainischer Selbstverteidigung unterminiert.

Die rhetorische Wirkung ist eindeutig: Der Ukraine wird der Raum genommen, sich als legitim verteidigende Partei zu positionieren, ohne in der FPÖ-Logik selbst als Kriegstreiberin zu erscheinen. Damit wird nicht nur das konkrete Handeln delegitimiert, sondern das völkerrechtlich garantierte Selbstverteidigungsrecht grundsätzlich in Frage gestellt.

Neben der Verschiebung von Verantwortung auf die westlichen Akteure richtet sich die Täter-Opfer-Umkehr der FPÖ auch gegen deren Sanktionspolitik. Besonders scharf attackierte Kickl die österreichische Reaktion am Tag der Invasion. Das „Schreien nach Sanktionen“ sei unangemessen laut und widerspreche der Pflicht eines neutralen Staates, stattdessen für Waffenstillstand und Verhandlungen einzutreten (Kickl Z14, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 51f). In derselben Rede bilanzierte er „schuldhaftes Vorgehen“ auf beiden Seiten (Kickl Z16, ebd.: 52) und warf der Regierung „Eindimensionalität“ und „Parteilichkeit“ vor (Kickl Z18, ebd.: 52f). Damit wird nicht nur Russland entlastet, sondern auch die eigene Regierung delegitimiert. Affektiv verstärkt wird dies durch den Vorwurf der „Heuchelei“: Einerseits habe

die Regierung das Bundesheer „kaputtgespart“, beanspruche aber Neutralität (Kickl Z23, ebd.: 53).

Im Diskurs der FPÖ erscheinen Sanktionen nicht als legitime Antwort auf Völkerrechtsbruch, sondern als selbstschädigend und eskalationstreibend. Kickl warnt: Wer glaube, Russland „in die Knie zwingen“ zu können, sei „naiv“, militärisches Vorgehen führe nur zu einem „weltweiten Flächenbrand“ (Kickl Z27, ebd.: 55). Sanktionen werden mit russischer Aggression gleichgesetzt, wenn Kickl erklärt, auch deren Teilnahme sei „eine Völkerrechtsverletzung“ (Kickl Z25, ebd.: 54). So entsteht der Eindruck moralischer Gleichheit zwischen Aggressor und Reaktion. Kognitiv schwächt dies die normative Klarheit, affektiv lenkt es Empörung auf die eigene Regierung. Verstärkt wird diese Linie 2023, als Kickl westliche Sanktionen als „Heuchelei“ brandmarkt, solange sie nicht gegen „alle Kriegsakteure gleichermaßen“ verhängt werden (Kickl Z48, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 139).

Ein weiterer Baustein der Täter-Opfer-Umkehr ist die rhetorische Gleichstellung bei dem Aggressor und Opfer auf eine gemeinsame Ebene gestellt werden. Damit verschwimmt die klare Differenz zwischen Angriff und Verteidigung.

So beschreibt Dr. Kassegger am 24. Februar 2022 den Krieg als „beidseitiges Sich-Hochschaukeln, ein beidseitiges Nicht-miteinander-Reden“ und fordert einen Kompromiss, der „immer ein Nachgeben von verschiedenen Positionen“ beinhalte (Dr. Kassegger Z32, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 64). Die Invasion wird damit nicht als einseitiger Bruch des Völkerrechts adressiert, sondern als Folge gegenseitiger Fehler, in der beide Seiten gleichwertig Verantwortung tragen.

Kickl führt diese Logik am ersten Jahrestag der Invasion fort, indem er russische Aggressionen mit US-Interventionen gleichsetzt: „leider auch andere Staaten, wie die USA, (...) haben (...) völkerrechtswidrig geführt“ (Kickl Z48, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 139).

Die FPÖ emotionalisiert die österreichische Neutralität, indem sie diese nicht nur als rechtlich verankerten Status, sondern als identitätsstiftendes, moralisch überlegenes Prinzip inszeniert. Neutralität wird dabei aufgeladen mit Affekten wie Stolz, Mut, historischer Kontinuität und nationaler Eigenständigkeit – und gezielt gegen Solidaritätslogiken und völkerrechtliche Ordnungen ausgespielt.

Schon im Jänner 2022 forderte Dr. Bösch eine „Äquidistanz zwischen Washington und Moskau“, da „ohne Russland kein Friede in Europa möglich sein wird“ (Dr. Bösch Z12, NR SITZ: 139, 20. Jänner 2022: 82f). Bösch knüpft diese Haltung an nostalgische Selbstbilder –

etwa an frühere Regierungszeiten, in denen Österreich „eigenständige Wege“ gegangen sei (Dr. Bösch Z13, ebd.: 83). Neutralität wird somit historischer Erfolgserzählung und Identitätssicherung verknüpft.

Am 24. Februar 2022 bezeichnet Kickl die Neutralität als „Dreh- und Angelpunkt“ der Verfassung, „keine Feigheit“, sondern den „dritten Weg“ (Kickl Z19, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 52). Sie wird als mutige Alternative inszeniert, die Österreich zu einer Vermittlerrolle befähigt. Indem Kickl betont, man solle sich „nicht [...] auf eine Seite schlagen“ (Kickl Z20, ebd.: 53), rahmt er Neutralität als kluge Distanz in einer komplexen Gemengelage – eine Rahmung, die Täter-Opfer-Umkehr unterstützt, da klare Verantwortungszuschreibungen verschwimmen.

Kickl setzt Neutralität explizit in Kontrast zur EU-Integration und behauptet, sie habe „überhaupt gar nichts mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zu tun“ (Kickl Z24, ebd.: 53). Damit wird Neutralität als souveräne Abgrenzung inszeniert, während die EU als Bedrohung nationaler Eigenständigkeit erscheint. Zugleich kehrt er das Solidaritätsnarrativ der Regierung um: Solidarität mit der Ukraine sei „ein unsolidarischer Akt mit unserer Verfassung, mit unseren Sicherheitsinteressen und mit unseren Wirtschaftsinteressen“ (Kickl Z26, ebd.: 54). Neutralität erscheint damit als moralisch richtiger, verfassungstreuer Weg, Solidarität mit einem angegriffenen Staat hingegen als Verrat an der Nation.

Kickl fordert, Österreich müsse sich „in einer größeren Lautstärke“ als Ort der Vermittlung „anbieten“ und verweist auf die „eigene Geschichte“ der Neutralität (ebd.). Neutralität wird so zum universellen Handlungsmodell erhoben, das Österreich strategisch aufwertet: vom kleinen Staat zum Lehrmeister und Vermittler zwischen Großmächten.

Dr. Kassegger verknüpft Neutralität mit Angst und Schutzbedürfnis: Er warnt vor einer „Eskalationsspirale“, in der NATO-Truppen Europa ins Chaos stürzen würden (Dr. Kassegger Z29–32, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 63f). Neutralität erscheint als identitätsstiftende Sicherheitsgarantie, während westliche Politik als lebensgefährlich markiert wird. Die emotionale Botschaft verdichtet er über eine direkte Anrede an „glühende Europäer“ und „Österreicher“ (Z33, ebd.: 64).

2023 spitzt Kickl diese Linie zu: „Finger weg von unserer Neutralität! Das ist das Zukunftsmodell und nicht die NATO“ (Kickl Z46, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 138). Neutralität wird hier zum identitätsstiftenden Gegenentwurf zu westlichen Bündnissen. Im Schlussruf („Es lebe die österreichische Neutralität!“ – Z50, ebd.: 140) verdichtet sich Neutralität zur identitären Parole.

2024 erweitert Dr. Fürst die Linie, indem sie externe Stimmen wie das Rote Kreuz zitiert: „The World Needs Neutrals“ (Dr. Fürst Z67, NR SITZ: 252, 28. Februar 2024: 153). Neutralität wird so nicht nur national, sondern universal legitimiert – als Voraussetzung für Vertrauen und humanitäre Hilfe (Z68, ebd.: 153f). Zugleich wird ihre Definition über den militärischen Kern hinaus auf eine „politische Neutralität“ ausgedehnt, die Diplomatie, Dialogsuche und aktive Friedenspolitik umfasst (Z69, ebd.: 154).

Die affektive Überhöhung der Neutralität verschiebt den Diskursrahmen: Statt völkerrechtlich klarer Solidarität mit der angegriffenen Ukraine erscheint Neutralität als moralisch überlegene, identitätsstiftende und einzig vernünftige Außenpolitik. Dadurch werden westliche Solidaritäts- und Sicherheitsordnungen nicht nur delegitimiert, sondern rhetorisch als irrational und gefährlich markiert. Neutralität wird zum positiven Affektanker, während Solidarität mit der Ukraine als Verfassungsbruch und NATO/EU als Eskalationstreiber erscheinen.

Die FPÖ verdichtet ein Opfer-Narrativ, in dem Österreich die wirtschaftlichen Kosten einer „fremdbestimmten Geopolitik“ trägt, während Neutralität als Schutzinstrument erscheint. Kassegger übersetzt das in eine Kostenlogik: Sanktionen „bringen [...] nichts“, Russlands Absatz verlagere sich nach China; profitieren würden „die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten“ (Dr. Kassegger Z35–Z36, NR SITZ: 143, 24. Februar 2022: 64–65). 2023 radikalisiert Kickl die Linie: Die Regierung „maximiere“ den Schaden, „aus Russland wird dann China“, „die Leute [...] können sich ihr Leben nicht mehr leisten“; betroffen seien „Arbeiter, Handwerker, Verkäuferinnen, Pflegekräfte, Pensionisten, Bauern“ (Kickl Z42–Z45, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 136–140). Damit wird Teuerung sozial geerdet und gegen „Eliten“ gewendet (MA Hafenecker Z56, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 168).

Zur externen Legitimation verweist die FPÖ häufig auf den „Globalen Süden“ und die BRICS-Staaten. Hafenecker und Fürst betonen, dass diese Länder Sanktionen ablehnen, Preissteigerungen als Argument nutzen und ihre Politik an der unmittelbaren Versorgung der eigenen Bevölkerung ausrichten (MA Hafenecker Z56, NR SITZ: 200, 24. Februar 2023: 168; Dr. Fürst Z77–Z79, NR SITZ: 252, 28. Februar 2024: 156–157). Dieser Bezug dient als positives Vorbild: Staaten, die nationale Interessen über internationale Verpflichtungen stellen, erscheinen als rational und souverän. Gleichzeitig werden westliche Demokratien delegitimiert, da ihre Orientierung an Solidarität und völkerrechtlichen Normen als selbstschädigend dargestellt wird. Unausgesprochen bleibt dabei, welche Werte diese unterschiedlichen

Entscheidungen tragen und welche Risiken sie für demokratische Ordnungen langfristig mit sich bringen.

Die Analyse zeigt, dass die FPÖ-Rhetorik als geschlossene Strategie funktioniert. Die theoretische Einordnung verdeutlicht, warum diese Rhetorik wirkt. Mit Kahnemans Dualprozess-Logik (System 1 und System 2) wird erklärbar, wie die FPÖ durch Inszenierung von Komplexität („Spiel von Ursache und Wirkung“) Überforderung erzeugt und gleichzeitig einfache Deutungen anbietet. Bürger:innen erleben den Krieg so als unüberschaubar, greifen aber auf intuitive, schuldverschiebende Erklärungen zurück. Mit Lakoffs Framing-Ansatz wird sichtbar, wie sich diese Deutungen durch Wiederholung verfestigen: Neutralität wird zum positiven Frame, der Westen zum negativen, bis die Zuschreibungen als selbstverständlich erscheinen. Mit Sarbins Narrationspsychologie lässt sich zeigen, wie einzelne Ereignisse – Invasion, Sanktionen, Teuerung – zu einer konsistenten Opfererzählung verknüpft werden, in der Österreich von einer verantwortungslosen Elite und einem eskalierenden Westen geopfert wird. Mit der Affective Intelligence Theory schließlich wird verständlich, wie Emotionen gezielt angesteuert werden: Angst vor Eskalation und atomarer Bedrohung fördert Abkehr vom Westen, während Stolz und Sicherheit durch die Überhöhung der Neutralität verankert werden. Zustimmung kann so weniger durch argumentative Plausibilität, sondern stärker über affektive Resonanz plausibilisiert werden.

Damit bestätigt die Analyse den Forschungsstand und erweitert ihn zugleich: Im österreichischen Kontext verschränken sich Täter-Opfer-Umkehr, EU/NATO-Skepsis und Neutralitätsaufwertung zu einer konsistenten Diskursarchitektur, die Vertrauen in demokratische Institutionen schwächt, Solidarität entwertet und völkerrechtliche Prinzipien relativiert.

6. Literaturverzeichnis

Aoi, Chiyuki (2023): *Unmapping the Indo-Pacific: A Strategic Communications Perspective*. In: *Asia Policy*, Nr. 18(3).

Bacchi, C. (1999). *Women, policy and politics: The construction of policy problems*. SAGE.

Bacchi, C. (2009). *Analysing policy: What's the problem represented to be?* Pearson.

BBC News (2025) *Why did Putin's Russia invade Ukraine and does he want to get rid of Zelensky?* BBC. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/articles/cj0q964851po> (Zugang am 14 September 2025).

BILD (2024): *Der gefährliche TikTok-Wahlkampf – Wie rechte Parteien junge Wählerinnen gewinnen*. Verfügbar unter: <https://www.bild.de/politik/so-bekamen-die-rechten-viele-junge-waehler-der-gefaehrliche-tiktok-wahlkampf-6667d39c1ddc6a0605e94996> [Zugriff am: 31.07.2025].

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): *Populismus*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/511476/populismus/> [Zugriff am: 31.07.2025].

Cassino, D., & Lodge, M. (2007). The primacy of affect in political evaluations. In W. R. Neuman, G. E. Marcus, A. N. Crigler & M. MacKuen (Hrsg.), *The affect effect: Dynamics of emotion in political thinking and behavior* (S. 101–123). University of Chicago Press.

Ferree, M. M., Gamson, W. A., Gerhards, J., & Rucht, D. (2002). *Shaping abortion discourse: Democracy and the public sphere in Germany and the United States*. Cambridge University Press.

Gadarian, S. K. & Brader, T. (2023): Emotionen in der politischen Kommunikation. In: Huddy, L. et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Political Psychology*, 2nd ed., Oxford University Press.

Girardi, J. (2020): 'Russian Influence in Austria and Its Impact on the European Union'. In: *American Intelligence Journal*, 37(1), S. 133–145. Verfügbar unter: <https://www.jstor.org/stable/10.2307/27087691> (Zugriff: 8. September 2025).

Goffman, E. (1974). *Frame analysis: An essay on the organization of experience*. Harvard University Press.

Golosov, G.V. (2018) 'Useful, but Not Necessarily Idiots: The Ideological Linkages among the Putin-Sympathizer Parties in the European Parliament', *Problems of Post-Communism*, 66(1), pp. 53–63. doi:10.1080/10758216.2018.1530941.

Gray, E. K., & Watson, D. (2007). Assessing positive and negative affect via self-report. In J. A. Coan & J. J. B. Allen (Hrsg.), *Handbook of emotion elicitation and assessment* (S. 171–183). Oxford University Press.

Hooghe, L. et al. (2024): The Russian threat and the consolidation of the West: How populism and EU-skepticism shape party support for Ukraine. *European Union Politics*, ff10.1177/14651165241237136ff. fhal-04530520f

Huddy, L. (2002): From Social to Political Identity: A Critical Examination of Social Identity Theory. *Political Psychology*, 22(1), S. 127–156. doi:10.1111/0162-895X.00229.

Kahneman, D. (2011): *Thinking, fast and slow*. New York: Farrar, Straus and Giroux.

Krone (2023): *Kickl zu Ukraine: "Zivile Opfer durch Kriegslogik"*. [online] Krone.at. Verfügbar unter: <https://www.krone.at/2939380> [Zugriff am: 31.07.2025].

Lakoff, G. (2004): *Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate*. White River Junction: Chelsea Green Publishing.

Levitt, E.E. (2015): *The psychology of anxiety*. 2. Aufl. Abingdon: Routledge.

Marcus, G. E. (2000): Emotions in politics. In N. W. Polsby (Ed.), *Annual review of political science* (Vol. 3, pp. 221–250). Palo Alto, CA: Annual Reviews.

Marcus, G. E. et al. (2011): Developing and Testing Theories of Affective Intelligence. In: *Political Psychology*, April 2011, Vol. 32, No. 2, pp. 323-336 Published by: International Society of Political Psychology

Marcus, G. E. et al. (2019): Applying the Theory of Affective Intelligence to Support for Authoritarian Policies and Parties. *Advances in Political Psychology*, 40 (1), pp.109-139. 10.1111/pops.12571. hal-02509636

Mayring, P., (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken.

Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), pp. 541–563.

Onderco, M. (2019): ‘Partisan views of Russia: Analyzing European party electoral manifestos since 1991’. In: *Contemporary Security Policy*, 40(1), S. 25–44. doi:10.1080/13523260.2019.1571183.

Österreichisches Parlament (2022a): 139. Sitzung des Nationalrats vom 20. Jänner 2022 (139/NRSITZ). [online] Verfügbar unter:

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/NRSITZ/139> [Zugriff am: 31.07.2025].

Österreichisches Parlament (2022b): 143. Sitzung des Nationalrats vom 24. Februar 2022 (143/NRSITZ). [online] Verfügbar unter:

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/NRSITZ/143> [Zugriff am: 31.07.2025].

Österreichisches Parlament (2023): 200. Sitzung des Nationalrats vom 24. Februar 2023 (200/NRSITZ). [online] Verfügbar unter:

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/NRSITZ/200> [Zugriff am: 31.07.2025].

Österreichisches Parlament (2024): 252. Sitzung des Nationalrats vom 28. Februar 2024 (252/NRSITZ). [online] Verfügbar unter:

<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVII/NRSITZ/252> [Zugriff am: 31.07.2025].

Pichler, D. (2023): Tweet vom 15. November 2023. [online] Verfügbar unter: <https://x.com/dietmarpichler1/status/1724409425572638721> [Zugriff am: 31.07.2025].

Polkinghorne, D.E. (2005): ‘Narrative and self-concept’, in Straub, J. (ed.) *Narration, identity, and historical consciousness*. New York: Berghahn Books, pp. 14–17.

Rohac, D., Zgut, E. & Győri, L. (2017): *Populism in Europe and Its Russian Love Affair*. Washington, D.C.: American Enterprise Institute.

Roseman, I.J. & Smith, C.A. (2001): Appraisal theory: Overview, assumptions, varieties, controversies. In: K.R. Scherer, A. Schorr & T. Johnstone (Hrsg.): *Appraisal Processes in Emotion: Theory, Methods, Research*. Oxford: Oxford University Press, S. 3–19.x

- Sarbin, T. R.** (1986): *Narrative Psychology: The Storied Nature of Human Conduct*. Praeger.
- Sauer, B. & Pingaud, E.** (2016): Framing differences. Theorising new populist communicative strategies on the Internet. Kap. 2.
- Scheve, C. & Ismer, S.** (2013): Towards a theory of collective emotions. In: *Emotion Review*, 5(4), S. 406–413. doi:10.1177/1754073913484170.
- Schmidt V. A.** (2025): Populist agenda-setting, *Journal of European Public Policy*, 32:5, 1073-1096, DOI: 10.1080/13501763.2023.2289596
- Smith, C. & Lazarus, R.** (1990): Emotion and Adaptation. In: L.A. Pervin (Hrsg.): *Handbook of Personality: Theory and Research*. New York: Guilford Press, S. 609–637.
- Smith, A. D.** (1991): *National Identity*. Reno: University of Nevada Press.
- Straub, J.** (2005): Identität als Selbstentwurf. In: Straub, J. (Hrsg.), *Narration, Identität und historisches Bewusstsein*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, pp. 61–108.
- Tooby, J. & Cosmides, L.** (2008): The evolutionary psychology of the emotions and their relationship to internal regulatory variables. In: M. Lewis, J.M. Haviland-Jones & L.F. Barrett (Hrsg.): *Handbook of Emotions*. 3. Aufl. New York: Guilford Press, S. 114–137.
- Triandafyllidou, A., & Fotiou, A.** (1998). Sustainability and modernity in the European Union: A frame theory approach to policy-making. *Sociological Research Online*, 3(1), 1–20. <https://doi.org/10.5153/sro.170>
- Wodak, R.** (2023): *Rechtspopulistische Diskursverschiebungen*, in: *APuZ*. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023/541849/rechtspopulistische-diskursverschiebungen/> [Zugriff am 01.08.2025]
- Zerubavel, E.** (2003): *Time Maps: Collective Memory and the Social Shape of the Past*. University of Chicago Press.

Anhang 1: Übersicht relevanter parlamentarischer Debatten in Österreich zum russischen Krieg gegen die Ukraine (2022–2024)

Ukraine		
1	139. Sitzung des Nationalrats vom 20. Jänner 2022 (139/NRSITZ)	<u>NRSITZ/139</u>
2	143. Sitzung des Nationalrats vom 24. Februar 2022 (143/NRSITZ)	<u>NRSITZ/143</u>
3	145. Sitzung des Nationalrats vom 8. März 2022 (145/NRSITZ)	<u>NRSITZ/145</u>
4	147. Sitzung des Nationalrats vom 23. März 2022 (147/NRSITZ)	<u>NRSITZ/147</u>
5	149. Sitzung des Nationalrats vom 24. März 2022 (149/NRSITZ)	<u>NRSITZ/149</u>
6	151. Sitzung des Nationalrats vom 5. April 2022 (151/NRSITZ)	<u>NRSITZ/151</u>
7	153. Sitzung des Nationalrats vom 27. April 2022 (153/NRSITZ)	<u>NRSITZ/153</u>
8	940. Sitzung des Bundesrats vom 12. Mai 2022 (940/BRSITZ/2022)	<u>BRSITZ/940</u>
9	156. Sitzung des Nationalrats vom 18. Mai 2022 (156/NRSITZ)	<u>NRSITZ/156</u>
10	158. Sitzung des Nationalrats vom 19. Mai 2022 (158/NRSITZ)	<u>NRSITZ/158</u>
11	160. Sitzung des Nationalrats vom 14. Juni 2022 (160/NRSITZ)	<u>NRSITZ/160</u>
12	162. Sitzung des Nationalrats vom 15. Juni 2022 (162/NRSITZ)	<u>NRSITZ/162</u>
13	167. Sitzung des Nationalrats vom 6. Juli 2022 (167/NRSITZ)	<u>NRSITZ/167</u>
14	168. Sitzung des Nationalrats vom 7. Juli 2022 (168/NRSITZ)	<u>NRSITZ/168</u>
15	169. Sitzung des Nationalrats vom 8. Juli 2022 (169/NRSITZ)	<u>NRSITZ/169</u>

16	171. Sitzung des Nationalrats vom 21. September 2022 (171/NRSITZ)	<u>NRSITZ/171</u>
17	174. Sitzung des Nationalrats vom 3. Oktober 2022 (174/NRSITZ)	<u>NRSITZ/174</u>
18	176. Sitzung des Nationalrats vom 4. Oktober 2022 (176/NRSITZ)	<u>NRSITZ/176</u>
19	178. Sitzung des Nationalrats vom 12. Oktober 2022 (178/NRSITZ)	<u>NRSITZ/178</u>
20	179. Sitzung des Nationalrats vom 13. Oktober 2022 (179/NRSITZ)	<u>NRSITZ/179</u>
21	181. Sitzung des Nationalrats vom 2. November 2022 (181/NRSITZ)	<u>NRSITZ/181</u>
22	183. Sitzung des Nationalrats vom 15., 16. und 17. November 2022 (183/NRSITZ)	<u>NRSITZ/183</u>
23	187. Sitzung des Nationalrats vom 13. Dezember 2022 (187/NRSITZ)	<u>NRSITZ/187</u>
24	189. Sitzung des Nationalrats vom 14. Dezember 2022 (189/NRSITZ)	<u>NRSITZ/189</u>
25	191. Sitzung des Nationalrats vom 15. Dezember 2022 (191/NRSITZ)	<u>NRSITZ/191</u>
26	193. Sitzung des Nationalrats vom 25. Jänner 2023 (193/NRSITZ)	<u>NRSITZ/193</u>
27	195. Sitzung des Nationalrats vom 31. Jänner 2023 (195/NRSITZ)	<u>NRSITZ/195</u>
28	200. Sitzung des Nationalrats vom 24. Februar 2023 (200/NRSITZ)	<u>NRSITZ/200</u>
29	202. Sitzung des Nationalrats vom 1. und 2. März 2023 (202/NRSITZ)	<u>NRSITZ/202</u>
30	207. Sitzung des Nationalrats vom 30. März 2023 (207/NRSITZ)	<u>NRSITZ/207</u>

31	209. Sitzung des Nationalrats vom 27. und 28. April 2023 (209/NRSITZ)	<u>NRSITZ/209</u>
32	213. Sitzung des Nationalrats vom 24. Mai 2023 (213/NRSITZ)	<u>NRSITZ/213</u>
33	215. Sitzung des Nationalrats vom 25. Mai 2023 (215/NRSITZ)	<u>NRSITZ/215</u>
34	235. Sitzung des Nationalrats vom 19. Oktober 2023 (235/NRSITZ)	<u>NRSITZ/235</u>
35	237. Sitzung des Nationalrats vom 25. Oktober 2023 (237/NRSITZ)	<u>NRSITZ/237</u>
36	239. Sitzung des Nationalrats vom 21., 22. und 23. November 2023 (239/NRSITZ)	<u>NRSITZ/239</u>
37	249. Sitzung des Nationalrats vom 31. Jänner 2024 (249/NRSITZ)	<u>NRSITZ/249</u>
38	252. Sitzung des Nationalrats vom 28. Februar 2024 (252/NRSITZ)	<u>NRSITZ/252</u>
39	257. Sitzung des Nationalrats vom 21. März 2024 (257/NRSITZ)	<u>NRSITZ/257</u>
40	259. Sitzung des Nationalrats vom 17. April 2024 (259/NRSITZ)	<u>NRSITZ/259</u>
41	262. Sitzung des Nationalrats vom 15. Mai 2024 (262/NRSITZ)	<u>NRSITZ/262</u>
42	264. Sitzung des Nationalrats vom 16. Mai 2024 (264/NRSITZ)	<u>NRSITZ/264</u>
43	266. Sitzung des Nationalrats vom 12. Juni 2024 (266/NRSITZ)	<u>NRSITZ/266</u>
44	268. Sitzung des Nationalrats vom 13. Juni 2024 (268/NRSITZ)	<u>NRSITZ/268</u>

45	270. Sitzung des Nationalrats vom 3. Juli 2024 (270/NRSITZ)	<u>NRSITZ/270</u>
46	3. Sitzung des Nationalrats vom 20. November 2024 (3/NRSITZ)	<u>NRSITZ/3</u>
47	5. Sitzung des Nationalrats vom 11. Dezember 2024 (5/NRSITZ)	<u>NRSITZ/5</u>

Anhang 2: Kategorien

Oberkategorie	Kategorie	Beschreibung	Wirkung
Narrative Rollenbilder	Österreich als neutrale Vermittler:in	Selbstpositionierung als moralisch unabhängige, historische Brückenbauerin.	Stiftet nationale Identität, Aufwertung
	EU als Zuschauerin	Darstellung der EU als machtlos, feige, ideologisch verblendet.	Untergräbt Vertrauen, fördert nationalistische Alternativen, relativiert internationale Verpflichtungen.
	NATO als Bedrohung / Aggressor	Jemand wird als gefährliche Macht dargestellt, die Eskalation fördert.	Fördert Angst, rechtfertigt Abwehr
	USA = imperialistisch	USA als geostrategischer Aggressor dargestellt, der eigene Interessen brutal verfolgt	Verschiebt Aggression von Russland auf Westen
	Russland als rationaler Akteur	Darstellung Russlands als logisch, berechenbar, berechtigt handelnd	Entmoralisiert Verhalten, erhöht Verständnis
Frame	Komplexität statt völkerrechtlicher Einordnung	Politische Realität wird als „zu komplex“ für klare völkerrechtliche Bewertungen dargestellt	Relativiert Normen, senkt Handlungsdruck, rechtfertigt Ambivalenz oder Passivität.
	Moralisierende Rahmung	Politische Ereignisse, Akteure oder Positionen werden durch moralische Ordnungen und affektive Sprache als „richtig“ oder „falsch“, „gut“ oder „böse“ dargestellt – oft in Verbindung mit nationalen oder kulturellen Werten („unsere Freiheit“)	Reduziert Komplexität durch dichotome Moralstrukturen, stiftet emotionale Legitimität, erzeugt moralische Überlegenheit und affektive Zustimmung
	Narrative Identitätsstiftung	Aussagen, die Zugehörigkeit über kollektive Narrative (z. B. „wir als neutrale Österreicher“) konstruieren.	Erzeugt Gruppenzugehörigkeit, verfestigt kollektive Selbstbilder, erleichtert Abgrenzung.

	Sicherheitsbedrohung als Mobilisierungsimpuls (AIT: Überwachungssystem)	Angstnarrative, die politische Mobilisierung über Bedrohungsgefühle erzeugen.	Mobilisiert kurzfristige Aufmerksamkeit, öffnet für autoritäre Lösungen, unterläuft differenzierte Analyse.
	Schuldzuweisung zur Mobilisierung (AIT: Aversion-System)	Aussagen, die Wut oder Abneigung aktivieren durch klare Schuldige („die NATO“, „der Westen“).	Aktiviert Wut, Polarisierung, Protestbereitschaft und Abkehr von komplexen Lösungen.
	Stabilitätsnarrativ / Loyalität (AIT: Disposition)	Positive Emotionen wie Stolz, Begeisterung oder Vertrauen in bekannte Ordnungsmuster.	Festigt Bindung an bekannte Strukturen, erzeugt politische Kontinuität, unterbindet Wandel.
	Relativierung von Schuld / Verantwortung	Schuld wird diffus oder systemisch erklärt („alle haben Fehler gemacht“). die normative Trennschärfe wird untergraben und moralische Unterscheidbarkeit verwischen	Schwächt Verantwortungszuschreibung. Legitimiert Inaktion, strukturiert Ambivalenz
	Täter-Opfer-Umkehr	Die als aggressiv auftretende Seite (z. B. Russland) wird als provoziertes Opfer dargestellt	Erzeugt Mitleid statt Verurteilung
	Delegitimierung der EU	EU wird als dekadent, schwach, inkompetent oder ideologisch dargestellt	Untergräbt Vertrauen in supranationale Ordnung
	Historische Normalisierung von Gewalt	Gewalt wird als historisch wiederkehrendes Element im Machtspiel großer Staaten gerahmt	Senkt Dringlichkeit, schwächt Empörung
	Whataboutistische Relativierung durch historische Gegenüberstellung	Bezug auf vergangene westliche Interventionen, um aktuelle Gewalt (Russland) zu relativieren (z. B. Irak, Jugoslawien, Kuba-Krise)	Bricht moralische Klarheit, erzeugt Gleichsetzung

	Kritik an Sanktionen	Sanktionen werden als wirkungslos, kontraproduktiv oder selbstschädigend dargestellt. Oft wird betont, dass sie „nur uns“ und nicht Russland schaden.	Verschiebt die Schuld für wirtschaftliche Probleme von Russland auf die eigene Regierung/EU, aktiviert Frustration und Aversion (AIT: Aversion-System) und stärkt das Selbstbild als rational handelnde, pragmatische Gemeinschaft.
--	-----------------------------	---	---